DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 1 34 02

68 7. JAHRGANG Mai '90 5,00 DM

WOHNUNGSKAMPF

Wer sich nicht wehrt ...

Das Problem der Wohnungsnot existiert schon lange nicht mehr nur in den Metropolen, sondern im gesamten Bundesgebiet. An horrende Mietpreise hat sich die Wohnungssuchende inzwischen gewöhnt, aber nicht einmal mehr für Finanzkräftige gibt es ein Angebot auf dem Wohnungsmarkt, von sozial schwachen Bevölkerungsschichten nicht zu reden.

Regina Engel, Redaktion Kassel ● Ziel der „sozialen" Marktwirtschaft ist es nicht, menschenwürdigen Wohnraum für alle zu schaffen. Grund und Boden und Wohnraum sind eine Ware und kein Allgemeingut. Das schlägt sich in Spekulation und horrenden Preisen nieder.

Die Einführung der Marktwirtschaft wird auch in der DDR den Wohnungsmarkt verändern. Doch die MieterInnen sehen zum Teil sehr wohl, was auf sie zukommt. Man weiß, daß man um die eigenen Rechte kämpfen muß. Schon seit Jahren haben dort viele selbst die Initiative ergriffen und kurzerhand leerstehenden Wohnraum besetzt und damit in vielen Fällen vor dem endgültigen Verfall gerettet.

Jetzt ist die Diskussion über die Zukunft der Städte ins Licht der Öffentlichkeit geraten. Besetzung und Selbsthilfe, bewohnerfreundliche Sanierung, behutsame Stadterneuerung, Gründung von Mietergenossenschaften – derartige Konzepte finden in der DDR eine große Akzeptanz, nicht nur in der linken und autonomen Szene. Auf Erfahrung und Hilfe aus dem Westen, insbesondere aus der ehemaligen Hausbesetzerszene, kann zurückgegriffen werden.

Zum Beispiel Dresden

Eine Meldung aus dem telegraph, Ost-Berlin, der Nachfolgezeitschrift der Umweltblätter, vom 30.März, erweckte in diesem Zusammenhang unser Interesse: *„Die Dresdener Neustadt, ein Stadtviertel in schlimmmeren Verfallszustand als der Berliner Prenzlauer Berg, wird derzeit meistbietend an Westfirmen verramscht. Zu ihrem Leidwesen kommen die Neubesitzer aber nicht in den Genuß des Erworbenen. Sobald eine Westfirma einen Laden eröffnet, wird er von Dresdener Autonomen besetzt oder zugemauert. Dabei können sie sich auf eine breite Sympathie der Bevölkerung stützen."*

Da CONTRASTE schon seit einiger Zeit Kontakt zu Szene in Dresden hat, beschlossen wir, vor Ort zu recherchieren. Es stellte sich jedoch heraus, daß es in der momentanen Situation kaum möglich ist, gesicherte Informationen zu bekommen.

Es kursieren eine Menge Gerüchte – z.B. daß Knorr und Neckermann sich in der Inneren Neustadt schon einen Gutteil des Kuchens gesichert haben, verschiedene Politiker die Rechtsunsicherheit für undurchsichtige Geschäfte mit Westfirmen nutzen –, aber beweisen läßt sich nichts, die zuständigen Behörden halten sich bedeckt.

Die telegraph-Meldung erwies sich als Ente, konkrete Aktionen gegen Spekulanten gibt es nicht, da unbekannt ist, wer wo spekuliert. Zugemauert werden die Häuser von der Stadtverwaltung selbst – angeblich wegen Unfallgefahr.

Der Unmut der BewohnerInnen äußert sich momentan in anderer Weise: Von Westfirmen angebrachte Leuchtreklamen erhellen meist nur sehr kurzfristig die Dresdener Neustadt. Mit einem gezielten Steinwurf ist dem West-Flimmer schnell ein Ende bereitet.

Äussere Neustadt Dresden - Martin Luther Platz

Foto: Regina Engel

Darüber, daß sie sich nicht aus ihrem Stadtteil verdrängen lassen wollen, sind sich die BewohnerInnen der Neustadt einig. *So entstand am Kneipentisch die Idee einer demonstrativen Aktion: Die Neustadt soll für ein Wochenende abgeriegelt und die Autonome Republik Dresdener Neustadt ausgerufen werden.* Selbstverständlich mit eigener Währung, der Neustadt-Mark. Wer die Grenze passiert, muß einen Zwangsumtausch leisten, zum Kurs 1:1 für DDR 'ler, 2:1 für Bundis.

Wohnungskampf in Ost und West

An Phantasie und Kraft zum gemeinsamen Handeln fehlt es nicht, nur sind auch die Probleme vielfältig und massiv. Es geht darum, Raum zum Leben zu gewinnen – selbstbestimmte Lebens- und Wohnformen zu entwickeln den gesamten Stadtteil nach den Bedürfnissen der BürgerInnen zu gestalten – und sich gegen den Ausverkauf zu wehren. In dieser Beziehung sind sich die Interessengemeinschaft Äußere Neustadt, die Vereinigte Linke, GRÜNE, Autonome usw. einig. Grabenkriege wie innerhalb der bundesdeutschen linken und autonomen Szene sind (noch?) unbekannt.

Anders als in der Bundesrepublik und West-Berlin, wo die Hochzeit des Häuserkampfes vorbei ist–nur noch wenige BesetzterInnnen befinden sich in permanenter Auseinandersetzung mit dem Staat, die politischen Strukturen durch die ehemals besetzten Häuser gibt es in der Form nicht mehr.

Die Sanierungsträger wie Stattbau, S.T.E.R.N. u.a., Selbst*hilfeprojekte und ehemalige BesetzerInnen*, die inzwischen zufrieden und mit guten Komfort in ihren sanierten Häusern leben, geraten bei den Autonomen schon seit längerer Zeit in Mißkredit als „reformistische Projekte". Mitte April kam es dazu, daß von einer Gruppe West-Berliner Autonomer die Dachetage eines ehemals besetzten Hauses, des Wassertorplatz, schon zum zweiten Mal besetzt wurde. Das erste Mal, Anfang April, hatten die BewohnerInnen des Hauses die BesetzerInnen kurzerhand mit polizeilicher Hilfe (!) geräumt. Ein zweites Mal taten sie dies nicht. Sichtlich verunsichert in der Frage, ob nun ein schlechtes Gewissen angebracht ist, da man für sich so viel Wohnraum in Anspruch nimmt, den eigenen politischen Ansprüchen vielleicht wirklich nicht mehr ganz entspricht – oder ob die BesetzerInnen mit ihren Vorwürfen, die Projektler würden sich im Umgang mit ihrem Hauseigentum nicht von kapitalistischen Spekulanten unterscheiden usw., doch das Maß überziehen ...?

Dieser politische Kampf wirft sicher eine Menge Fragen auf, deren Beantwortung bei den verschiedenen Ansatzpunkten der sich befehdenden Gruppen unmöglich ist. Hat man vielleicht früher den Karren mit verschiedenen Stricken gezogen, so scheint es mittlerweile so als würde man an einem Strick an den unterschiedlichen Enden ziehen.

Beiträge zum Thema Wohnungspolitik auf den Seiten 8 bis 10.

AUS DEM INHALT:

KULTURFÖRDERUNG

Nach einjähriger Arbeit ist eine neue Konzeption zur Kunstförderung in Ba-Wü veröffentlicht worden. Doch die Hoffnungen, daß dabei auch endlich kulturelle Alternativen und die Soziokultur eine entsprechende Berücksichtigung finden, werden enttäuscht. Das meiste bleibt beim alten, man verharrt in den traditionellen Bereichen bürgerlicher Kunstvorstellungen ohne Offenheit für die vielfältigen neuen künstlerischen Entwicklungen.
Ein Beitrag auf Seite 4.

ENTWICKLUNGSHILFE UND FRAUEN

Frauengerechte Entwicklung in der entwicklungspolitichen Diskussion bedeutet nicht zwangsläufig, daß auf Utopien zurückgegriffen werden muß. Wichtig ist vor allem, die sogenannte «Frauenfrage» nicht als Sonderthema zu behandeln, sondern in allen Belangen das Geschlechterverhältnis miteinzubeziehen.
Dafür gibt es in allen Bereichen konkrete Ansatzpunkte, denn die Perspektive der Frauen als der wichtigsten Produzenten und Beschäftigten im Bereich der sogenannnten Grundbedürfnisse ist hier der gegebene Ansatzpunkt. Vor allem darf das Ziel nicht eine bloße Überlebenssicherung sein, sondern eine praktische und strategische Hilfe zur Emanzipation.
Ein Beitrag auf den Seiten 10 und 11.

FREIE SCHULE

Freiwilligkeit als pädagogisches Konzept, d.h. daß die Lernenden ohne Zwang selbst Interessse für die ihnen gemachten Angebote entwickeln, ist für das Kultusministerium in Baden Württemberg (und sicher nicht nur dort) nicht anerkennungswürdig.
Was ein «besonderes pädagogisches Interesse» ist, welches dazu berechtigt, eine Alternativschule zu eröffnen, dies liegt im Ermessen der Behörden und wird nicht näher definiert. Für viele freie Schulinitiativen bedeutet das einen endlosen Kampf um Anerkennung, so z.B. für die Freie Schule Offenburg.
Ein Interview auf Seite 12.

BIO-RATSCHLAG

Endgültig findet der schon mehrfach angekündigte Bio-Ratschlag für eine radikal-ökologische Umgestaltung der Naturkost nun vom 22. bis 26.Juni statt.
Herrmann Cropp von der Naturkostredaktion zieht in dieser Ausgabe ein Fazit der bisherigen Diskussion in CONTRASTE.
Weiteres siehe Seite 5.

TROPENHOLZBOYKOTT

Als Erweiterung des Schwerpunktes der Aprilausgabe dieses Mal ein Beitrag über die Folgen eines Tropenholzboykottes für die Forstwirtschaft in der Bundesrepublik.
Auf dem Treffen der Schreinereikollektive vom 23. bis 25.März beantwortete Fredo Klaproth Fragen zur waldbaulichen Vertretbarkeit eines höheren Einschlagvolumens, Auswirkungen auf den Holzpreis u.a.m..
Näheres auf Seite 5.

KULTUR-SPONSORING

Kulturarbeit ist immer ein Zuschußunternehmen und die kommunalen Geldsockel reichen dafür bei weitem nicht aus.
Daß sich die Wirtschaft dagegen gern mit kulturellem Engagement schmückt, ist bestimmt nicht immer im Interesse der Sache. Eine zunehmende Abhängigkeit hat natürlich zwangsläufig inhaltlichen Einfluß, und auch alternative Einrichtungen sind davor nicht unbedingt gefeit.
Ein Beitrag auf Seite 3.

P 8008 E

00.2621 001 4
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30
15T

„KOMPETENZ" GEHT VOR MITBESTIMMUNGSRECHT

Fortschrittliche Filmpolitik contra Selbstverwaltung?!

Als alternatives Projekt erscheint den meisten das Café Kabale / Kino Lumiére der Film- und Kino-Initiative (FKI) in Göttingen selbstverwaltet. Wenn sich auch gelegentlich einige Leute ein anderes filmpolitisches Konzept wünschen, so blieb bisher doch verborgen, daß die Mehrheit der MitarbeiterInnen über das Projekt gar nicht entscheiden dürfen. Seit drei Jahren kämpft die Belegschaft um ein Mitbestimmungsmodell. Diese jahrelangen Querelen will die Geschäftsführung der FKI nun beenden: durch Verpachtung des Cafés. In ihren Augen ist das kulturpolitische Projekt Kino und Café gescheitert.

Thomas Hardwig, Göttingen, Redaktion Heidelberg ● Die Cafébelegschaft wehrt sich gegen den Verpachtungsbeschluß und hat den Konflikt bei ihrer Suche um Unterstützung an die Öffentlichkeit gebracht. Nun zeigt es sich, zeichnen wir die Geschichte des Konkfliktes nach, daß der aktuelle Eklat von Beginn des Projektes an vorgezeichnet war.

Das Projekt wurde im Oktober '86 mit Hilfe eines nicht unerheblichen Startgeldes der Stadt von der FKI, die seit 1980 sich um ein kommunales Kino bemühte, aufgebaut. Weitere Filminitiativen beteiligten sich. Die FKI wollte endlich aus der politischen Nische herauskommen, der sie zu entstammen meint, ein breites Publikum sollte mit Hilfe eines kritischen Filmprogrammes politisch erreicht werden. Für einige auch ein Abschied von der eigenen politischen Vergangenheit, sagen sie rückblickend.

Qualifikation legitimiert Hierarchie

Auch die Möglichkeit, ein Filmcafé einzurichten, wird realisiert. Doch von Beginn an ist klar, daß im Kino/Café-Projekt die Filmarbeit absoluten Vorrang genießt. Die FKI schreibt dies nicht nur in ihrer Vereinssatzung fest, das Projekt wird auch dementsprechend organisiert: Die Geschäftsführung von Verein und Café wird zentralisiert und in die Hände von Vollzeitbeschäftigten gelegt. Die Arbeitskräfte im Café sind ausschließlich Teilzeitkräfte und ohne Einfluß auf die Vereinsplena des Projektes. Denn nur Vereinsmitglieder mit einer ausgewiesenen „Qualifikation in der Filmarbeit" haben über Vereinsbelange zu entscheiden, Vereinsmitglieder, die mindestens ein Jahr lang regelmäßig in einer FilmAG mitgearbeitet haben und ständig an den Vereinsplena teilnehmen, erhalten das Stimmrecht. Der Vorstand hält „eine über die Arbeitsqualifikation legitimierte Hierarchie (für) sinnvoll und akzeptabel".

„Arbeitsqualifikation" bedeutet Filmarbeit, auf diese Weise haben 16 Miglieder ein Stimmrecht im Plenum erlangt, fünf von ihnen besetzen einen Arbeitsplatz im Büro. Die anderen fast vierzig MitarbeiterInnen im Kino und Café verfügen nach drei Jahren noch über keinerlei Mitbestimmungsrecht im Verein: ihre Arbeitsqualifikation legitimiert keinerlei Mitsprache. Die Versuche der Belegschaft, ein Mitbestimmungsmodell durchzusetzen, scheiterten immer an der Priorität der Filmarbeit: Selbstbestimmung des Cafés, Paritäten beider Bereiche, Mitbestimmung (unter Berücksichtigung der Dominanz der FKI und mit ständig sinkendem Beteiligungsschlüssel) sind die Stationen der Auseinandersetzung. Auch das letzte Modell, in dem vier BelegschaftsvertreterInnen sechzehn Vereinsmitgliedern gegenübergesessen hätten, ist gescheitert. Das letzliche Scheitern des vom Verein vorgeschlagenen 4/16-Modells kommt für die Belegschaft überraschend; sie steht damit wieder am Anfang. Diesmal kommt die FKI mit einer besonderen Form der „Selbstbestimmung": Die Belegschaft soll das Café pachten, sonst wird ein anderer Pächter gesucht.

Vertrauensschwund

Der Vorstand begründet das plötzliche Zurückziehen seines eigenen Mitbestimmungsmodells mit der nun fehlenden Vertrauensgrundlage. Er verweist auf die lange Streitgeschichte, persönliche Belastungen und die Unerträglichkeit der Situation für das Filmprojekt. Ihm zufolge fehlt eine Basis für die konstruktive Zusammenarbeit in der Zukunft, darüberhinaus sehen sie einen „unlösbaren Interessenkonflikt zwischen Cafégruppe und FKI". Was sie vom Café erwarten, ist schließlich nur noch eine „Bezuschussung der Kinoarbeit".

Fortsetzung auf Seite 2

FORTSETZUNG VON SEITE 1: «KOMPETENZ» GEHT VOR MITBESTIMMUNGSRECHT

Fortschrittliche Filmpolitik contra Selbstverwaltung?!

Die Plötzlichkeit des Vertrauensschwundes wird von der Belegschaft jedoch politisch erklärt. Sie weist damit Spekulationen über die Unmöglichkeit der Integration der verschiedenen Interessen aufgrund der Größe des Projektes zurück. In ihrem Flugblatt schreiben sie:

„Im Kontext der politischen Auseinandersetzung um Connys Tod ist dann aber auch dieser minimale Mitbestimmungskompromiß gescheitert. Conny ist am 17.11.89 ums Leben gekommen. Sie wurde von einem Auto überfahren, als die Polizei eine Gruppe von AntifaschistInnen gewaltsam auf die Straße trieb. Conny war mit vielen von uns gut befreundet, aber auch unabhängig davon ist ihr Tod von außerordentlicher Bedeutung für die politische Realität in der BRD. Wir haben deshalb im Café Wandzeitungen aufgehängt, die über die Umstände aufklärten, unter denen Conny ums Leben gekommen war und die unmißverständlich klarmachten, daß ihr Tod ein kalkuliertes Risiko von Seiten der Polizei war. Die Polizei wußte, daß Rechtsradikale und Skins schon seit langem „Linksverdächtige", AusländerInnen, Frauen und linke Institutionen terrorisierten. Dies wurde und wird von der Polizei geduldet.

Nach Connys Tod hielten wir das Café einige Tage geschlossen und hängten ein Transparent mit der Aufschrift: „Wir trauern um Conny" aus dem Fenster. Interessant war nun die Reaktion der FKI, insbesondere ihrer Geschäftsführung."

Politische Differenzen

Für die Geschäftsführung ist augenscheinlich mit dieser politischen Aktivität der Cafégruppe eine unmittelbare Gefährdung ihrer Kinoarbeit eingetreten. Sie sieht sich gezwungen, das Transparent gegenüber dem stellvertretenden OB zu entschuldigen, versucht den „Ton" einer Wandzeitung zugunsten größerer Breitenwirkung zu entschärfen und fordert das Abnehmen des Transparentes von der Außenwand. Darüberhinaus lanciert sie auf die Schnelle einen „Aufruf zum Dialog und gegen die Gewalt" an alle möglichen Institutionen, den sie jedoch nach öffentlichem Druck wieder zurückzieht. Wir brauchen auf die Einzelheiten der darauf folgenden Auseinandersetzung nicht weiter einzugehen, am Ende steht der Wunsch der FKI, das Café zu verpachten.

Pachten will die Belegschaft das Café zunächst nicht: weder ist es für sie derzeit ihr Projekt, in dem sie als Kollektiv ihre politischen Vorstellungen umsetzen können, noch wollen die meisten von ihnen mehr als einen selbstbestimmten Arbeitsplatz neben dem Studium. Ihnen erscheint das Verpachtungsangebot als Trick, sie loszuwerden. Damit steht die Cafégruppe als doppelte Verliererin da: Erst lassen sie sich in der Hoffnung auf eine Einigung auf das Mitbestimmungsangebot ein (das weit von ihren Vorstellungen entfernt ist), dann wird dieser schlechte Kompromiß durch die Pachtdrohung ersetzt. Mitte März organisiert die Belegschaft daher einen eintägigen Streik, der relativ viel Kraft kostet, aber starke Unterstützung erfährt. Da die damalige Forderung (Status quo plus Mitbestimmung) jedoch nicht durchzusetzen war, überlegen sie sich inzwischen, ob sie die Pacht übernehmen können, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Der Vereinsvorstand wird auf Verpachtung beharren, hat er doch endlich den Weg gefunden, das Problem „Café" zu erledigen. Seit Beginn des Projektes beherrscht der Konflikt das Projekt und gefährdet damit ihre Filmarbeit. Daß der Dauerkonflikt in ihrer Weigerung besteht, die Interessen der Cafégruppe als gleichbereitigte anzuerkennen, sehen sie wohl; daß sie über die Macht verfügen, ihre Interessen durchzusetzen, ebenso. Nicht, daß die Belegschaft versucht hätte, direkten Einfluß auf die Filmarbeit zu nehmen, vielmehr fürchtet die Geschäftsführung sowohl die Tatsache, daß „linksradikale" Einflüsse ihre auf Breitenwirkung angelegte Filmpolitik stören könnten, als auch die normalen Belegschaftsansprüche: So entschied bisher das Vereinsplenum über die finanziellen Rahmenbedingungen des Cafés und über die Höhe der Löhne.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

„Sachliche Kooperation" als Konfliktlösung?

Die Folgen der Zentralisierung von Entscheidung und Verantwortung auch für die Belange des Cafés in der Vereinsgeschäftsführung wendet der Vorstand jetzt gegen die Belegschaft. Schließlich war der Ausschluß der Beschäftigten bei Projektentscheidungen, der immer wieder zum Konflikt statt zum Ausgleich der unterschiedlichen Interessen im Projekt geführt hatte. Damit der Vorstand sich künftig nicht mehr mit Belegschaftsforderungen zu quälen hat, soll nun ein Pachtvertrag die „sachliche Kooperation von Gleichberechtigten" gewährleisten. Die vertragliche Regelung der Unterstützung der Filmarbeit durch die Festlegung der Höhe der Pacht setzt der Belegschaft einen Rahmen, innerhalb dessen sie dann „selbst bestimmen" kann. Die Marktgesetze in ihrer nüchternen Sachlichkeit werden der Belegschaft schon zeigen, wieviel Spielraum ihren Wünschen und Vorstellungen bleibt. Der Clou, den der Vorstand darin sieht: Zwar ist die Eigenständigkeit des Cafés gegeben, aber gleichzeitig wird verhindert, daß es sich in ein „New Wave" oder „Szenelokal" verwandelt, „das trägt der Laden ökonomisch nicht". Das Café soll zum Kino passen, ohne daß sich der Verein darum kümmern muß. Seine Dienstleistungsfunktionen erfüllt es auch unter fremder Pacht. „Ökonomischer Selbstregelungsmechanismus" nennt das die Geschäftsführung, die auf ein Kinocafé für eine breitere Öffentlichkeit angewiesen ist.

Die FKI hält das Pachtangebot nicht nur für eine geschickte Lösung, sie denkt sogar, es sei ein gutgemeintes Angebot. Besonders günstige Pachtbedingungen darf die Cafégruppe jedoch nicht erwarten. Mehreinnahmen für die FKI soll die Pacht wohl einbringen, „entscheidend mehr" allerdings nicht, betont die Geschäftsführung, die keine Veranlassung sieht, der Belegschaft entgegenzukommen. Über nähere Bedingungen des gerade vorgelegten Vertrages wollen beide Parteien noch nicht sprechen. Ob die Belegschaft, die ausschließlich aus Teilzeitkräften besteht und von der Geschäftsführung über die Geschäftsabläufe ständig im Unklaren gehalten wurde, das bestehende Café ohne Schwierigkeiten übernehmen kann, erscheint zweifelhaft, zumal ein Angebot der Geschäftsführung in Know-how-Fragen zu helfen, angesichts der Konfliktgeschichte wenig zählt. Die Belegschaft muß das unternehmerische Risiko voll übernehmen.

Der Preis städtischer Unterstützung

Was als Hintergrund sowohl für den Konflikt als auch für die dabei zutage getretenen politischen Differenzen berücksichtigt werden sollte, ist die Situation des Gesamtprojektes. Die FKI steht unter nicht geringem finanziellen Druck. Zwar gehört sie zu den bevorzugten Empfängern städtischer Gelder (165.000 DM jährlich) aus dem Alternativbereich, aber auch bei ihr wurde gespart (10.000 DM gegenüber '89). Erneut muß also mit einem Defizit gerechnet werden: „Wenn das so weitergeht, trägt es der Verein noch zwei, drei Jahre." Neben den Erlösen aus Kino und Café (etwa in Höhe der städtischen Gelder), verfügt der Verein noch über drei ABM-Stellen. Unter diesen Umständen ist es vielleicht nicht erstaunlich, daß es laut Geschäftsführung, keiner politischen Einflußnahme der Stadt bedarf, um den Verein zur Abwehr politischer Positionen der Belegschaft zu bewegen. Überdies muß nicht unbedingt vorauseilender Gehorsam gegenüber den Geldgebern vermutet werden; ihre in den Konflikten und in ihrer filmpolitischen Konzeption formulierten Positionen decken sich durchaus mit den von ihnen selbst vermuteten Wünschen des zahlungsfähigen Publikums. Die Belegschaft prophezeit der FKI in ihrem Flugblatt auch:

„Ihr werdet weiterhin aus scheinbaren Sachzwängen vor unserer rechten Stadtregierung buckeln und euch einbilden, daß fortschrittliche Kulturpolitik nur zu dem Preis zu haben ist, daß mensch nach innen autoritär durchgreift, auch wenn dabei sogenannte „soziale Kosten" entstehen, daß mensch politisch die Klappe hält, auch wenn man/frau damit dem derzeitigen Rechtstrend Rückenwind gibt. Was ihr nicht seht, daß seit Jahren in Göttingen Projekte mit ernsthaftem Anspruch weit konsequenter demokratische Arbeit leisten und daß ihr denen das Wasser bei der Stadt ausgrabt, die im Zweifelsfall auch mal eine Konfrontation mit der Stadt eingehen (...) Ihr werdet die Früchte ernten, die bei dem Feldzug abfallen, den die Stadt jetzt gegen die linken Institutionen führt, denen sie die Gelder streicht. Im Aufwind des neuen, einigen Deutschlands wachst ihr aus zum Göttinger Paradepferdchen für gelungene städtische Kulturpolitik."

Die Alternative

Mögen die Vorstellungen der Café-Gruppe auch von der Entwicklung des Projektes überrollt sein, sie formuliert trotzdem eine Alternative zu Kommerzialisierung und Professionalisierung des Projektes: „Das Gesamtprojekt FKI bietet theoretisch vielen Leuten die Chance (...) selbstbestimmten und solidarischen Arbeitens in einem Raum, in dem Politik, Kultur und Arbeit zusammenfließen können." Das Café soll dabei als politisches Forum und Teil einer Gegenöffentlichkeit fungieren, das von Diskussionen und Veranstaltungen im Zusammenhang mit kritischer Kinoarbeit lebt. Das Kino als nichtkommerzielles soll als Gegengewicht zum Kulturbetrieb politisch Stellung beziehen und eng mit Projekten und Gruppen in der Stadt zusammenarbeiten.

Zwar gibt die Cafégruppe nicht an, wie die Klippen von Kommerz und städtischer Abhängigkeit gleichzeitig umschifft werden können, ihre organisatorischen Vorstellungen für das Projekt sind aber recht konkret. Beide Bereiche sind weitgehend autonom und jeweils auch für ihre Geschäfte zuständig, die Entscheidungen über das Gesamtprojekt sollen in einem gemeinsamen Vereinsplenum organisiert werden, eine gemeinsame Finanzierungsgruppe erarbeitet ein Finanzierungskonzept.

Doch, wie gesagt, diese Überlegungen sind für dieses Projekt längst passé. Die Geschäftsführung und die Mehrheit der FKI haben ihre gegenteiligen Vorstellungen bereits durchgesetzt. Das Projekt Kino/Café ist gescheitert. Ob und inwieweit die Belegschaft in der Lage sein wird, die Pacht zu übernehmen, wird sich in den kommenden Wochen erweisen. Die konkrete Ausgestaltung des Vertrages wird noch einigen Zündstoff bieten. ●

SMAP KÖLN – WIR KOMMEN!

Aller Anfang ist schwer

Seit seiner Gründung (1987) diskutiert der gesundheitsladen köln über eine direkte Initiative, die katastrophale gesundheitliche Situation der Menschen in Köln anzugehen.

Redaktion Heidelberg ● Im Sommer '89 fand sich unsere Gruppe aufgrund einer Annonce des gesundheitsladens köln erstmals zu einem Gründungstreffen zusammen. Die Vorbereitungsgruppe besteht aus etwa 20 Menschen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich. Es sind zum einen betroffene – enttäuschte – PatientInnen und zum anderen Gesundheitsarbeiterinnen aus dem etablierten Gesundheitswesen (Krankenschwestern, Krankenpflegern, SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen...)

Die Mißstände im Gesundheitsbereich sind bekannt. Dessen ungeachtet bestehen sie weiter fort und verschärfen sich zum Teil sogar noch:

○ Eine reduktionistische Schulmedizin, die den Menschen als Maschine betrachtet und dementsprechend „bei Versagen repariert". Lebensbedingungen und -umstände finden so gut wie keine Berücksichtigung; stattdessen sind die PatientInnen zunehmender Medikamentalisierung und einer fortschreitenden Apparatemedizin ausgesetzt.

○ Diagnose und Therapie bleiben für die PatientInnen häufig undurchsichtig, über therapeutische Alternativen werden sie oftmals nicht aufgeklärt. PatientInnen werden z.T. bewußt unmündig gehalten, sollen sie doch die Macht der Mediziner nicht angreifen.

○ Die Möglichkeiten ambulanter Pflege werden nicht ausgeschöpft, stationäre Aufenthalte nicht selten aus Gründen der Bettenbelegung unnötig verlängert.

○ Das Gefälle zwischen Arzt/Ärztin und PatientIn setzt sich fort in einer differenzierten Hierarchie zwischen den unterschiedlichen GesundheitsarbeiterInnen.

Zum Vorhaben selbst

Diesen Mißständen wollen wir etwas entgegensetzen und haben in gemeinsamen Diskussionen Gegenperspektiven entworfen. Das entstandene Arbeitsfeld läßt sich in zwei Bereiche teilen, Wechselwirkungen sind gewollt:

1.
- Engagierte Öffentlichkeitsarbeit zu den Mißständen vor Ort.
- Beratung von PatientInnen in Zusammenarbeit mit der im Aufbau befindlichen patientenInnenstelle köln.
- Beratung von GesundheitsarbeiterInnen aus den bestehenden gesundheitlichen Einrichtungen in Köln bezüglich der Arbeitsplatzsituation und Alternativen

2.
Berufsübergreifend soll versucht werden, viel diskutierte Begrifflichkeiten in Wirklichkeit umzusetzen, wie z.B.:
- sozialmedizinisch und naturheilkundlich verstandene Ganzheitlichkeit in der therapeutischen Arbeit (Stichwort: patientenorientiertes Handeln)
- in demokratische Selbstverwaltung in den drei Bereichen – psychosoziale Stadtteilarbeit, ambulante Kranken-/Altenpflege und ärztliche Gruppenpraxis.

Zu diesem Zweck haben wir einen Verein gegründet, der nicht gewinnorientiert – sondern gemeinnützig – Träger einer oppositionellen Gesundheitsbewegung ist, die nicht auf eine Initiative von Seiten der sogenannten Gesundheitspolitiker wartet, sondern in Selbsthilfe andere Gesundheitsarbeit initiiert.

Zu den oben genannten zwei Bereichen haben sich Arbeitsgruppen gebildet, eine weitere Gruppe entwickelt eine gemeinsame demokratische Infrastruktur auf der Basis einer Selbstverwaltung.

Wer Interesse hat, mehr über uns zu erfahren und bei uns mitzuarbeiten, erfährt näheres im

gesundheitsladen köln
Vondelstraße 28
5000 Köln 1
☎ (0211) 32 87 24

Foto: Langer / Voller Ernst

VOM KULTUR-„SPONSORING" ZUR SPONSORING-„KULTUR"

Ausverkauf der Eitelkeiten

Zuwendungen aus der Wirtschaft schmieren heutzutage ein Kulturgetriebe, in dem sich Kulturschaffende zunehmend an den Wünschen und Vorstellungen der Geldgeber ausrichten. CONTRASTE wagt einen Gang durch die halbdunklen Etappen gegenseitiger Abhängigkeit.

Von Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Blendendes Wochenendwetter, die Kinder schreien mit den Kleinaffen um die Wette, die Frau an der Zookasse hat gesagt, daß heute wieder ein enormer Massenandrang zu erwarten ist. Mit dem obligatorischen Eis in der Hand zu den Dickhäutern, weil die schon immer etwas Imponierendes hatten... Plötzliches Stutzen: Was steht auf dem Namensschild für das friedlich muffelnde Nilpferd? Tatsächlich, ja: Da steht FANTA... und da hinten rechts das Kleine, das heißt wohl COLA.

Die Tiere scheinen diese Namen mit Geduld zu ertragen; der Betrachter aber sieht sich endlich genötigt, mit einigen „aufhellenden" Geschichten Licht in das Dunkel von Interessensgemeinschaften und Einzelpersönlichkeiten zu bringen, die sich mit dem Schlüssel „Geld!" möglichst wirksam den Anschein eines guten Herzens oder eines klugen Sachverstandes erkaufen wollen.

Abendglut auf Schloß Fuschl

Das Kaminfeuer knistert im Hintergrund, servil reichen Weißbedreßte den Aperitiv, hinten über'm See geht die Sonne unter... „Gnädige Frau, Sie haben gewählt?" haucht Herr Generaldirektor Maier seiner Angebeteten, der berühmten schwarzen Sopransängerin zu. „Yes, please" erwidert sie... und gemeinsam erinnert man sich an die umwerfende Premiere der soundsovielten Zauberflöte von Salzburg.

...Diese Schilderung entstammt keinem Groschenroman, dem allgemeinen Nottopf für einsame Herzen. Nein, ganz im Gegenteil: Dr. Pohl, angesehener Rechtsanwalt in Köln und mitverantwortlich für die Finanzierung der Salzburger Festspiele, versuchte mit diesem Beispiel auf den Tutzinger Medientagen im April deutlichzumachen, wie persönliche Vorlieben von geldigen Persönlichkeiten auszunutzen sind. Wörtlich: „Was meinen Sie wohl, was ein Vorstandsvoritzender für ein solches Abendessen zu zahlen bereit ist?"

Neben allen emanzipatorisch begründeten Ressentiments, die zwangsläufig bei dieser Art von „kultureller" Geldbeschaffung aufkommen müssen, bringt dieses Beispiel die alljährliche Vorstellung der dekadenten Salzburger Personality-Schau in nur noch tieferen Mißkredit.

Über den Ozeanen

Die Berliner Senatorin für kulturelle Angelegenheiten, Anke Martiny, weiß nicht mehr, woher sie das Geld für die Philharmoniker nehmen soll: Knallhart wurde ihr Etat nach den 2 Jahren des prallen Feierns zusammengestrichen.

Ganz schnell kommt ein japanischer Automobilkonzern zu Hilfe und bietet fast selbstlos die nötige pekuniäre Unterstützung zur Erhaltung erhabener klassischer Musik. Des Konzerns Handeln ist aber eben tatsächlich nur „fast" selbstlos: Als Gegenleistung für die Orchester-Finanzierung erwarten die Autobosse eine jährliche Nippon-Tournee der Ex-Karajaner: Neben (bei Sothebys) teuer ersteigerten Rembrandts, Van Goghs und Matisses lassen sich also auch komplette Orchester als Gag in Tokio und anderswo einkaufen.

Der Pferdefuß an der Geschichte (und der wahre Grund, warum der Deal noch nicht zustande kam):
Die Japaner wollen nur für fünf Jahre ihre Subventionen garantieren; die Berliner Senatsetatverwaltung würde sich so über eine mittelfristige Finanzierung freuen, daß am Ende der fünf Jahre dessen Forderung völlig klar auf dem Tisch läge: Entweder es wird ein neuer Sponsor gefunden (BigMäc? Cola? Dawiedoof?) oder aber: Die Damen und Herren MusikerInnen können ihre Geigenkästen zuklappen.

Unten am Hafen

Fährt man und frau mit dem Zug in die freie und Hansestadt an der Elbe ein, blitzt es kupfern kurz vor dem Hauptbahnhof von links unten ganz kräftig ins Auge:

Wo früher der alte Blumenmarkt vor sich hin ebbte, erblühte vor kurzen in kostspieligen Renovierungsaktionen eine „repräsentative" Hallenkultur, über die kaum eine andere Metropole verfügt (vielleicht reicht da noch das „Roundhouse" in London oder der „Gare d'Orsay" in Paris heran).

Der reiche Zigarettenmaschinist Körber spendierte der Stadt in nobler, hamburgischer Pfeffersack-Manier einen Kulturtempel, der die viel zu kleine Kunsthalle hinter dem Bahnhof endlich ablösen könnte... hehre Absichten eines gemeinwohlorientierten Kapitalisten, der sich sein Denkmal verhältnismäßig uneigennützig setzen wollte.

Nur leider: Das Hamburger Kultur-Portefeuille ist so leer, daß keine Mittel für entsprechende Ausstattungen und Ausstellungen vorhanden sind, die dem Ansinnen des Stifters oder aber den wiedererweckten Räumen gerecht werden könnten...

Schöne, leere Hallen... an solchen Orten wird deutlich, wie beliebig/zufällig Neigungen eines Mäzens in die verwaltete (Un-)Kulturlandschaft fallen können.

Die Schokoladen-Seite der Kunst ist TRUMPF

In einem kleinen Gerichtssaal in der Provinz in der Nähe der holländischen Grenze mußte sich vor kurzem ein angesehener Schokoladen-Fabrikant dem Vorwurf der Steuerflucht aussetzen. Dieser Mensch, persönlich vor Gericht erschienen und voller innerer Entrüstung, konnte diesem seiner Meinung nach unsäglichen Vorwurf nicht folgen:
Er, der seit Jahrzehnten durch seine Chefeinkäufer die Aktien am Kunstmarkt definiert (Wenn LUDWIG dich nicht sammelt, bist Du nichts wert!), er, der von Kommunen für seine Sammlungen ganze Museumsneubauten fordern konnte und auch bekam, er, der der bourgoisen Geltungssucht des 19. Jahrhunderts wieder bäuchiges Format gibt...

Dieser arme Mensch war dabei, das Verständnis von „seiner" Welt zu verlieren:
Daß die öffentliche Zugänglichkeit zu den Ergebnissen seiner Sammel- und Machtleidenschaften nichts mit Vergehen gegen das StGB zu tun hat, war für ihn nicht nachvollziehbar.

Professor Ludwigs spleeniges Mäzenatentum gerät spätestens an dieser Stelle zu einem selbstdefinierten Ausbruch aus dem System.

Hinterm Lenkrad ist die Welt noch in Ordnung

Was Wirtschaftsgelder in der Kulturszene zu tun haben, versteht niemand besser als Dr. Avenarius. Er leitet beim BMW die PR-Abteilung; in seiner ruhigen und fachkundigen Art wirkt er so gar nicht wie ein knallharter Marketing-Manager der Industrie.

Auf einer Fachtagung des Arbeitskreises Werbefernsehen der deutschen Wirtschaft (kurz: AKW!) legte er offenherzig ein „Schuld"-Bekenntnis über die tatsächlichen Hintergründe des Sponsoring ab:
Wenn sie die Konsumgüterindustrie in der letzen Zeit zunehmend dem Kultursponsoring widme, läge das vor allen Dingen daran, daß andere Bereiche wie zum Beispiel Sport fast gesättigt seien. Im Kulturbereich sehe man Darstellungsmöglichkeiten, das diene dann eben der Verkaufsförderung der eigenen Produkte. Kultur werde in diesem Fall nur als Medium genutzt. Finanzierte „Events" seien weit sichtbar und eben medienwirksam.

Aus diesem Grund griffen die meisten Sponsoren zu Veranstaltungen der Hochkultur: Ohne Risiko könne der eigene Produktionsname auf der Wirksamkeit des Geschehens mitschwimmen.

Dr. Avenarius gerät aber immer wieder ins Schwärmen, wenn es umd die Rolle von BMW und dessen Ambitionen in diesem „Geschäft" geht:
Gelder von BMW müßten aufgrund der Verantwortung, die ein solcher Konzern für die Umwelt trage, einen gesellschaftspolitischen Auftrag wahrnehmen: So wie die Automobilbranche das Gesicht der Erde verändert habe, müßte BMW eben auch Mittel für gesellschaftlich innovative Ideen zur Verfügung stellen; und was läge da näher, als das kreative Moment der Kunst- und Kulturschaffenden zu fördern.

Schön gesagt: Mann muß sich eben nur gut darstellen können, das ist schon die halbe Miete.

Ins eigene Land der Träume

Diese Reise zu den Brennpunkten der heutigen Kulturfinanzierung läßt sich beliebig fortsetzen; angenehmer werden die dabei zu gewinnenden Ein- und Aussichten nicht.

Vom bürgerlichen Darstellungsdrang des neunzehnten Jahrhunderts zur derzeit aktuelleren, eiskalten Imagefinanzierung ist es kaum ein weiter Weg.

„Linke" und „alternative" Einrichtungen haben sich stellenweise vom Sog der ungewohnten Finanzierungsmöglichkeiten erfassen lassen; kommunale Geldsockel reichen für die eigene Arbeit schon lange nicht mehr aus; die erstellten „Produkte" tragen sich „am Markt" nicht allein (weil sie auch nie so konzipiert sein wollten!)... ●

CONTRASTE ruft seine LeserInnen nach diesem **Ausverkauf der Eitelkeiten** auf, über Erfahrungen zu berichten, die sich möglicherweise unter dem Titel **Ausverkauf der Köpfe** darstellen lassen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

DOKUMENTE DER GEGENÖFFENTLICHKEIT

herausgegeben vom ID-Archiv im internationalen Institut für Sozialgeschichte/ Amsterdam

Materialien zur Diskussion um die Gesinnungs- und Zensurparagraphen 129a & 130a

2. Auflage !

Schwarze Texte
Politische Zensur in der BRD 1968 bis heute

'Schwarze Texte' beginnt mit Beiträgen über die Zensur als staatliches Instrument zur Unterdrückung sozialer Kämpfe und Bewegungen. In Teil I werden in einer ausführlichen Chronologie die Zensurfälle gegen linke Buchhandlungen, Verlage, Zeitschriften und Druckereien aufgezeigt. Vorangestellt sind ihnen die Fixpunkte der sozialen Kämpfe und Gesetzesverschärfungen. Die Auswahl der danach folgenden Originalreprints (ehemals) verbotener Texte können somit im historischen Kontext gelesen werden. Der II. Teil enthält Beiträge zur Entwicklung und Einschätzung der Zensurparagraphen 129, 129a und 130a. Abschließend werden Ausschnitte der linken Diskussion (1968 - 1989) dokumentiert. Schwerpunkt sind hierbei die immer wiederkehrenden Fragen nach dem Umgang mit der staatlichen Repression sowie die Perspektiven einer freien Widerstandspresse.

168 Seiten (A4!), 18.– DM

Weitere Publikationen in der Edition ID-Archiv:

Projekt Gedächtnis
ID-Artikel zum Thema Gegenöffentlichkeit 1973 - 1981

Der »Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten« erschien mit insgesamt 371 Ausgaben, er war ein wichtiges Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit und Keimzelle vieler regionaler Zeitungen. PROJEKT GEDÄCHTNIS dokumentiert nicht nur die Entwicklung des ID, Auseinandersetzungen zur Gründung der TAZ, die ersten § 88a Prozesse, Aktionen gegen Zensur etc., sondern hat durchaus auch einen Gebrauchswert für heutige Diskussionen.

124 Seiten (A4!), 10.– DM

radikal 1984 - 1989
Ein Interview

In dem schriftlichen Interview zwischen dem ID-Archiv im IISG/Amsterdam und der »radikal« nehmen die MacherInnen der Zeitung Stellung zu fünf Jahren illegaler Zeitungsproduktion

84 Seiten, 5.– DM

Alle ID-Publikationen sind in guten Buchhandlungen erhältlich oder Direktbestellungen & weitere Verlagsinformationen bei:
Edition ID-Archiv im IISG
c/o AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19

AUSSTELLUNG

Gegenöffentlichkeit und politische Zensur 1968 – 1989

Die Edition ID-Archiv im IISG/Amsterdam hat zum Thema „Gegenöffentlichkeit und politische Zensur 1968-89" eine Ausstellung vorbereitet, die ab sofort eingesetzt werden kann.
Materialien:
12 Tafeln (50 x 70 cm), Glasrahmen
Leseecke mit Ausstellungsstücken
200 Ex. 16 Seiten A5 Informationsbroschüre zur Ausstellung
50 Ex. Plakate A2
Kosten:
50 DM/Woche für Buchläden und politische Gruppen
200 DM/Woche für Institutionen
Als Buch zur Ausstellung steht „Schwarze Texte", 2. Auflage, 18,- DM zur Verfügung; die Bücher können mit Rückgaberecht / 35% Rabatt bestellt werden.
Zu den einzelnen Exponaten:
Sämtliche Bilder sind Fotographien bzw. Fotokollagen. Es wird versucht, eine gesellschaftliche Stimmung, politische Bewegungen und repräsentative Ausschnitte von Zensurmaßnahmen bzw. Gegenaktivitäten darzustellen. Die Bilder beinhalten wenig bis gar keinen Text, sondern sollen die Problematik visuell vermitteln. Näheres ist in der Info-Broschüre nachzulesen. Wir gehen davon aus, daß Interessierte Vorkenntnisse besitzen, zudem gibt es ja noch die „Schwarzen Texte".
Vorläufige Themen der einzelnen Tafeln:
1. 45-67 Wiederaufbaumentalität, Antikommunismus und verfolgte Presse
2. Die Revolte und das Entstehen einer neuen Gegenöffentlichkeit
3. Linke Theorie und Praxis und die ersten Verbote von Veröffentlichungen
4. Die Unterdrückung einer Stadtguerilla Diskussion
5. Der § 88a und die Reaktion der Gegenöffentlichkeit, VLB-Aktion
6. Deutscher Herbst '77, Repression & Sprachlosigkeit
7. Anti-AKW-Bewegung, Häuserkampf, Anti-Kriegsbewegung und unterdrückte Presse
8. Der § 129a als staatliche Allzweckwaffe und die Veränderungen der Zensurparagraphen
9. Keine Zensur! Aktivitäten gegen die Maulkorbparagraphen
10. Illegalität, Mythos, Selbstbeschränkung der Öffentlichkeit
11. 20 Jahre Repression gegen linke Medien, ein staatlicher Erfolg?
12. Nicht zu fassen! Zensurmaßnahmen bedeuten nicht, daß eine Zensur stattfinden muß

Die Stichpunkte können nur oberflächlich die Themen darstellen. Mit 12 Tafeln den Komplex zu bearbeiten ist sicherlich schwierig. Wir werden uns bemühen, möglichst viele Aspekte zu berücksichtigen.
Zur Leseecke:
Bei der Planung der Ausstellung sollte eine kleine Ecke vorgesehen werden. Dort werden verbotene und zensierte Bücher und Zeitschriften zum Anfassen und Lesen (mitnahmesicher) ausgelegt.
Zur Informationsbroschüre:
Diese ist kostenlos, sie beinhaltet Beschreibungen zu den Bildern sowie Hintergrundinformationen, wird mit der Ausstellung geliefert.
Zum Plakat:
Dieses hat Platz zum Selbsteintragen der Ausstellung und Veranstaltung; die Plakate kommen 14 Tage vorher.

Edition ID-Archiv im IISG/Amsterdam
c/o AurorA
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19
☎ (030) 322 71 17

DIE KUNSTKONZEPTION DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Zwischen bürgerlicher Ästhetik und Postmoderne

Seit einem Jahr wurde in Baden-Württemberg an einer Kunstkonzeption und an der Schaffung eines Kunstministeriums gearbeitet. Während die Kunstkonzeption, von der sich auch die soziokulturellen Zentren etwas versprochen hatten, jetzt da ist, wurde der Plan des eigenen Kunstministeriums fallengelassen.

Von Eckard Holler, Redaktion Heidelberg ● So bleibt das meiste beim Alten, zumal die Konzeption auch weniger mutig ist als manche erhofft hatten, und ihr Verfasser enttäuscht vorzeitig in Pension gehen wird. Es ist abzusehen, daß das Bleibende von Späths Ministerpräsidentschaft in Baden-Württemberg auf kulturellem Gebiet eine Reihe von Prachtbauten sein wird und nicht die Förderung der vielfältigen neuen künstlerischen Entwicklung.

Bürgerliches Kunstverständnis

Die vorliegende Kunstkonzeption bietet ein Panorama der Kunstförderung in Baden-Württemberg und der geplanten Maßnahmen, wobei das taktische Kunststück vollbracht wird, die zentrale Stellung der neuen Großprojekte – z.B. in Stuttgart die Theaterakademie (180 Mio Mark) und die Akademie Schloß Solitude (45 Mio Mark), in Karlsruhe das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) und die Hochschule für Gestaltung (zusammen 129 Mio Mark) – darstellungsmäßig zu relativieren, indem sie als Aus- und Fortbildungsmaßnahmen beschrieben werden und ihre exorbitanten Kosten ungenannt bleiben, während die Fülle der kleinen Förderungsmaßnahmen z.B. im Bereich der Schul- und Laienkunst detailliert ausgebreitet wird. Kein Wort verloren wird auch über den Zuschußbedarf der beiden Staatstheater in Stuttgart und Karlsruhe, die die teuersten Kultureinrichtungen des Landes sind und im Jahr 1990 einen Zuschußbedarf von zusammen 150 Mio Mark haben, der, aufgeteilt im Verhältnis von 50:50 auf Städte und Land, fast 20% der Landeszuschüsse für den Kunstbereich (1990: 417 Mio Mark, ohne Baumaßnahmen) ausmacht.

Nur am Rande behandelt wird der Bereich der alternativen Kunst, obwohl Späth/Gönnenwein im Vorwort von der Gleichrangigkeit von etablierter und alternativer Kunst sprechen und den Eindruck erwecken, als verfolge die Kunstkonzeption das Ziel, eine Neugewichtung der Künste vorzunehmen. Bereits in der Kapitelabfolge (Theater, Musik, Literatur usw.) wird deutlich, daß die Kunstkonzeption aus dem Geist der normativen Ästhetik des deutschen Idealismus und der Romantik geboren ist und dem bürgerlichen Kunstverständnis des 19. Jahrhunderts näher steht als einer Ästhetik der Gegenwart, für die die Vielfalt neuer künstlerischer Entwicklungen Thema sein müßte.

Probleme mit Tourneen und Gastspielen freier Gruppen

Unter „Theater" werden nach wie vor nur die Staats-, Stadt-, Landes- und Kleintheater mit festem Ensemble verstanden, während die internationale Szene der freien Gruppen mehr als ein Störfaktor der Förderungssystematik am Rande des Kulturlebens wahrgenommen wird. Ihre Auftritte und Produktionen werden infolgedessen auch nicht als förderungswürdiges „Theater" anerkannt. Sie sind künftig jedoch zuschußwürdig, wenn sich ein „Ensemble" eines geförderten baden-württembergischen Theaters zur Kooperation bereitfindet (354). Diese Bestimmung bedeutet wohl, daß die staatlichen Bühnen künftig Zuschüsse für Gastspiele mit freien Gruppen erhalten sollen, die freien Kulturzentren aber nicht.

Überhaupt tut sich die Kunstkonzeption mit „Gastspiel" und „Tournee" schwer und behindert damit die neuentstandene Szene der freien Gruppen, für die die Auftritte an wechselnden Orten zum künstlerischen Selbstverständnis gehören. Aus dem gleichen Grund wird die Arbeit der soziokulturellen Zentren, die als Spielstätten von Bedeutung sind, auch in Zukunft eher behindert als gefördert, obwohl – für CDU-Verhältnisse eine Kulturrevolution – eine Förderung soziokultureller Zentren im Kapitel 10 unter dem Aspekt „spartenübergreifende Kunstförderungsmaßnahmen" ein eigener Programmpunkt geworden ist.

Ensemble-Theater und Eiertanz um die „Veranstaltertätigkeit"

Die soziokulturellen Zentren werden von Späth/Gönnenwein als „Kulturzentren neuen Typs" begrüßt (13), beim Bau der Häuser bzw. der Umnutzung von bestehenden Gebäuden und der Unterstützung der Arbeit will das Land aber dennoch nur minimale Hilfe leisten. Dieser Widerspruch erklärt sich aus der Schwierigkeit, die Mehrheit der CDU-Landtagsfraktion für die Unterstützung künstlerischer „Provokationen", „Experimente", und „neuer Impulse" (287) zu gewinnen, resultiert aber auch aus dem Argument, soziokulturelle Zentren seien „in nicht unbeträchtlichem Umfang lediglich Veranstalter" (288), die nach bisheriger Praxis keine Zuschüsse zu ihren laufenden Betriebskosten erhalten können.

Die Verfasser der Studie merken zwar, daß das Dogma des Ensemble-Theaters zur „Unbeweglichkeit" des Theaterbetriebs geführt hat (44), sind jedoch nicht bereit, die daraus folgenden Konsequenzen zu ziehen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß an keiner Stelle auf die Arbeit des Theaterhauses Stuttgart eingegangen wird, das seit fünf Jahren, geringfügig mit Landesmitteln unterstützt, sozusagen vor der Haustür der Stuttgarter Kunstpolitiker eine lebendige und zukunftsweisende Theaterarbeit mit einer Verbindung von Ensemble- und Gastspieltheater vorführt, die als Modell zur Lösung der konstatierten „Unbeweglichkeits"-Problematik des Theaters dienen könnte, wenn man sie nur wahrnehmen würde.

Zweierlei Maß

Interessant ist, daß „Dichterlesungen, Konzerte, Kleinkunstveranstaltungen" in Jugendhäusern, Volkshochschulen und soziokulturellen Zentren nicht als förderungsfähig betrachtet werden, während öffentliche Bibliotheken, die gleichartige Aktivitäten unternehmen, als „Kultur- und Kommunikationszentren" gewürdigt werden, „die für die kulturelle Infrastruktur der Gemeinden von großer Bedeutung sind" (113). Eine analoge Argumentation findet sich bei staatlichen Einrichtungen wie dem Landespavillon oder dem Wilhelma-Theater Stuttgart. So erhält der Landespavillon, der dem Landesgewerbeamt zugeordnet ist, für seine Kleinkunstveranstaltung – sie heißen dort „Rahmenprogramm" (277) – pro Jahr 250.000 Mark und für Ausstellungen 300.000 Mark. Auch richtet er im Auftrag des Ministeriums für Kultus und Sport (MKS) den Kleinkunstpreis Baden-Württemberg aus. Das Wilhelma-Theater der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Stuttgart wird aufgrund des gutbesuchten Theater- und Veranstaltungsbetriebes (1988: 50.000 Besucher) „zum Zentrum der Cannstatter Stadtteilkultur" (239) erklärt. Sein Etat soll großzügig aufgestockt werden, da der Etat der Hochschule nicht zur Finanzierung der „populären Fremdveranstaltungen" (239) ausreicht, die für die Bevölkerung aus naheliegenden Gründen attraktiver als die hochschuleigenen Aufführungen sind. Zitat: „Es müssen deshalb zusätzliche Personalstellen für verwaltungstechnische und theaterspezifische Aufgaben geschaffen, die laufenden Sachmittel aufgestockt und zusätzliche Räume für Probemöglichkeiten, Fundus und Werkstatt angemietet werden" (239). Man kann sich nur wünschen, daß bei freien Kulturzentren ähnlich sachlich argumentiert und unkompliziert gefördert wird.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Open-Air und Open-Air-Classic

Open-Air-Festivals, veranstaltet von freien Kulturinitiativen, gelten – mit Ausnahme des ZMF Freiburg, das als „Sonderfall (65) den „Kulturbühnen" zugeordnet wird – als nichtförderungswürdige „Veranstaltungen". Ein Open-Air-Classic-Festival, von Justus Frantz und einer Mannheimer Konzertagentur im Schwetzinger Schloßpark veranstaltet, ist hingegen „eine neue Präsentationsform" (204) für klassische Musik auf hohem Niveau für ein breites Publikum, mit der „weitere Erfahrungen" zu sammeln sind. Gefördert wird u.a. auch das vom Land mitveranstaltete Bodensee-Festival, und zwar in Form von Sonderzuwendungen an das Stadttheater Konstanz und das Bodensee-Symphonie-Orchester „für ihre künstlerischen Beiträge" (38).

Uneinheitliche Verbandsförderung

Ähnlich uneinheitlich wie die Spielstätten- und Festivalförderung im freien Musik- und Theaterbereich wird die Verbandsförderung gehandhabt. Generell gilt, daß das Land nach dem Subsidiaritätsprinzip verfährt und sich bei der Durchführung der Fördermaßnahmen der Unterstützung durch die Verbände bedient. So gibt es eine Vielzahl von Kulturverbänden, denen die Verteilung von Fördermitteln übertragen ist bzw. die mit Projektmitteln und häufig auch mit laufenden Betriebsmitteln für ihre Landesgeschäftsstellen unterstützt werden. Beispiele für derartige Verbände sind u.a. Landesmusikrat, Verband der Jugendmusikschulen, Amateurtheaterverband, Spielberatung Baden-Württemberg e.V., Förderkreis deutscher Schriftsteller in Baden-Württemberg, AG der Freilichtmuseen. Die Verbandzuschüsse belaufen sich auf Beträge zwischen 60.000 und 200.000 Mark pro Jahr, können aber auch höher liegen. Als Kriterium für die Bezuschussung gilt „die Übernahme von Aufgaben, an denen das Land ein erhebliches Interesse hat" (184). Dieses Kriterium ist im Einzelfall interpretierbar. Wie wäre es sonst zu verstehen, daß der Verband der Jazzclubs in eigener Regie die Landeszuschüsse zur Förderung von Jazzkonzerten an seine Mitgliedseinrichtungen verteilt, die LAKS Baden-Württemberg (= Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren) aber nur ein Empfehlungsrecht hat, an das die staatliche Verteilungskommission nicht gebunden ist? Auch gibt es viele Feinheiten der Verbandsförderung, die kaum bekannt sind. Z.B. übernimmt das Land bei den Laienmusikverbänden die pauschale Abgeltung der GEMA-Gebühren für die Auftritte der Mitgliedsgruppen (68) oder bezahlt den Laienchören, die vereinsmäßig organisiert sind, eine Chorleiterpauschale von 700,– DM pro Jahr (68).

Kultur-Kontor und internationales Kulturreferat

Besonderen Bedarf gibt es – zumindest verbal – bei der Entwicklung der Kulturarbeit im ländlichen Raum und bei den internationalen kulturellen Beziehungen. Für den ländlichen Raum soll u.a. beim Verband der Volkshochschulen ein „Kunst-Kontor", d.h. eine nichtgewerbliche Künstleragentur, eingerichtet werden, die Tourneen und Ausstellungen organisiert (282). Für Planung, Ausbau und Pflege eigener internationaler kultureller Beziehungen will das Land Baden-Württemberg beim Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) in Stuttgart, einer Landesanstalt des öffentlichen Rechts, ein internationales Kulturreferat schaffen.

Geringe Förderung der alternativen Künste, des künstlerischen Films und der kulturellen Jugendarbeit

An der im argen liegenden Förderung der alternativen Künste wird sich voraussichtlich wenig ändern, da die Situation dieser Kunstrichtung bislang nicht systematisch untersucht ist und in der Folge auch nur mehr oder minder zufällige Einzelfördermaßnahmen getroffen werden können, die eher symbolischen Wert besitzen.

Am besten geht es noch dem Jazz mit dem Jazzpreis Baden-Württemberg, Jazzensemble, Zuschüsse an die Jazz-Clubs (66), Jazz-Festival (65) und Diplomstudiengang Jazz an der Musikhochschule Stuttgart (237). „Semiprofessionelle Theater" können ab 1989 „Zuschüsse zu einzelnen Projekten" erhalten (33). Die Rock- und Popmusik soll künftig in den Musikschulen neben der „Schulmusik" berücksichtigt werden (88). Auch ist daran gedacht, z.B. Rockfestivals und Rockworkshops zu fördern (87). Der Kleinkunstpreis Baden-Württemberg wird seit 1986 im Zwei-Jahres-Rhytmus für die Sparten Clownerie, Cabaret, Pantomime und Lied/Chanson vergeben (49), daneben gibt es einen jährlichen Kinder- und Jugendtheaterpreis und alle drei Jahre einen Autorenpreis für Volkstheaterstücke (49), der, was nicht selbstverständlich ist, vom Ministerium für Kultus und Sport auch an kritische Autoren vergeben wird.

Wenig zu berichten ist von der kulturellen Filmförderung, obwohl sich das Land Baden-Württemberg rühmt, bereits 1986 als erstes Bundesland Kommunale Kinos gefördert zu haben (1989: 460.000 Mark „Abspielförderung" für 18 Kinos). Immerhin wird kritisch eingestanden, daß Baden-Württemberg mit Filmförderungsmaßnahmen in Höhe von 2 Mio Mark hinter anderen Bundesländern „weit" zurückliegt (132).

Völlig im Abseits der Kunstförderung liegt die Kulturarbeit der Jugendhäuser. Auf sie wird nur einmal, und zwar im Kapitel „Bildende Kunst", Bezug genommen. Es heißt, ihre Arbeit sei von Jugendmusik- und Jugendkunstschulen übernommen worden und im übrigen durch die bestehenden Förderprogramme des Landesjugendplans (400.000 Mark) genügend gesichert. Immerhin werden die Kommunen angeregt, „die Tendenzen zu mehr Kulturarbeit in der offenen Jugendarbeit konsequent zu unterstützen" (159, 165).

Kein Entwicklungsprogramm für Soziokulturelle Zentren

Angesichts der Fundierung der Kunstkonzeption durch den Kunstbegriff der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts kann die Einbeziehung und relativ ausführliche Darstellung der freien soziokulturellen Zentren und Kulturinitiativen (284-288) als ein außerordentlicher Schritt gelten, der insbesondere in Teilen der CDU-Landtagsfraktion als „Provokation" (287) angesehen werden dürfte. Dennoch besteht kein Anlaß zum Jubeln: Während staatliche und kommunale Theater, Museen, Galerien und Bibliotheken derzeit mit hohem Aufwand gebaut und anschließend selbstverständlich auch mit den benötigten Etatmitteln ausgestattet werden, müssen freie soziokulturelle Zentren in Baden-Württemberg zunächst eine fünfjährige Probezeit nachweisen, bevor sie bei Investitionen und Projektarbeit mit kleinen Beträgen gefördert werden. Unter diesen Umständen bleiben die Förderungsmaßnahmen weit hinter dem Entwicklungsprogramm zur Schaffung von soziokulturellen Zentren zurück, das die LAKS Baden-Württembnerg e.V. seit 1983 fordert und für das vom Land für die 34 bestehenden Einrichtungen mindenstens 30 Mio Mark bereitgestellt werden müßten. Eine Benachteiligung der vielen soziokulturellen Kulturinitiativen im ländlichen Raum gegenüber denen in den Städten ergibt sich aus der Bestimmung, daß sie vom Land nur gefördert werden, wenn sie Landkreismittel in gleicher Höhe als Komplementärmittel nachweisen können (287). Solche Mittel sind aber nur schwer zu bekommen, da die Kulturfördermittel der Landkreise weit geringer als die der Städte sind und im ländlichen Raum die Vereinskultur bei der Mittelvergabe bevorzugt wird.

Perspektiven der Kunstförderung nach dem Ende der CDU-Ära in Baden-Württemberg

Die Crux der Kunstkonzeption Baden-Württemberg liegt darin, daß sie den ästhetischen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts verhaftet bleibt und sich nur zögernd einer modernen oder auch postmodernen Ästhetik zuwendet, die die Proportionen und Felder der Kunstszene neu bestimmt und die kulturelle Wirklichkeit unserer Zeit mit ihren neuen kulturellen Bedürfnissen in das Blickfeld der Politiker rückt. Als Anfang einer bislang blockierten Kunstdebatte, die weiterführende Perspektiven öffnet und auch für ein Baden-Württemberg ohne absolute CDU-Mehrheit Bedeutung hat, könnte die Auseinandersetzungen mit der Alternativ- und Soziokultur genutzt werden. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die freie Wirtschaft, die ihr Herz für die Werbefunktion von populärer Spitzenkunst entdeckt hat, künftig mittels des „Sponsoring" den Staat entlasten, den Diskurs beherrschen und die Entwicklung lenken wird, auch wenn der Verfasser der Kunstkonzeption den Sponsoren nur eine ergänzende Aufgabe, nämlich die Finanzierung des „Sahnehäuptchens" auf dem Kuchen staatlicher Förderung (302), übertragen will und die Entwicklung mit „10 Thesen zum Sponsoring" (305) zu kanalisieren versucht.

Die Kulturkonzeption des Landes Baden-Württemberg ist inzwischen auch im Buchhandel (VUD Verlag- und Druck GmbH, Freudenstadt, ISBN 3-923719-19-1) zu haben. Das gediegen gestaltete Buch (Format: 28,5 x 21,5) enhält auf 391 Seiten 124 z.T. ganzseitige Farb- und 34 Schwarzweißfotos, Vorworte von Späth/Gönnenwein und Rettich und ist in 12 Kapitel gegliedert: Theater, Musik, Literatur, Film, Bildende Kunst, Museen, Staatliche Schlösser und Gärten, Denkmalpflege, Künstlerische ausbildung und Fortbildung, Spartenübergreifende Kunstförderungsmaßnahmen , Kunst und Wirtschaft, Grenzüberschreitende kulturelle Beziehungen. Die Kapitel sind jeweils zweigeteilt in Teil A: Bestand bzw. Ausgangslage und Teil B: Perspektiven bzw. Konzeption oder Zielsetzungen. Gegenüber der Landtagsdrucksache 10/2600 v. 28.11.89/12.12.89 ist die Buchfassung um 6 Register (Sachgebiete, Gemeinden und Städte des Landes, Städte und Teritorien außerhalb der BRD, Namen - Einrichtungen - Veranstaltungen, Preise - Stipendien - Wettbewerbe) und um ein Motto von Karl Valentin ergänzt: „Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit". Nicht veröffentlicht ist der Teil „Finanzplanung", der gleichwohl vorhanden sein soll, aber unter Verschluß gehalten wird. ●

Literatur: Der Kunstkoordinator des Landes Baden-Württemberg (Hg.), Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg, Konzeption: Dr.Dr. Hannes Rettich, Copyright: Staatsministerium, ISBN 3-923719-19-1, Stuttgart 1990

Bezug: Der Kunstkoordinator des Landes Baden-Württemberg, Neues Schloß, 7000 Stuttgart

NEUE WEGE FÜR NATURKOST

Wo, bitte, geht's lang zur Umgestaltung?

Ist, da weitere schriftliche Beiträge von Bioladnern für diese CONTRASTE-Diskussion ausblieben, und man sich statt dessen an den neue Zeichen setzenden Bio-Fachmessen orientiert, die Diskussion hier nur ein aufgeblasener Redeschwall? Oder wird der neue kapitalistische Biotrend sich als eine aufgeblasene Verpackung erweisen? Ist nach dem ökonomischen Sieg über den Osten die Richtigkeit des hier herrschenden Systems bewiesen und jeder Zweifel überflüssig, oder aber zeugt die allgemeine Sprachlosigkeit von der Notwendigkeit, die Sprache und dazugehörigen Ideen erst wieder zu finden?

Herrman Cropp, Redaktion Naturkost ● Niederlagen, sowohl eigene wie gesellschaftliche, verdrängt man lieber, und wer darin bohrt, wird bald noch als Verursacher der Niederlagen empfunden. Lieber vergißt man die vielen Ladenschließungen des letzten Jahres, überliest die zig und hundert Verkaufsinserate für Bioläden in Schrot und Korn – übrigens soll jeder zum Verkauf stehende Bioladen eine Goldgrube sein! Warum verkaufen sie dann nur?

FEHLENDE ORIENTIERUNG

Vergessen ist gewiß auch Elkes Abschiedsbrief an die Naturkostszene vom letzen Herbst, der bei vielen eine kurzfristige Einsicht in Versäumtes und den Willen, das nachzuholen, weckte. Fast stellt sich die bange Frage, ob es denn aus sei, wie schon die Lebensreform vor 60 Jahren das „Aus" getroffen hat.

Es scheint, als hätten ehemals Bewegte in diesen bewegten Zeiten bleischwere Glieder und könnten sich nicht aufraffen zu neuem Handeln. Orientierungslos, die alten Wegweiser gelten nicht mehr, und wer schafft es, ein zweites Mal in seinem Leben Wegweiser aufzustellen – ist das nicht der jeweils jungen Generation vorbehalten? Wie bei den Grünen und bei allen möglichen Verbänden gibt es auch in der Naturkost die Neigung, dieselbe durch organisatorische und formale Maßnahmen zu beleben. Heißt so vorgehen nicht, die Hoffnung schon aufgeben auf verantwortliches Handeln jedes Einzelnen? Und wollten wir nicht Selbstorganisation, daß also Struktur von selbst entsteht? Anders kann ich's mir bei den vielen individualistischen Bioladnern auch gar nicht vorstellen.

Das sind die Irritationen auf dem Weg zu Umgestaltung. Wenn sich nichts wirklich bewegt, bewegt sich das Geld und erweckt die Illusion, daß es vorwärts gehe. Die Unternehmensphilosophie des Herstellers „Neue Wege" ist bekanntlich, alles, was es konventionell gibt, auf Bio nachzubauen (was haben wir uns noch empört über die Lippenstifte) – Nachäfferei als neuer Weg. Schaut man sich die Messe „Biofach 90" an, so muß man glauben, die ganze Branche sei nur darauf aus, die verdorbenen Eßgewohnheiten des Kapitalismus auf Bio umzupolen.

BIOKAPITALISMUS

Anstatt selber neue Zeichen zu setzen, der Entwicklung vorauszueilen, läuft man dem zweifellos zum Untergang verurteilten kapitalistischen Konsumrausch hinterher. Wohl 50 Ladner hab' ich inzwischen über die „Biofach" befragt: Begeistert waren vor allem jüngere, regelrecht angewidert viele ältere Ladner. Nana aus Marburg hielt es nur 1/2 Stunde auf der Messe aus – überall die Süßigkeiten! Es entwickelt sich eine scharfe Konkurrenz der Hersteller und Erzeuger, sie setzen auf Komplettprogramme. Und Tiefkühlkost wird für Bio entdeckt, Rohkost ade! Das Sortiment geht in die Breite, oberflächlich, vielleicht schmilzt es auch nur. Jeder Lieferant will den Läden sein Komplettprogramm verkaufen, obwohl sie fast alle dasselbe haben, nur anders verpackt. Das ist die Oberflächlichkeit der Angebotsbreite. Da kann man gleich Naturkost-Franchising machen, wie ich es in Frankreich gesehen haben.

Sogar Phönix, Regionalverteiler in Hessen, sonst um keine Übertreibung verlegen, tritt auf die Bremse, will nicht mehr alles ins Programm nehmen. Sie wollen endlich mit den Ladnern über eine Reduzierung des Programms diskutieren und das Notwendige wieder vorn anstellen. Ob sie sich nun von ihren Gewissensbissen leiten lassen und sich dem scheinbaren Zwang der Geldverwertung entziehen, oder ob sie wieder den Egoismus der anderen für das Scheitern gemeinsamer Anstrengungen in Richtung auf ein ökologisch bewußtes Handeln verantwortlich machen?

Inhaltlich lief auf dieser Glanz-, Glitter- und Biosüßigkeitenmesse auch nicht mehr als eine „Seifenoper", eine Podiumsdiskussion der Hersteller (!) über Für und Wider von Seife, Tensid und allerhand Fachchinesisch. In dieser orientierungslosen Zeit gelingt es auch der „Mahlzeit" nicht, deren Redakteurin Ulrike das Podium dirigierte, neue Orientierungspunkte zu setzen. Die Seifenfrage wird zu einer Art religiösen Glaubensfrage erklärt, es wird gleichgültig Toleranz gegenüber unökologisch Andersdenkenden geübt, und es wird nicht geeifert und Partei ergriffen für die eine gute Sache. Diesen Eifer aber brauchen wir und Begeisterung, damit wir die sprichwörtlichen Berge von Konsummüll versetzen können. Neuerungen entstehen nicht da, wo die wohlausgewogene Bequemlichkeit zu Hause ist. Eine Revolution wird nicht in Messehallen gemacht, eher das Gegenteil. Auf dieser Messe wurde bestimmt nicht dazu aufgefordert, den verschwenderischen Lebensstiel zu ändern, auf Waschmittel, Süßigkeiten und Luxus zu verzichten, vielmehr sollte durch die biologische Hintertür der Luxus wiedereingeführt werden. Aber Ziel kann nur die Genügsamkeit sein und der sparsame Umgang mit allen Gütern der Natur.

FÜR EINE RADKAL-ÖKOLOGISCHE UMGESTALTUNG DER NATURKOST

Für Überzeugungstäter und Bioladner, für fruchtbare Ideen und neue Taten! Ohne Gummibärchen und Lutscher, ohne Großhändler und Fabrikanten! Gegen die Verbetriebswirtschaftlichung unserer Beziehungen!
Initiatoren diese Aufrufs: Wolfgang Otto, Kassel; Achim Wagner, Usingen; Rudolf Dörr, Vlotho; Jan, Mutter Erde, Saarbrücken; Werner, Schwarzwurzel, Ludwigshafen.
VORBEREITUNG: (keine endgültige Anmeldung gegen 5,- für Porto und Diskussionspapiere bei:) CONTRASTE Redaktion Naturkost, Hermann Cropp, Postfach 1811, 45 Osnabrück (05402 - 7373)

NEUE ÖKOLOGISCHE BEWEGUNG

Doch wie geht es weiter? Dazu 5 Fragen zur Notwendigkeit einer Ökologischen Bewegung.

1. **Ist eine ökologische Bewegung erforderlich?**
   Ja, a) weil die bisherige durch Parlamentarisierung und Kommerzialisierung ihre Glaubwürdigkeit verloren hat; und b) weil die Umweltprobleme nicht verringert, sondern verschlimmert wurden.
2. **Wird, was erforderlich ist, auch eintreten?**
   Die geschichtliche Entwicklung läßt sich bekanntlich durch noch so umfangreiche Klassenkampftheorien keine Vorschriften machen. Deshalb kann wohl ein Streben nach ökologischem Gleichgewicht vorhergesagt werden, nicht jedoch, welche Maßnahmen dazu führen werden (doch entbindet uns dies nicht der Pflicht, alle Anstrengungen zu unternehmen).
3. **Kann eine neue Ökobewegung aus der alten (z.B. durch Reformierung) hervorgehen?**
   Es beruhen zwar alle gesellschaftlichen Veränderungen auf gesellschaftlichen Bewegungen, aber fast jede Bewegung steht in scharfem Gegensatz zu ihrem Vorgänger, mit dem sie zwar das Ziel gemeinsam hat, dem sie aber meistens schwere Fehler bei der Erreichung desselben vorwirft.
4. **Kann eine Ökobewegung irgendwann eine solche Breite erreichen, daß sie Allgemeingut wird und sich in allen Medien und in der Regierungspolitik wiederfindet – mit anderen Worten: übersehen wir vielleicht die neue Qualität einer Öko-Massenbewegung?**
   Eine Massenbewegung ist keine Bewegung, bringt nichts Neues hervor und zertrampelt nur das ehedem Neue. Jede vermeintliche Massenbewegung hat ihre Wegbereiter, welche die wirklich bewegenden Menschen sind. Eine genauere Betrachtung z.B. des Konsumverhaltens der Grünen stellt jeder Bioladner an (und verzweifelt). Ebenso zweifelhaft ist die Einstellung der Ökomassenmedien wie Natur und Ökotest oder gar der Umweltregierungspolitik.
5. **Wird eine neue Bewegung nicht ganz andere als ökologische Ziele haben?**
   Zum Ende dieses Jahrhunderts scheinen alle liebgewordenen Ideologien zusammenzubrechen. Man rätselt, welches die bestimmenden Kräfte künftiger Entwicklung sein werden: Nationalismus, Religion, Biotech und überhaupt Technik oder Ökologie. Die Menschheit kann in der Geschichte durchaus eine Dummheit begehen und erst 100 Jahre später wieder den Weg der Vernunft beschreiten. Der verspätete Nationalismus in den spätindustrialisierten Ländern gibt dem Nationaldenken keinesfalls recht, sondern beweist nur, daß Dummheit Geschichte machen kann. Kein nationalistischer und kein Gottesstaat kommt an den Umweltproblemen vorbei und es steht zu befürchten, daß die dringenden ökologischen Maßnahmen nur hinausgeschoben werden, so wie die kommunistischen Theokratien im Osten nichts als Dreck hinterlassen. Bewegungen, die andere als ökologische Ziele haben, verkennen also die Not der Zeit. ●

SCHREINERTREFFEN

Tropenholzboykott na klar – aber was sind die Folgen?

**Unter diesem Arbeitsthema trafen sich vom 23.-25. März die Schreinereikollektive in der Kommune in Niederkaufungen.
50-60 TeilnehmerInnen und ein thematisch dichtgedrängtes Programm bot für alle die Möglichkeit, vom Kontakte pflegen bis zu konkreten Arbeitsergebnissen ein breites Spektrum von Anregungen mit nach Hause zu nehmen. Auch schien der Tagungsort Kassel geeignet zu sein, sowohl vom Süden wie vom Norden die verschiedensten Betriebe anzulocken.**

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● Als Ergänzung zum Schwerpunkt im April und der auszugsweisen Wiedergabe eines Themas soll der folgende Text dienen, der Teile eines Referats von Fredo Klaproth, Diplom Forstwirt und Ökologie Sachverständiger, behandelt:

Welchen Einfluß hat der Tropenholzboykott auf die Forstwirtschaft hier in der BDR?

Wieviel Holz wird nun in der BRD eingeschlagen?
Die Einschlagspläne der Fortstwirtschaft bewegen sich stetig im Rahmen zwischen 26 und 28 Mio Festmeter (Fm) ohne Rinde. Dieses Programm richtet sich je nach dem, wie es die Notwendigkeit der Bestandespflege bzw. die Hiebsreife der Bestände erfordert, also nach waldbaulichen Kriterien. Allein diese Schwankungen der Einschlagsplanung liegen in der Größenordnung der Tropenholz-Importe. Der Mehrbedarf von 1,7 Mio Fm Holz zur Deckung des Mehrbedarfs durch den Boykott ließen sich durch eine Einschlagsplanerhöhung von 0,25 Fm leicht waldbaulich vertreten.

Die Einschlagsplanung wird in den Betriebsplänen der Forstbetriebe über 50 ha festgelegt, Forstbetriebe unter 50 ha werden geschätzt. Da diese meist in Forstbetriebsgemeinschaften o.ä. organisiert sind und von Förstern betreut werden, können die Einschläge meist im Voraus geplant und gut geschätzt werden.

Die Isteinschläge liegen in der Regel über dem Solleinschlag. Dies ist darin begründet, daß sogenanntes Kalamitätsholz zusätzlich geschlagen wird. Das ist Holz, das durch Schadeinwirkung wie Sturm, Käferplage, Sonnenbrand, Feuer und andere Katastrophen extra eingeschlagen wird.

Diese Holzmengen sind steuerlich begünstigt, so daß der Waldbesitzer die Umsatzsteuer, die er beim Verkauf erhält, einbehalten kann. Die höheren Einschläge führen zu einem Überangebot auf dem Holzmarkt und führen so zu niedrigen Preisen.

Die Größenordnung der Kalamitätshiebe liegt mit etwa 2-3 Mio Fm 1 1/2 mal so hoch wie die Tropenholz-Importe. Betrachtet mensch allein die Masse, kann das Tropenholz durch die Übernutzung durch Kalamitäten gedeckt werden mit dem Vorteil, durch knapperes Angebot bessere Preise zu erzielen.

Eine ganz andere Frage ergibt sich bezüglich der Substituierbarkeit des Tropenholzes. Für den Ersatz von Tropenholz dürfen alle Holzarten in Frage kommen. Laubhölzer und Nadelhölzer erfüllen in den verschiedenen Bereichen, in denen Holz verwendet wird, die Anforderungen, die je nach Bedarf unterschiedlich sind. Als Ersatz für Tropenholz kommt in erster Linie Starkholz, sprich Wertholz, in Frage.

Wie reagieren nun die Waldbesitzer, wenn der Preis für das Holz steigt?

Um das zu ergründen, ist es erforderlich, die Struktur der Besitzverhältnisse der Betriebsgrößen der Forstbetriebe zu kennen. Daraus läßt sich das Verhalten auf dem Markt herleiten. Diese Struktur kann wie folgt zusammengestellt werden:
460.000 Betriebe insgesamt mit 7,4 Mio ha Waldfläche
davon
455.700 vorwiegend Privatbetriebe mit weniger als 200 ha
4.300 Staatswald- und Großprivatwaldbetriebe mit mehr als 200 ha
Diese beiden Besitzgrößen zeigen ein unterschiedliches Marktverhalten.
Die erste Gruppe zeigt ein auf Gewinnmaximierung ausgerichtetes Marktverhalten. Die Betriebe bieten möglichst dann ihr Holz an, wenn der Preis hoch ist. Dies bedeutet allerdings nicht, wenn durch den Tropenholzboykott der Preis für Wertholz (also Starkholz) -Sortimente steigt, bei dieser Gruppe mehr Holz geschlagen wird.

Dagegen steht die meist ungünstige Altersklassen-Struktur der kleinen Betriebe. Sie haben oft keine zusammenliegenden Flächen, sondern aus mehreren Teilstücken zusammengesetzte Einheiten. D.h. auch, daß sie meist nur jüngere Bestände unter 80 Jahren mit schwachen Sortimenten haben und diese weit früher nutzen als die Großbetriebe es tun.

Das hat wiederum zur Folge, daß meist schwächere Sortimente produziert werden und kaum Holz, welches das Tropenholz ersetzen könnte. Die Schwachholzsortimente, die hier produziert werden, sind seit langem auf sehr geringem Niveau. Ein Anstieg der Preise und damit ein Anstieg des Einschlags hätte die positive Folge, daß rückständige Durchforstungsmaßnahmen durchgeführt würden. Bei diesen Betrieben ist also keine Änderung ihres Marktverhaltens aufgrund eines Tropenholzboykotts zu erwarten.

Waldbesitzer mit mehr als 200 ha Waldfläche zeigen ein gänzlich anderes Verhalten. Diese Forste sind auf ein Minimaleinkommen angewiesen und kalkulieren damit. Großbetriebe können es sich eher leisten, ihre Bestände länger wachsen zu lassen. Sie sind durch das Vermögen, das ihr Waldboden darstellt, eher als die kleinen Betriebe abgesichert. Der Staatsforst wird zudem durch staatliche Subvention in die Lage versetzt, nur eine Deckung der variablen Kosten erwirtschaften zu müssen.

Wenn der Preis des Holzes steigt, führt das bei diesen Betrieben zu geringeren Einschlägen, da sie mit weniger Produktion das gleiche Geld verdienen bei niedrigerem Preis. Diese Zeiten günstiger Holzmarktkonjunktur werden auch genutzt, um rückständige Bestandespflege, Wegeinstandsetzung und -bau durchzuführen.

Die Folge eines Preisanstiegs durch erhöhte Nachfrage nach Wertholz zur Substitution des Tropenholzes wäre hier eine Verringerung des Einschlages. Die befürchteten Folgen wie Kahlschläge und Gifteinsatz bei der Kulturbegründung und der Bestandespflege treten eher weniger durch einen Boykott ein.

Zusammenfassung

Ein Tropenholz-Boykott betrifft ein Einschlagsvolumen, das allein vom Kalamitätenholz ersetzt werden könnte. Insgesamt könnte ein Preisanstieg durch erhöhte Nachfrage die Forstwirtschaft entlasten. Es würde eher zu mehr Zeit und Geld für dringende waldbauliche Maßnahmen führen.

Die kleinen Forstbetriebe unter 200 ha haben in der Regel ein zu geringes Angebot an Wertholz. Sie können die für den Ersatz von Tropenholz erforderlichen Sortimente nicht liefern. Sie werden daher kaum mehr kahlschlagen als sie es bereits tun. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß einzelne Waldbesitzer aufgrund hoher Preise ihre Wälder kahlschlagen.

Zu der Frage nach dem Chemieeinsatz in der Forstwirtschaft kann ich sagen, daß der Trend der Laubholzkulturen im Steigen begriffen ist. Hier lassen sich kaum Pestizide anwenden, da die Laubhölzer selbst angegriffen würden. Der Chemieeinsatz in kleinen Flächen ist meist teurer als mechanische Pflege.

Da ich keinen Anlaß sehe, durch einen Tropenholzboykott mehr Kahlschläge zu befürchten, kommt es auch nicht deswegen zu einem höheren Pestizideinsatz bei der Kulturbegründung. ●

NÄCHSTES SCHREINERTREFFEN

Das nächste Treffen vom 5.-7.Oktober 1990 soll sich wieder einmal mit unseren konkreten Arbeitsbedingungen beschäftigen. Humanisierung am Arbeitsplatz war ein Projekt, das die HOLZCOOP Aachen zusammen mit der Gewerkschaft durchgeführt hat und die konkreten Ergebnisse und ihre Realisierbarkeit anhand der dort verbesserten Arbeisplätze sollen für alle ausgewertet werden.

UNTER BESETZTEN DÄCHERN

Revolte und/oder Kontinuität

Ein Interview mit Chris, Bewohner eines ehemals besetzten Hauses in Berlin-Kreuzberg, über politische Ansätze und deren Entwicklung nach 10 Jahren Hausbesetzergeschichte.

Wieviel Leute von damals wohnen überhaupt noch in diesen Häusern und wie ist die Struktur der BewohnerInnen?
Ich beziehe mich in erster Linie auf 4 früher besetzte Häuser, die ungefähr seit 9 Jahren besetzt sind, die ich etwas besser kenne. Ich denke, daß das ziemlich wenig ist.

In meinem Haus leben von damals 15 bis 18 Leuten noch 5, der Rest hat seit 8 Jahren sehr stark gewechselt. Das heißt, hier durch dieses Haus, und durch das andere auch, sind im Laufe der 9 Jahre jeweils 25 bis 35 Leute gelaufen. Das ist doch relativ viel für Gruppen, die sich als Hausgemeinschaften verstehen.

Wovon ist das abhängig, daß es hier mehr Fluktuation gab als in anderen Häusern?
Ich denke, daß in diesem Haus, das noch nicht modernisiert ist, wo sogar mancher Studi sagt, es sei ihm zu wenig Komfort –, mit 18 Leuten ein Bad, nur dort warmes Wasser – das hat die Fluktuation stark gefördert, während in den anderen Häusern die Modernisierung schnell ging, schon lange zurückliegt. Da haben sich die Leute einfach etabliert, d.h. der äußere Zustand der Häuser und der mehr oder weniger zufällige Gang von Modernisierung hat einen großen Einfluß auf die Gruppenstruktur und die Fluktuation.

Was haben die Leute denn gemacht in ihrem Privatleben, als sie angefangen haben, Häuser zu besetzen?
Früher waren das zu gut zwei Drittel Studis und der Rest hat gejobbt, d.h. wir hatten alle sehr viel Zeit, und jetzt ist es so, daß die Leute, die fertig studiert haben und in der Tat mehr verdienen, d.h. sich 'ne bessere Wohnung leisten können, vermehrt ausgezogen sind. Man soll aber nicht übersehen, daß auch für Leute in anderen Verhältnissen, z.B. Taxifaher oder wir haben hier Heilpraktiker, oder Leute, die jobben, diese Bewegungszeit vorbei ist, d.h. es hat nicht unbedingt was mit der sozialen Stellung zu tun. Generell ist die Tendenz, daß die Leute sich zur Ruhe gesetzt haben. Leute, die die Uni abgeschlossen haben, haben nur zum Teil gute Jobs – die sind dann tendenziell ausgezogen, in diesem Haus, wo der Komfort auch nicht entsprechend ist. In anderen Blöcken und auch bei uns hat es Fälle gegeben, wo Leute sich Kollektive geschaffen haben und jetzt dort relativ ruhig vor sich hin leben.

Dann gibt es Leute, die vorher auf der Straße gelebt haben und die dann durch Sozialprojekte in stabilere Verhältnisse gelangt sind – was man gut oder schlecht finden kann, aber was auf jeden Fall heißt, daß der allgemeine Trend nach gesicherten Verhältnissen überall ablesbar ist.

Also liegt es nicht nur am Komfort, sondern die Leute ziehen von hier aus eben in Klein-WG's, oder allein...
Ja, es ist so, der Trend geht dahin, seinen unmittelbaren Lebensbereich in kleineren Einheiten zu organisieren. Es gibt zwar noch die Form der Hausgemeinschaft, die ein ökonomisches Standbein hat – über ein gemeinsames Mietkonto, sozial gestaffelte Mieten oder gemeinsame Kohlenbesorgung, die aber auch hinausgeht über so einfache technische Geschichten – aber wohnungsmäßig ist der Trend zu WGs innerhalb der Häuser ganz stark – teilweise sogar zum Einzelwohnen.

Trotzdem empfinden die Leute noch die Geschichte der Häuser? Ich meine, hat die Tatsache, daß die Häuser mal besetzt waren, noch einen Einfluß?
Es gibt eine starke Tradition, die sich in etablierten Auseinandersetzungsformen äußert – und in gewissen Dogmen und Tabus...

Es gibt z.B. das Tabu, daß man für Streits innerhalb der Häuser nicht auf den Staat oder seine vorgelagerten Instanzen zurückgreift – konkret also nicht die Bullen holt, wenn man untereinander Streß hat, und der kann zum Teil ziemlich massiv sein. Oder nicht versucht, die Wohnungsbaugesellschaft auf seine Seite zu ziehen in der Auseinandersetzung mit anderen in den Häusern – was es im Ansatz schon gegeben hat, wir aber massiv zurückgeschlagen haben. Das setzt sich fort bis zu Regelungen für neue Einzugskandidaten, ein ganzer Kanon ungeschriebener Verhaltensweisen.

Das würde ich als Kontrapunkt zu dieser depressiven oder Individualisierungstendenz sehen, daß wir da wiederum eine große Kontinuität haben, die sich auch in einer grundlegenden Gemeinsamkeit, die aus dieser Erfahrung resultiert, äußert, und die uns sehr schlagkräftig macht – immer noch.

Inwieweit werden denn diese Sachen von den Leuten als positiv wahrgenommen, hat sich so ein Bewußtsein für die gemeinsame Lebensform gefestigt?
Die Form von Plena und gemeinsamer Auseinandersetzung werden eher als lästige Notwendigkeit angesehen und nicht als ein wichtiger Mittelpunkt der eigenen Lebenssituation. Es ist sehr viel mehr ein Nebeneinander geworden als ein Miteinander. Dieses Miteinander drückt sich nur noch an wenigen Punkten aus, nur selten kriegt es eine politische Qualität.

„Plenum" – bezieht sich das nur auf ein Haus oder gibt es noch Treffen zwischen den Häusern?
Es bezieht sich erstmal auf ein Haus. Es gibt die Treffen auch im Blockzusammenhang, selten darüber hinaus.

Man konnte und kann wohl den Zustand der Bewegung auch an der Vernetzung ablesen, – die es ab 1981 berlinweit gab, später nur noch stadtteilweise und schließlich blockweise. In den Fällen, wo mehrere benachbarte Häuser legalisiert wurden, sind diese Vernetzungen über ein Haus hinaus noch da, bei mehr vereinzelten Häusern, z.B. in Moabit, Schöneberg, auch Kreuzberg 61, kaum noch. Ich bin da vorsichtig, wir haben zu denen kaum Kontakt, aber man hört selten, daß davon politische Initiative ausgeht.

Hier gibt es noch Blocktreffen?
Ja, hier in 36 gibt es in diversen Blöcken noch Blocktreffen. Die sind nicht regelmäßig, und ich will auch im Moment eher abstreiten, daß es 'ne Bedeutung hat. Trotzdem gibt es die. Und es hat auch in den letzten Jahren Initiativen gegeben, neue Bewegungen auf diesen halbwegs vernetzten Blockstrukturen aufzubauen, weil das manchen Leuten als die im Moment noch handlungsfähigen Einheiten erscheint.

Wie ist denn die Situation der z.Z. noch besetzten Häuser, wie geht der rot-grüne Senat mit Hausbesetzung um?
Auch der rot-grüne Senat hat sich stark bemüht, Besetzung gar nicht erst zuzulassen, möglichst schnell zu beenden. Es gibt hier vom Senat eine Strategie, die ist mal so ausgedrückt worden von den Besetzern, daß Besetzer als „Trüffelschweine" herhalten für den Senat. Das soll sagen, daß Besetzungen auf Leerstand und auf tatsächlich auch für Bürgerliche skandalöse Zustände hingewiesen haben. Die Regierung hat dann die Berechtigung der Besetzung anerkannt, aber geräumt – um dann die Häuser in irgendeiner Form „sozial-orientiert" zu modernisieren und bedürftigen Gruppen zur Verfügung zu stellen, aber eben nicht den Besetzern.

Es sind teilweise bis zur zynischen Verarschung z.B. Besetzer gegen Kulturprojekte ausgespielt worden und solche Sachen. Das ist die Strategie, die man nach dem Machtwechsel verstärkt feststellen kann: Ausspielen sozialer Gruppen gegeneinander.

Aber das Ausspielen hat doch auch zu den Hochzeiten der Besetzer durch Verträge stattgefunden?
Ja, natürlich. Aber die Verträge hatten eine andere Qualität, weil sie einen Kompromiß darstellten. D.h. es hatte den Aspekt des Ausspielens, aber die Verträge gingen über das Maß dessen hinaus, was eine repressive Stadtregierung normalerweise zuläßt. Man soll das nicht unterschätzen. Es sind, glaube ich, von 160 besetzten Häusern zwischen 60 und 90 legalisiert worden. Es war also schon ein Kompromiß, während es heute ein glattes Diktat ist, was radikale Politik schon im Ansatz zerstören soll.

Wie ist denn das Verhalten der AL zu erklären, die doch früher die Hausbesetzung als solche auch gerechtfertigt hat?
Ich denke, es gibt einen grundlegenden Mechanismus bei der AL in den letzten 10 Jahren: Sie hat sich von der Bewegungspartei weg, hin zu einer rein parlamentarischen Partei entwikkelt. Der entscheidende Punkt ist gekommen, als die AL entscheiden mußte: Beziehen wir uns auf Leute, die ihre Interessen ohne Rücksicht auf Gesetze selber in die Hand nehmen, oder orientieren wir uns auf Sozialfälle oder auf Leute, die sich als Wählerpotential hin und herschieben lassen, die eher in 'ner Schlange stehen, als daß sie ihre Interessen selber vertreten können.

Da hat sich die AL lange mit herumgeschlagen hier in Kreuzberg. Aber ein paar Strategen haben dann gesagt, „uns bringen ein paar Kitas mehr Stimmen als ein paar Leute, die auf demselben Gelände einen Kinderbauernhof betreiben". D.h. es wird auf eine andere Zielgruppe gesetzt, die letztendlich größer ist.

Mir geht da noch 'ne Sache durch den Kopf, und zwar, daß man neben der Pest Reformismus auch die Cholera Sektierertum erwähnen muß, wenn man die momentane Situation der Radikalopposition sieht. Aus der defensiven Situation der letzten Jahre hat es eine ganze Reihe von sektiererischen Aktionen gegeben. Es sind aus Empörung, daß die AL sich integriert hat und auch gegen die außerparlamentarische Bewegung vorgeht, einzelne Leute aus der AL oder gar irgendwelche „Wurmfortsätze" wie Mieterläden direkt individuell und physisch angegriffen worden.

Das ist einfach ein politisches Schwächezeichen und eine völlig falsche Herangehensweise. Die AL oder die Mieterläden haben auch nur in dem Maße Einfluß, wie sie den Leuten noch was anbieten können. Es geht um die Köpfe von den Leuten, die noch mit der AL sympathisieren.

Mal weg von der AL: Es hat ja mal Zeiten gegeben, wo ziemlich viele Leute hier an einem Tisch gesessen und Politik gemacht haben.
Die Kultur der 70er, die durch die alten BI-Strömungen geschaffen worden ist, führt heute dazu, daß neue Initiativen in der Gefahr sind, von diesen alten, die in die staatlichen Strukturen eingebunden sind, eingefangen zu werden. Eine Hausgemeinschaft, die sich unter Mühen zusammengefunden hat und dann vom Vermieter drangsaliert wird, versucht in den wenigsten Fällen, einen selbstbestimmten Kampf gegen den Vermieter zu führen. Man geht in den nächsten Mieterladen, wo zottelig aussehende junge Männer und Frauen zeigen, wie man rechtlich dagegen vorgehen kann. D.h. sie wenden sich vertrauensvoll an Institutionen, was nur sehr beschränkt eine Kampfform ist, und sehr defensiv. Daher ist es gut, wenn neue Initiativen lieber gemeinsam gucken, was eigentlich bei ihnen selbst los ist und wie sie zu Ideen und Aktionen kommen können.

Was sagen ehemalige Hausbesetzer über die Zeit damals?
Das ist Geschichte, Vergangenheit, da wird im Prinzip nicht mehr drüber geredet. Es hat viele gegeben, manche sind auch daran zerbrochen, die diesen Rückgang der Bewegung nicht so verkraftet haben. Aber in irgendeiner Form haben wir das alle verarbeitet. Es gibt diese Zusammenhänge nicht mehr, deswegen ist es auch kein Thema mehr.

Eine gemeinsame Reflexion hat es nicht gegeben. Und ich finde das auch gar nicht schlecht. Es zeigt, daß die Akteure weniger rückwärts gewandt sind als meinetwegen die Studentenbewegung. Es mag sein, daß uns das auch noch einholt, diese Erinnerung. Es könnte sein, daß im nächsten Jahr, wenn es 10 Jahre her ist, sich da was tut. So Ideen gibt es auch schon.

Sicher nicht in der Form, daß man es nach außen trägt, so überlegen wir das nicht. Aber es wäre vielleicht ein guter Anlaß, ein spannendes Thema, das Problem von Kontinuität von radikaler Politik oder radikalen Lebensformen noch mal zu überdenken. Damit sind wir ja stark konfrontiert, auch jetzt und immer wieder – kurzlebige Besetzung, kurzlebige Gruppen.

Aber ist es nicht auch ein Wunsch von den Leuten, diese Kurzlebigkeit – in dem Sinne, sein Leben nicht so zu verplanen, dies oder das eben nicht für die nächsten 50 Jahre zu machen?
Ja, sicher. Aber die Kehrseite ist, daß es eine ganze Reihe von Selbsttäuschungen und Mythen gibt, die so eine Bewegung hat. Zum Teil geht es darum, sich interessant zu machen und sich nach dem Konsumprinzip an die jeweiligen politischen Themen ranzuhängen. Ich finde, daß es bei manchen psychologische Mechanismen gibt, sich den Gegner möglichst groß auszusuchen, um sich selbst eine Bedeutung zu geben, weil dann der eigene Kampf auch heroischer wird. Nachdem wir da jetzt beim Patriarchat angekommen sind, als historische Formation, ist der Kampf um den es geht immer gigantischer. Ich will nicht die Auseinandersetzung ums Patriarchat schlecht machen, aber zum Teil kann man sich gar nicht mehr mit Einzelfragen beschäftigen, wenn man nicht ganz rausfallen will.

Aber zurück zur aktuellen Situation bei Euch in den Häusern, gibt es da noch etwas, was wichtig wäre zu erwähnen?
Es gibt so Ansätze von einer Debatte unter den früher besetzten Häusern, daß sie sich eventuell in genossenschaftlichen Strukturen organisieren wollen, um die Häuser der Spekulation zu entziehen, die uns auch bedroht, jetzt im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Einigkeit. Im Zusammenhang mit der Entwicklung in Berlin und der Wohnungsnot soll es eine Anweisung des Bausenators geben, daß die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften die fertig sanierten Häuser verschärft verkaufen, damit Gelder für den Neubau freiwerden. D.h. daß sie in der momentan aufgeheizten Situation verkauft werden an Privatspekulanten, die uns dann stärker attackieren als die momentanen Besitzern, mit denen es faktisch so 'ne Art Waffenstillstand gibt.

Ein Teil der Häuser hat ja Mietverträge. Die anderen Häuser, die zum Teil gekauft oder in einer Genossenschaft organisiert sind, werden zur Zeit ja angegriffen aus der Sektiererecke als die reformistischen Projekte schlechthin. Wir, also viele von uns, finden das eigentlich gut...

...Daß sie angegriffen werden...?
Das einerseits, aber andererseits haben wir aus ganz pragmatischen Gründen nicht so ein Interesse, uns genossenschaftlich zu organisieren.

Wir bei uns haben bisher gesagt, daß es gut ist, daß wir nur Mietverträge haben, weil wir dadurch diese formalisierten Selbstverwaltungsstrukturen, auch mit den potentiellen Konfliktherden, uns nicht nehmen. Die bringen ja auch 'ne Menge Mühsal und Verantwortung mit sich. Aus einer ganz starken und aggressiven Mieterposition dagegen können wir ein stückweit „einfacher" leben und unseren anderen Interessen besser nachgehen als in dieser formalisierten Struktur.
In dem Moment, wo wir uns genossenschaftlich organisieren und dafür das Haus, in den Verhältnissen, in denen wir leben, kaufen muß, wird ja der Eigentümer nicht enteignet. Im Gegenteil, es wird sein flexibles Kapital erhöht und ich werde selbst Eigentümer, d.h. es ist 'ne Abkehr von den ursprünglichen Forderungen, weit weg von Enteignung.

Aber Mieter bleiben ist auch keine Enteignung...
...aber ich denke, es ist eine bessere und gesellschaftlich interessantere Kampfsituation. Die Genossenschaften kochen in ihrem eigenen Saft, haben völlig andere Probleme als die normalen Mieter. Es wird nie auf 'nem reformistischen oder einem Teillösungsweg für halbwegs viele Leute eine genossenschaftliche Lösung geben. Vielleicht als Zwischenetappe in einem ganz langen Kampf, einem viel stärkeren als den, den wir geführt haben. Dann kommt es sicher zu genossenschaftlichen Modellen wie in den 20er Jahren.

Aber in einer Zeit gesellschaftlichen Stillstands sind Genossenschaften in der Gefahr, sich auf Abstellgleisen zu tummeln. ●

Das Gespräch führte Gerhard Pomp, Redaktion Berlin

Berlin - Hauptstadt der DDR

Foto: WIM

KLAGEMAUER

Liebe Leipziger !

Wir sind ein relativ kleiner Haufen Leute aus Köln mit dem Namen „Aktion Wohnen ist Menschenrecht". Daß wir unsere Klagemauer, die sich normalerweise im Kölner Einkaufsparadies befindet (wenn sie nicht grade von der Obrigkeit mal wieder beschlagnahmt wurde), jetzt hier in Leipzig aufbauen, hat seinen besonderen Grund.

Zunächst möchten wir unsere Bewunderung (und unserem geheimen Neid) Ausdruck geben über die phantastische Art und Weise, wie ihr die Mauer samt dem ganzen dazugehörigen Schweineverein weggefegt habt. Wir wünschten nur, daß das Volk auch bei uns in der BRD mal den Arsch hochkriegen würde gegen die Polit- und Wirtschaftsmafia, denn die gibt es in der BRD genauso, wie es sie in der DDR gab, nur mit anderem Ruch, nämlich dem kapitalistischen. Leider ist da bei uns diesbezüglich kein Land in Sicht, zumal es auch den Anschein hat, daß der Kapitalismus auf der ganzen Linie siegt und siegt und siegt! Und die Opfer verschwinden im Dunkel.

Was nun die Opfer bei uns anbetrifft: Die haben sich auf der Klagemauer (die etwa seit einem halben Jahr existiert) zu Wort gemeldet , und obwohl sie nur ein relativ kleiner Protestakt der von der Wohnungsmisere bei uns Betroffenen ist, wurde sie schon 9 mal von unseren „Volksvertretern" polizeilich geräumt.

Jetzt fallen unsere „Volksvertreter" in Scharen bei euch ein, im Schlepptau die Managermafia von Deutscher Bank, Hochtief, Thyssen, Siemens, Mercedes und weiß der Teufel wer noch alles. Menschen, die die Fähigkeit haben, andere Menschen und die Natur für den Profit auszubeuten und zu zerstören. Wobei man meistens zu spät merkt, was diese Wölfe angerichtet haben, besonders wenn man der stärksten Droge, die es auf der Welt gibt, nicht widerstehen kann, nämlich dem Konsum. Und diese Droge sollt ihr reingedeut kriegen, bis ihr so dumm seid und träge wie wir: Selber Wölfe – oder wehrlose Opfer.

Wir können uns und euch nur wünschen, daß ihr wach und aktiv **bleibt.**

Aktion Wohnen ist Menschenrecht
c/o Monika Krumbiegel
Longericher Straße 153 - 5000 Köln 60

FILMISCHE DOKUMENTATION

Bauselbsthilfe in der DDR

Drei Beispiele von Versuchen, dem alten Staatszentralismus und den neuen McDonaldsphantasien selbstorganisierte, basisdemokratische Initiativen entgegenzusetzen, hat die Werkstatt für interkulturelle Medienarbeit (WIM) aus Berlin-Schöneberg filmisch dokumentiert.

Zahlreiche Ostberliner Initiativen, die sich zum Teil auch schon vor der Wende für den Erhalt der von Verfall und Abriß bedrohten Stadtteile und ihrer Struktur einsetzten, nutzen die dereitige Übergangsphase, neue Akzente zu setzen.

Unterstützung bei Bauselbsthilfe und dem Aufbau selbstverwalteter Genossenschaften bekommen sie von Ex-Hausbesetzern aus dem Westen. Die Filme dokumentieren eine Aktion im historischen holländischen Viertel in Potsdam, die Besetzung eines ehemaligen Kinos in der Oranienburgerstraße in Ostberlin, wo die Besetzer ein Kulturzentrum aufbauen wollen, und die Auseinandersetzungen der Bürgerinitiative Spandauer Vorstadt, die um den Restbestand des berühmten Scheunenviertels in Berlin Mitte kämpft.
Wer Interesse hat, die Filme zu sehen oder zu zeigen, wende sich an:
WIM, Werkstatt für interkulturelle Medienarbeit
Cellestr. 19/20 2.HH
1000 Berlin 62
☎ (030) 788 12 21, (030) 788 16 78

INTERESSENGEMEINSCHAFT ÄUSSERE NEUSTADT DRESDEN

Wem gehört die „Bronx"?

Bereits zu den Kommunalwahlen 1989 in der DDR hat sich die Dresdner IG Äußere Neustadt gegründet – eine Interessengemeinschaft von BürgerInnen, die für den Erhalt ihres Viertels gegen den Verfall und gegen Kahlschlagsanierung kämpfen. Am 15.3.1990 hat der Stadtrat das Quartier zum Sanierungs- und Milieuschutzgebiet erklärt, ein wichtiger Erfolg für die IG. Ein Sanierungskonzept durchzusetzen ist bei der noch ungeklärten Entwicklung der Eigentums- und Gesetzesverhältnisse auf dem Weg zur Währungsunion und Wiedervereinigung mit der BDR nicht einfach, die Behörden lassen sich ungern in die Karten gucken. Andererseits bietet das derzeitige politische Vakuum auch Raum für die Entwicklung alternativer Modelle.

Foto: Regina Engel

Regina Engel, Redaktion Kassel ● Die IG will vor allem Möglichkeiten zur Selbsthilfe und Selbstbestimmung der BewohnerInnen des Viertels schaffen. Die gewachsenen Strukturen sollen vor Verdrängung geschützt, ein Ausverkauf durch finanzkräftige Investoren aus dem Westen verhindert werden.

DIE „BRONX"

Die Dresdener Äußere Neustadt ist ein Paradebeispiel für die Folgen zerstörerischer Baupolitik. Der bei den jüngeren BewohnerInnen gebräuchliche Ausdruck „Bronx" bzw. bei den älteren „Assiviertel" sind bildhafter Ausdruck dafür, daß man hier von einem sozialen, baulichen und ökologischen Notstand sprechen kann.

Wie es zu diesem allgemeinen Verfall kam, soll hier nicht weiter beschrieben werden, da es ähnliche Beispiele auch in anderen Städten der DDR gibt. Interessant ist vielleicht die sich herausgebildete Einwohnerstruktur,die sich aufgrund der Vernachlässigung durch die Staatspolitik herausgebildet hat, welche vor allen Dingen aus alten Menschen, sozial Schwachen und Randgruppen sowie jungen Menschen zusammengesetzt ist. Fast völlig fehlt die „Durchschnittsfamilie" zwischen 30 und 50 mit zwei Kindern. Diese „retteten" sich in die gewaltigen Neubaugebiete an den Stadtrand.

Durch die jahrzehntelange Planlosigkeit und fehlende Geldmittel für die Neustadt kam es außerdem zu einem hohen Leerstand an Wohnungen, die aber im Laufe der Jahre durch Studenten und junge Wohnungssuchende instandbesetzt wurden, so daß heute kein genauer Überblick über die wirkliche Anzahl der Bewohner existiert. Schätzungen gehen von mehreren Hundert bis weit über Tausend dieser sogenannten Schwarzbewohner aus. Hinzu kommt, daß nach der Statistik der Stadt ungefähr 30% der Wohnungen in einem unbewohnbaren Zustand sind (bei rund 8.000 vorhandenen Wohnungen sind dies 2.400; 1983 waren es „nur" 1.000 Wohnungen). Das heißt jedoch nicht, daß diese nicht als Wohnraum genutzt werden! Eine Gruppe von StudentInnen der TU hat vor einiger Zeit 5.000 angeblich leerstehende Wohnungen im gesamten Gebiet Dresden Nord überprüft: Tatsächlich unbewohnt waren nach ihren Ermittlungen nur 163 Wohnungen.

Die IG-Äußere Neustadt versucht seit längerer Zeit, die Stadt dazu zu bringen, daß diese SchwarzbewohnerInnen Mietverträge bekommen. Die Stadt weigert sich jedoch mit der Begründung, daß sie rechtmäßigen Mietern bei der Sanierung gleichwertigen Wohnraum zur Verfügung stellen muß, dieser jedoch nicht vorhanden ist. Was alternativ dazu mit den BewohnerInnen passieren sollte,die nun einmal dort wohnen, diese Frage kann nicht beantwortet werden.

STADTTEIL MIT CHARME

Wenn auch als „Assiviertel" verschrien, so ist die Äußere Neustadt bzw. die „Antonstadt" (das Teilgebiet der Äußeren Neustadt, in dem die IG arbeitet) von großer Bedeutung für Dresden. Mit ihrer kleinteiligen Struktur, die jedem Haus ein eigenes Gesicht verleiht – mit teilweise beachtlichen gestalterischen Qualitäten –, der Mischung aus Arbeit, Wohnen und Erholen durch die vielen kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden und Geschäfte, sowie den oft gärtnerisch gestalteten Hinterhöfen und außerdem mit ihrer Zentrumsnähe, hat sie eine Stadtteilidentität bewirkt, die in den gesichtslosen Neubaugebieten kaum zu finden ist. Der Wert der Antonstadt wird durch die hohen Verluste der innerstädtischen Bausubstanz im und zum Teil nach dem zweiten Weltkrieg und die zum großen Teil fehlende Wirkung der Neubebauung noch stark erhöht. Die Neustadt ist für seine BewohnerInnen ein Stadtteil mit Charakter, in dem sie bewußt leben und ihre Umgebung auch selbstbestimmt gestalten wollen. Audruck hierfür ist das starke Engagement der IG und das lebhafte Interesse der BewohnerInnen an deren Arbeit, das bei dem jugendlichen Autonomen ebenso da ist wie bei der RentnerIn von nebenan.

DIE IG ÄUSSERE NEUSTADT

Am Beginn der Arbeit der Gruppe standen vor allem folgende Ziele:

- Aufnahme von Kontakten zum Verwaltungsapparat und anderen Institutionen, um sich sachkundig zu machen und alle die Antonstadt betreffenden Informationen zu sammeln
- Koordinierung und Sammlung der Probleme der Einwohner und das massive und gezielte Herantragen an die zuständigen Behörden
- Die gegenseitige Unterstützung und Gemeinschaft gegen Resignation

Um die umfangreichen Problembereiche gezielt anzugehen und auf Grund der schnell wachsenden Mitgliederzahlen hat sich die IG in folgenden Arbeitsgruppen organisiert:
AG Bauplanung, AG Soziales, AG Bauausführung, AG Öffentlichkeitsarbeit, AG Geschichte, AG Kultur, AG Verkehr, AG Kommunalhygiene, AG Recht. Dabei ist jedem Mitglied freigestellt, wie und in welchem Umfang er oder sie sich in die Arbeit einbringt. So sind einige Arbeitsgruppen nicht oder unzureichend besetzt, oder es kommt auch zur Bildung von zeitweiligen Arbeitsgruppen (z.B. AG Gewerberaumvergabe).

Einhergehend mit dem Verfall der Bausubstanz sind die Tendenzen zur Verslumung und Assozialität vorprogrammiert. Davon ausgehend hat die AG Soziales begonnen, ein Konzept zu erstellen, das vor allen Dingen den Alten und Kindern ermöglichen soll, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten im Gebiet zu finden. Erste Ergebnisse sind zum Beispiel der begonnene Bau eines Spielplatzes auf einem Abrißgelände, ein Kindercafe und Zusagen durch den Oberbürgermeister zur Rekonstruktion des alten Hallen- und Wannenbades (Nordbad). Zur Zeit wird in Gemeinschaftsarbeit mit Studenten eine soziologische Studie erstellt, um die Bedürfnisse der Einwohner besser zu erfassen.

Natürlich sind dies nur sehr bescheidene Ergebnisse, wenn man die unzählbaren Probleme auf allen Ebenen im Stadtteil sieht. Und es war unbedingt der massive Widerstand der Bevölkerung in der DDR gegen die verkrusteten Strukturen notwenig, daß hier endlich ein Abrißstop und die mehr oder weniger öffentliche Zurückziehung der Leitplanung erreicht wurde.

SELBSTHILFE DER BEWOHNERiNNEN

Ein erstes hoffnungsvolles Ergebnis stellt der Beschluß des Rates der Stadt Dresden vom 15.3.1990 dar, die Antonstadt zum Sanierungsgebiet und zum Milieuschutzgebiet zu erklären. Dieser Beschluß wurde durch die IG mit Hilfe von Fachleuten der TU Dresden und dem Büro des Stadtarchitekten vorbereitet. Die Erklärung zum Sanierungsgebiet stellt inhaltlich einen Vorgriff auf bundesdeutsches Städtebaurecht dar, welches in ähnlicher Form wohl auch in der DDR wirksam wird. Bedenklich dabei ist allerdings, daß der Stadtrat diesen Beschluß noch nicht veröffentlichen will und dementsprechend auch keine Weisung an die Behörden gegeben hat, danach zu handeln. So herrscht bei konkreten Verhandlungen mit den Behörden immer die Willkür der Beamten.

Entscheidend ist bei diesem Beschluß das Veräußerungsverbot von Volkseigentum (ungefähr 33% bis 50% der Bausubstanz ist Volkseigentum, welches in Einzelfällen in Zukunft durch die ehemaligen Eigentümer angefochten werden kann). Damit hat die Kommune nicht die Möglichkeit, sich aus ihrer Verantwortung für einen sozialen Wohnungsbau in diesem Altbaugebiet zu stehlen, dessen BewohnerInnen auf einem „freien" marktwirtschaftlichen Wohnungsmarkt die Mieten meistens nicht bezahlen könnten. Zwei MitarbeiterInnen der IG Äußere Neustadt sind inzwischen von der Stadt angestellt, sie können jedoch ihre Arbeit frei gelstalten und sind nicht durch Weisungen der Behörden gebunden.

Ein weiterer wichtiger Beschluß ist die Bildung einer Komission, mehrheitlich besetzt von EinwohnerInnen, die alle die Antonstadt betreffenden Beschlüsse kontrolliert, die Entscheidungen über Umnutzung, Abriß und Neubau, sowie die Bildung eines Sanierungsbeitrats und eines Sanierungsträgers. Diese Kontrolle soll die dunklen Wege beleuchten, die manche Behörden im Alleingang bei der Gewerberaumvergabe oder der Vergabe von ganzen Häusern beschreiten.

Im Gegensatz zum Erfolg der Durchsetzung der IG Äußere Neustadt gegenüber dem Stadtrat, die einen gewissen Schutz und Mitbestimmung der BewohnerInnen bewirkt hat, ist jede Bautätigkeit im Viertel eingeschlafen. Ein großer Rückschlag ist, daß die 42 Mio Mark aus dem deutsch-deutschen Reisezahlungsmittelfond bis zum 31.5.1990 verbraucht sein müssen – was völlig unmöglich ist – weil sie bei der bevorstehenden Währungsunion verfallen.

Zur Zeit bemüht sich die IG in Zusammenarbeit mit einem Planungskollektiv dreier Hamburger Architekten, die im Rahmen einer 3 Mio DM-Spende der Stadt Hamburg in Dresden agieren, einen Bau- und Gewerbehof einzurichten als Hilfe zur Selbsthilfe. Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Förderung von Klein- und Hausgemeinschaften, d.h. daß sich entweder die Mieter eines Hauses bereit erklären, ihr Haus in eigene Verwaltung zu übernehmen bzw. teilweise oder ganz leerstehende Häuser aufgebaut werden.

Im Augenblick scheitern Verhandlungen zur Übernahme von Gebäuden durch Genossenschaften, weil die Stadt Dresden keine günstigen Kredite anbieten kann. Zur Zeit liegen Bewerbungen für 25 Häuser in der Antonstadt vor. Die geplante genossenschaftliche Nutzung soll die BewohnerInnen vor der Verdrängung von kapitalkräftigeren Interessenten schützen. Schwerpunkt wird die Hilfe bei der Organisation der Selbstbestimmung für alle Einwohner in ihrem Stadtteil sein. Dazu ist die Einrichtung einer Mieterberatung und die Interessenvertretung für soziale Randgruppen erforderlich.

UMFASSENDES KONZEPT

Entscheidungen über die Gestaltung ihrer Umwelt sollen von allen EinwohnerInnen mitgetroffen werden, so das Ziel der IG. Auch Probleme wie der Verkehr, Luftverschmutzung durch Kohleheizung etc. sollen aufgegriffen werden.

Inwieweit dieses wirklich einmalige, umfassende Konzept für den ganzen Stadtteil in die Realität umgesetzt werden kann, ist im Moment noch nicht absehbar. Die IG Äußere Neustadt ist jedoch ständig und beharrlich in Verhandlung mit der Stadtverwaltung. Im Moment bleibt nur zu hoffen, daß die mühselig errungenen Erfolge für diesen kleinen, aber gewichtigen Teilbereich der Stadt Dresden auch von der nächsten Stadtregierung nach den Kommunalwahlen am 6. Mai anerkannt werden und weitere Schritte in Richtung Einwohnerselbstbestimmung und bewahrende Erneuerung erfolgen. Zwei KandidatInnen für die Wahlen hat die IG auf der Liste von „Demokratie Jetzt" aufgestellt, um auch auf parlamentarischem Weg Einfluß auf die Stadtentwicklung nehmen zu können. ●

DER VERFALL DER ÄUSSEREN NEUSTADT

Auf der Suche nach der verlorenen Stadt

Die Dresdner Äußere Neustadt ist nicht nur ein Viertel des Verfalls – für seine BewohnerInnen ist es vielmehr ein Viertel zum Anfassen, ein Raum zum Leben. Diesen Raum haben sie sich genommen und wollen ihn auch weiterhin nach ihren Vorstellungen gestalten. Der folgende Beitrag ist eine «Liebeserklärung» an sein Viertel von Bernhard Theilmann, Mitgründer der neu entstandenen Dresdner Stadtzeitung «SAX» (Nr. 1/April '90).

Bernhard Theilmann ● Als unsere Familie 1974 aus einer elenden Behausung des Leipziger Ostens floh und eine Wohnung in der Dresdner Neustadt besetzte, ahnten wir nicht, was uns erwartete. Zuerst wachte die Behörde auf, nachdem sie mehr als zwei Jahre die vier Zimmer dem Staub und Straßenbahnlärm überlassen hatte. Sie drohte uns zuletzt, keine entsprechenden Papiere auszustellen... Pah, eine Zuweisung braucht, wer eine Wohnung sucht, hast du erst einmal eine Tür mit Sicherheitsschloß vor dem Bett, brauchst du den Zettel nicht mehr.

In diesem Stil eroberten wir uns das Viertel, siehe, es war gut, es war das beste in Dresden. Hier standen Häuser entlang der Straße und keine Villen mit Igelschnittrasen. Hier gab es Kneipen und kleine Geschäfte, Teppichstangen, auf denen noch die Pseudoperser geklopft wurden. Hier kannte man noch die Postfrau beim Vornamen und der ABVer grüßte ohne Sicherheitsblick aus dem Augenwinkel. Hier spielten die Kinder in den veraschten Hinterhöfen, flitzten dann auf die Elbwiesen und kamen herrlich verschlammt zurück. Keifte jemand aus seinem Fenster, so hörten aus den Nachbarhäusern alle mit. Fahnen und Transparente hielten sich eher in den Kleiderschränken versteckt, als daß sie sich weit über die Fensterbrüstung gelehnt hätten. Die Schulen waren keine furchterregenden Betonklötze, Lücken im Straßenzug erinnerten an den Krieg.

Ein Stadtviertel zum Anfassen, auch wenn Putz in der Hand zurückblieb. Manchmal krachten nachts Dachsteine aufs Pflaster, auf den Hauptstraßen schlugen sich Autos die Achsen kaputt. Manchmal klappte abends das Fernsehbild zusammen, weil die Straßenbahnen wie große Rammen über die ausgeleierten Gleise tobten.

DER VERFALL

Eines schlimmen Tages schloß die Kellerkneipe im Neustädter Bahnhof ihre Tür. Das Hansahotel machte dicht, seine großen Küchenfenster wurden vernagelt. Das war ein Alarmzeichen, wir kannten es aus Leipzig. Und die Baugruben an der Straße der Befreiung, da tat sich nichts. In Berlin war entschieden worden, daß die Dresdner nach Typ zu bauen hätten, angepaßte Achitektur gäbe es zuerst und nur für die Hauptstadt. Seitdem hat Dresden den ewigen Preis für Häßlichkeit – bis zum Abbruch der Gebäude. Nun sahen wir auch die unbewohnten Mansarden, die Haustüren ohne Klinken, die Fenster, in denen abends kein Licht mehr aufleuchtete. Die ersten Dächer brachen ein, immer häufiger kamen leere Möbeltransporter, um beladen wieder wegzufahren. Für die Söhne war die schöne Schule immer mehr zum Bunker geworden.

Die Losungen an öffentlichen Gebäude, in Latex wetterfest gepinselt, spotteten über die Köpfe der Passanten hinweg. Die Barockhäuser auf der Straße der Befreiung wurden restauriert, die Lückenbebauung am Martin-Luther-Platz wurde kein Flop, das war's schon an Vorzeigeobjekten. Dafür brach die Friedrich-Wolf-Straße zusammen, Teile der Sebnitzer, der Görlitzer, der Nordstraße, der Kamenzer, der Friedrich-Engels-Straße, ein Stadtteil verfiel seinem Abriß entgegen.

DIE BESETZUNG

Wie eine letzte Hoffnung setzte der Zuzug junger Leute aus dem ganzen Stadtgebiet ein. Sie flohen vor den wuchernden Neubaughettos an der Peripherie. Lieber auf Dächern herumkriechen und Ziegel einsetzen, lieber eine Treppe tiefer aufs Klo gehen, lieber durch Hausflure ohne Beleuchtung stolpern, aber nicht in der Anonymität von Wohneinheiten versacken. Wieviele Häuser durch Besetzung erhalten wurden – allein das Schließen der Fenster verzögerte den Verfall um Jahre – wäre eine Studie wert.

So veränderte sich langsam, aber merklich, die soziale Struktur der Neustadt. Es wuchs eine kulturelle Szene, die vergleichbar nur noch auf dem Prenzlauer Berg zu finden war. Die Behörden zeigten sich relativ liberal, das Sprengkommando würde sowieso Zug um Zug vollendete Tatsachen schaffen.

HOFFNUNG FÜR DIE ZUKUNFT

Im Oktober letzten Jahres kippte, was scheinbar unbeweglich war, der Staat. Junge Leute aus der Neustadt gingen an die Spitze der Demonstrationen, als sich dort Gestalten sammelten, die ätzend nach Provokateuren stanken. Sie waren auch schon auf der Straße, als noch geprügelt und verhaftet wurde. Das muß gesagt werden, weil sie nicht mehr mitgingen, als montags die Heilrufe erschallten.

Was wird nun, Äußere Neustadt? Wirst du jetzt von denen verklingelt, die dich vorher zum Abriß verdammten? Geht es dir wie dem Londoner Hafenviertel, wo Luxussanierungen die Bewohner vertrieben – oder hast du eine Chance, das Flair Dresdens zu bewahren, auf engem Raum? Vielleicht, es könnte sein – das Theater auf der Louisenstraße stiftet Hoffnung. Für die alten Leute, die zum Wegrennen keine Kraft mehr haben, für die Jungen, die bleiben müssen, weil ohne sie die Neustadt aufhört Neustadt zu sein, für die Familien mit Kindern, weil Wohnungen alten Stils kaum noch gebaut werden, für alle die hier geblieben sind, weil sie nicht fort wollten.

Mag sein, alles ist schon längst gegen die Bewohner entschieden, mag sein, ich bin ein Utopist, mag auch sein, ich bin von gestern. Aber freiwillig hau ich nicht ab, in der Neustadt bin ich zu Hause. ●

WOHNALTERNATIVE

Wagenburg „Wilder Süden"

Eine alternative Wohnform, die, wie z.B. aus der Hamburger Hafenstraße oder Berlin Kreuzberg bekannt, von den „Stadtvätern" nicht gern gesehen wird, ist das Wohnen im Bauwagen. Im folgenden beschreiben die WagenbewohnerInnen in Stuttgart Degerloch ihre Situation. Ein Beitrag aus dem „Südwind" 4/90.

Redaktion Heidelberg ● Nach einem von der Stadt gestellten Ultimatum zur Räumung des Platzes wurde von uns die Presse eingeschaltet, mit dem Ziel, eine möglichst breite Öffentlichkeit herzustellen und darüber die Stadt zu zwingen, mit uns über diesen oder einen anderen Platz zu verhandeln. Außerdem wurde von uns ein Flugi gemacht und ein offener Brief an alle Parteien im Rathaus (außer den Rep's) geschrieben.

VERHANDLUNGEN MIT DER STADT

Daraufhin war plötzlich ein Gesprächstermin beim Leiter des Liegenschaftsministeriums zu erhalten (am Montagmorgen, als das das Ultimatum auslief, mit der Zusage, daß nicht geräumt wird, bis unsere Delegation wieder auf dem Platz ist.) Auf dem Liegenschaftsamt wurde uns daraufhin ein Schrieb präsentiert mit der Auflage, daß alle 12 BewohnerInnen diesen Schrieb bis Mittwoch unterzeichnen oder andernfalls geräumt wird. Wir hatten den Eindruck, daß von oben Druck gemacht wurde, weil's politisch unklug wäre, uns gewaltsam zu räumen. Eine von uns abgeänderte Version wurde abgelehnt und so unterschrieben wir die erste Version. Im Nachhinein haben wir uns ziemlich darüber geärgert diesen Schrieb so zu unterschreiben, ohne vorher auszuprobieren, wie groß der Verhandlungsspielraum wirklich ist. Es ist z.B. der bitterste Hohn, daß wir nicht die noch vom Containerdorf der Asylanten vorhandenen Abwasseranschlüsse benützen dürfen. Den Müll, der sich bis zu unserer Ankunft ordentlich angesammelt hatte, wollten sie uns zuerst auch anhängen, was aber durch Fotos von uns schnell vom Tisch war (Inzwischen haben sie uns zwei Müllcontainer und Sonderabfallbeseitigung gestellt). Soviel mal zur Auseinandersetzung mit der Stadt...

MEHR ALS EINE NOTLÖSUNG

Es ist offensichtlich notwendig, mal ein bißchen mehr über die Wagenburg selbst zu schreiben:
Hier wohnen mittlerweile 15 Menschen in ausgebauten Bauwagen oder anderen Fahrzeugen. Wir sind Leute aus unterschiedlichen Zusammenhängen und mit unterschiedlichen Ansprüchen und Lebensweisheiten. Was uns zusammengebracht hat, war erstmal die Vorstellung, in 'nem Bauwagen oder so zu wohnen. Wir wollten eben nicht mehr den Dauerstreß mit Vermieter, Stadt, usw...

Aus der Notlösung Wagen wurde schnell ein Ding, wo wir uns nicht mehr vorstellen können, in 'ner Wohnung zu wohnen. Was natürlich für viele von uns wichtig ist, ist das Zusammenwohnen und Leben mit vielen Menschen, wobei die Organisierung des Alltags oft schwierig ist, gerade aus der Unterschiedlichkeit heraus, wie intensiv jede/r das Zusammenleben kennt und will.

Am Anfang kam immer wieder der Vorwurf, wir würden uns von der Stadt isolieren. Zum Teil hat's sicherlich gestimmt. Klar war mensch mit dem beschäftigt, was hier abgeht, den Platz zu halten, Wagen auszubauen, den Alltag zu organisieren und darin eben Menschen zu erleben und kennenzulernen. Andererseits hätten die Menschen aus der Stadt auch mal den Arsch hochkriegen können und uns besuchen kommen. Bei der Frage „Wie denkt/überlegt die Wagenburg" wird leider allzuoft übersehen, daß hier total unterschiedliche Menschen leben, bei denen die Überlegung zu dem, was über die Wagenburg hinausgeht, extrem unterschiedlich sind.

Was hier toll ist, ist die Solidarität, die wir hier von den Leuten ringsrum erfahren, sei's die Ladung Altholz, der Wasseranschluß, den wir mitbenützen können, oder daß alte Bauwagen geschenkt werden. Es sind saugute Erfahrungen und wir kriegen einfacht recht viel von den anderen Menschen mit, die auch nicht gut dastehen und die ein praktisches Gefühl von Solidarität leben.
Wie soll's weitergehen?
Uns ist ziemlich klar, daß der Platz hier in Degerloch nur 'ne Zwischenlösung ist und wir früher oder später gehen müssen. An eine militante Verteidigung des Platzes ist nicht zu denken, weil es hier keine reale Perspektive zur Durchsetzung gibt. Von daher werden wir hier wohl oder übel abziehen müssen. Dies wird wohl eher bald sein, weil es schon Baupläne für dieses Gelände gibt ('ne Druckerei soll hier wohl im Lauf des Frühjahrs entstehen).

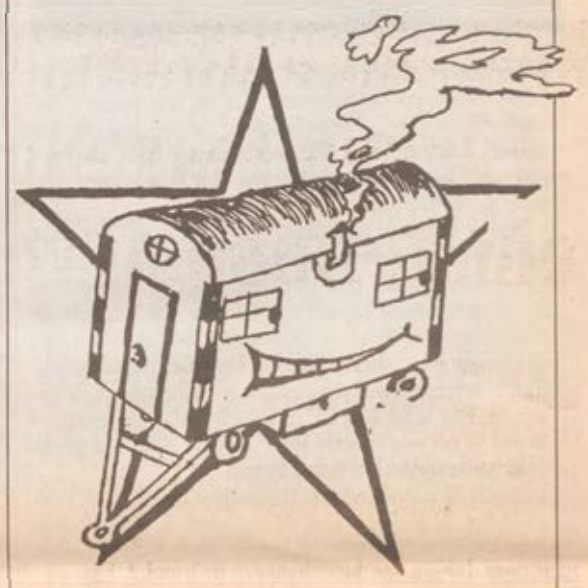
PLATZ ZUM LEBEN

Was wir deshalb ziemlich dringend brauchen ist ein Ausweichgelände, was uns evtuell von Privat zur Pacht überlassen wird (wenn Ihr was wißt, meldet Euch bei uns), oder wir sehen uns genötigt, wieder einen Platz zu besetzen.

Das ist für die Stadt wohl eher ein Dilemma, daß sie uns zwar hier vom Platz vertreiben können, damit aber das Problem noch nicht aus der Welt haben. Falls wir bis dahin noch keinen geeigneten Platz gefunden oder angeboten bekommen haben (Nähe Stuttgart, mindestens 1.000 qm, eher mehr, denn es gibt immer mehr Menschen, die Lust haben, hier zu leben), werden wir uns irgendwo an die Straße stellen müssen, was den Bonzen wohl nicht ins Konzept passen dürfte, von wegen Stuttgart, Sitz des großen Kapitals und nach außen hin alles in Ordnung und so...

Also nochmal, falls jemand ein gutes Grundstück weiß, egal zur Pacht oder zum Besetzen, meldet Euch bei uns und schaut sonst auch mal vorbei. ●

Die Häuser denen, die drin wohnen!
Die Plätze denen, die drauf wohnen wollen!
Grüße an die spanischen Gefangenen im Hungerstreik!
Für die Wiederzusammenlegung!
Grüße vom Wilden Süden!
Grüße an alle, die in Wagen oder Bussen wohnen!
25 km/h rules o.K.



MIETZINS

Mit der D-Mark in den Mietwucher!

Am 6. 4. meldete der Berliner Tagesspiegel, daß in Mariendorf die Mieten von Sozialwohnungen von 462 auf 760 DM erhöht worden sind: wegen gestiegener Hypothekenzinsen. "Eine Zinserhöhung von nur einem Prozentpunkt macht eine Mietsteigerung von rund 2 DM pro Quadratmeter im Monat aus." Folglich werden die Mieten der dortigen 85-qm-Wohnungen mit jeder einprozentigen Zinssteigerung um 170 DM im Monat teurer; mit Nebenkosten ergibt das einen Mietpreis

Klaus Schmitt, Redaktion Berlin ● Diese Zinsbelastung im Mietpreis wird in linken und alternativen Kreisen – im Gegensatz zur libertär-sozialistischen Tradition – fast völlig ignoriert (eine Ausnahme: Klaus Novy, Wohnungswirtschaftliche Selbstverwaltung, in: Leviathan 1/1982, u. Anmerkungen zum Verhältnis von Trägerformen und Finanzierungsalternativen, in: Arch-plus, Febr. 1982). Das ist umso erstaunlicher, als der Zins der von Marx bekämpfte Mehrwert ist. Er macht bis zu 85% des Mietpreises aus, und die Miete ist der größte Ausgabenposten im durchschnittlichen 2.000-DM-Nettomonatseinkommen eines Lohnarbeiters. Die sog. Linken versuchen das Wohnungsproblem durch pseudosozialistischen Mätzchen, wie Subventionen und Mietpreisbindungen, zu lösen, was das Problem nur verschleiert. Die Kapitalkosten werden dadurch nicht aus der Welt geschafft.

Wie kommen die unverschleierten, realen Mietkosten und die daraus resultierenden kapitalistischen Mietpreise zustande?

Die Grundrenten und Bodenpreise steigen unerbittlich!

Wohnungen werden auf Boden erbaut. Da Boden in der BRD zu zwei Drittel Privateigentum ist und daher gekauft werden muß, hat er einen Preis. Steigt die Nachfrage nach Wohnungen und Bauland, dann steigen auch die Bodenpreise. Gehört der Boden Privaten, dann fließt dieser Bodenwertzuwachs auch den Privateigentümern zu, als arbeitsfreier und unversteuerter Gewinn. Dieser Wertzuwachs ist, wie der Zinsexperte Helmut Creutz (in: Creutz/Suhr/Onken, Wachstum bis zur Krise, 1986, S.13) feststellt, bei Wohngrundstücken besonders stark angestiegen, pro Quadratmeter von 2,80 DM 1950 auf 117,- DM 1983, also in 33 Jahren auf das fast 42fache! Laut Spiegel (45/1986) waren die Bodenpreise in den Großstädten 1986 bereits bis auf 30.000 DM pro Quadratmeter geklettert. Damals betrug die gesamte Bodenwertsteigerung des privaten Bodens in der BRD in diesem einen Jahr (nach Creutz) rund 120 Milliarden DM.

Für den gestiegenen Bodenwert bekommt der Grundeigentümer außerdem noch einen Zins: die Grundrente. Sie macht im Jahr ungefähr 3,5% des aktuellen Bodenpreises aus. Der Quadratmeterpreis für Wohnungsbauland liegt heute etwa zwischen 50 DM auf dem Lande und 3.000 DM in den Großstädten. Ist in einer Großstadt der Bodenwert von 1 qm Bodenfläche z. B. von 1.000 auf 1.200 DM gestiegen, dann erhält der Grundrentner für diesen Quadratmeter neben 200 DM Wertzuwachs außerdem 42 DM Bodenzins im Jahr. Da auch die Grundrente nicht vom Himmel fällt, müssen jene sie bezahlen, die die den Bodenpreis durch ihre Wohnungsnachfrage mit ihrem sauer verdienten Geld in die Höhe treiben. Benötigt ein viergeschossiges Mietshaus mit zehn Drei-Zimmer-Wohnungen von je 75 qm für jede Wohnung 20 qm Bodenfläche, dann zahlt jede Mietpartei 75 DM im Monat allein für den Bodenzins. Der Grundrentner kassiert dann für die gesamten 200 qm jährlich 84.000 DM Grundrente, ebenfalls ein arbeitsfreier Gewinn. Insgesamt verbuchten die privaten Grundrentner 1986 rund 60 Milliarden DM Grundrente, 6 Milliarden mehr, als der gegenwärtige Verteidigungsetat ausmacht. Da Boden nicht, wie Schrippen und Autos, produziert und vermehrt werden kann, wenn er knapp wird, gehen die Bodenpreise und die Grundrenten auch nicht mehr runter, wenn genügend Wohnungen gebaut worden sind.

Der Kreditzins treibt die Mietpreise hoch!

Muß der Bauherr den Boden auf Kredit kaufen, weil der kein Eigenkapital besitzt, dann zahlt er vielleicht 10% Kreditzinsen an einen Geldgeber. Diese Zinsen kann er wegen der Wohnungs- und Bodenknappheit auf die Mieter abwälzen. Der einzelne Mieter unserer Rechnung zahlt dann 200 DM Zinsen im Monat allein für den Grundstücksanteil, auf dem seine Wohnung steht.

Jetzt müssen auch noch Haus und Wohnung gebaut und mit Strom, Gas, Wasser und vielem anderen versorgt werden. Das kostet pro Wohnung etwa 150.000 DM. Bei einem Kreditzins von 10% zahlt der Mieter noch einmal 1.250 DM Zinsen im Monat für seine Wohnung. Ist er dazu nicht bereit, gibt es keine Kredite, und dann werden auch keine zusätzlichen Wohnungen gebaut. Ob und wieviele Wohnungen gebaut werden, hängt also ganz wesentlich von der Höhe der Zinssätze ab.

Zusammen mit dem Kreditzins für den Boden zahlt der Mieter insgesamt 1.450 DM Zinsen im Monat!

Jetzt kommen noch die Abschreibungskosten hinzu. Sie werden dem Mieter für die Abnutzung der Wohnung und des Gebäudes in Rechnung gestellt. Da sich der Boden nicht abnutzt, fallen für ihn keine Abschreibungskosten an. Es verbleiben – auf eine Lebensdauer von 100 Jahre verteilt – 1% des Gebäudewerts, der jährlich auf die Mieten umgelegt wird. Das macht für jede Mietpartei rund 125 DM im Monat.

Da sich der Hausbesitzer in aller Regel das bereits abgeschriebene Kapital, wie auch die vom Mieter erhaltenen Abschreibungvergütungen, z. B. als Einlagen bei einer Bank, verzinsen läßt, wird die Wohnung doppelt verzinst. Korrekt – auch im Sinne kapitalistischer Kostenrechnung – wäre es, wenn er die Zinsbelastung der Mieter entsprechend der Abschreibung (oder Kredittilgung) reduzieren würde.

Zu den unvermeidlichen Abschreibungskosten kommen die ebenfalls unvermeidlichen Bewirtschaftungskosten für das Mietshaus: Reparaturen, Verwaltung, Steuern usw., und das Mietausfallwagnis hinzu. Das macht für jede Wohnung etwa 250 DM im Monat. Zusammen sind das 375 DM. Das ist die zinsfreie Miete. Die gesamte Miete beträgt jedoch 1.825 DM – das fast Fünffache! Das entspricht einem Quadratmeterpreis von 24,33 DM kalt, belastet mit 80% Zinsen. Das Wohnungsproblem ist also offensichtlich ein Zinsproblem (s. auch dazu H. Creutz, Bauen, Wohnen, Mieten, 1987).

Den positiven Zins überwinden!

Was ist dagegen zu tun? Den Mietern aus der Staatskasse Zuschüsse geben oder den Wohnungsbau aus Steuermitteln finanzieren? Das geht immer zu Lasten der Steuerzahler und somit auch der subventionierten Mieter selbst. Der Geld-, Kapital- und Bodenzins an die Kapitalisten und Grundrentner bleibt davon unberührt.

Oder die Mietpreise von Amts wegen niedrig festsetzen? Dann fallen die Renditen und die Finanzkapitalisten investieren kein Geld mehr in den Wohnungsbau. Die Wohnungen werden noch knapper und nicht in Stand gehalten. Der Staat muß einspringen. Er erhöht die Steuern oder nimmt teure Kredite für den "sozialen" Wohnungsbau auf, deren Zinsen dann die Mieter als Steuerzahler bezahlen.

Was wäre jedoch, wenn die Geldbesitzer ihr Geld zinsfrei hergeben müßten und der Boden vergesellschaftet wäre und von den Benutzern gepachtet werden könnte? Das würde bedeuten, daß die Mieter keinen Kreditzins für das Gebäude, und für den Boden nur den geringeren Pachtzins zu zahlen hätten. Sie könnten dann – wenn genügend Wohnungen gebaut sind und dann auch der Kapitalzins auf Null gesunken ist – allein für die Bewirtschaftungs- und Abschreibungskosten (375 DM) plus Pachtzins (75 DM) in 75 qm großen Stadtwohnungen leben, für eine Kaltmiete von rund 450 DM im Monat. Das wäre, in guter Lage, ein Quadratmeterpreis von 6 DM.

Die Grundrente umverteilen!

Außerdem würden bei gesellschaftlichem Grundeigentum die Bodenrenten an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen. Sie könnte an soziale Projekte, wie z. B. an Selbsthilfe-initiativen wie "Argus", "Wildwasser", "Förderband" und "Weiberwirtschaft", oder direkt an die Menschen verteilt werden. Jeder, vom Säugling bis zum Greis, bekäme dann, beim gegenwärtigen Stand der Bodenrente in der BRD und wenn auch die Rente des bereits öffentlichen und gemeinnützigen Bodens dazu käme (die Steuerersparnis bei Abschaffung der Mietsubventionen gar nicht mitgerechnet), mindestens 160 DM im Monat. Wenn - wie von dem Anarchophysiokraten Silvio Gesell gefordert – die Bodenrente nur an Kinder und Jugendlich bis zum 18 Lebensjahr verteilt wird, bekäme jedes Kind und jede/r Jugendliche gegenwärtig rund 700 DM im Monat aus der Bodenrentenkasse. Unter diesen Bedingungen könnten auch Jugendliche mit geringem Einkommen und alleinstehnde Mütter mit Kindern eine ausreichend große und gutgelegne Großstadtwohnung mieten. Es wäre also sinnvoll, ein Bankensystem für zinsfreie Kredite zu schaffen, wie es der Anarchist P. J. Proudhon bereits im vorigen Jahrhundert geplant hatte. Eine gute Grundlage hierfür ist ein zinsfreies und kaufkraftbeständiges Geld, wie es später Gesell mit einem "Geld unter Angebotszwang" mittels "Durchhaltekosten" (Keynes), einem Geld mit einem "negativen Zins", im Rahmen einer "Indexwährung" konzipiert hat. Und der unvermehrbare Boden müßte vergesellschaftet werden. Alles im Rahmen einer "anarchischen" Marktwirtschaft!

Anarchie ist machbar, Herr Nachbar! Doch die Wähler wählen die Kapitalvertreter CDU-CSUFDPSPDGrüne. Auch die DDR-Wähler und -Wählerinnen haben sich am 18. März für das kleinere Übel gegenüber dem Marxschen Staatskapitalismus entschieden: für das Privateigentum am Naturgeschenk Boden und vor allem für die D-Mark. Als Kreditmittel ist sie jedoch nur für eine "Liquiditätsverzichtsprämie" (Keynes): für Zinsen zu haben! ●

WOHNUNGSGEMEINNÜTZIGKEIT GESTRICHEN

Der Markt hat sie wieder

Seit dem 1.1.90 ist das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WWG) durch das „Gesetz zur Überführung der Wohnungsgemeinnützigkeit in den allgemeinen Wohnungsmarkt" ersatzlos gestrichen. Das bedeutet Steuerpflicht und „freier" Wettbewerb für die nun ehemals Gemeinnützigen, die zum großen Teil aus der Genossenschaftsbewegung der 20er Jahre hervorgegangen sind.

Christian Diesener, Redaktion Genossenschaften ● An die Steuerfreiheit nach dem WGG war bislang die Verpflichtung zu gemeinnützigem Verhalten gebunden. Beschränkung auf 4% Dividende, Verpflichtung zum ständigen Wohnungsbau und vor allem die Einhaltung einer reinen Kostenmiete gehörten zu diesen Normen. Vor allem das Beispiel Neue Heimat steht dafür, daß es Wege gab, diese Verpflichtungen zu umgehen. Sie nun ganz abzuschaffen bedeutet aber nur, daß die lästigen Umwege zu profitorientierter Wohnungswirtschaft wegfallen.

2,4 Millionen der betroffenen Wohnungen sind heute noch an die staatlich festgesetzte Sozialmiete gebunden, weil sie mit Hilfe öffentlicher Gelder gebaut wurden. In den nächsten 10 Jahren läuft jedoch bei 1,7 Millionen dieser Wohnungen die Bindungsfrist ab. Dann wird der Wegfall der Bindungen durch das WGG und die Steuerpflicht zwangsläufig zu Mietsteigerungen führen.

Sowohl Dividenden als auch Rücklagen für Instandsetzungen dürfen nur vom nach Steuerabzug verbleibenden Gewinn gebildet werden. Sollen also Dividenden und Rücklagen nur genauso hoch wie bisher bleiben, muß bei einem Körperschaftssteuerersatz von ca. 50% das Doppelte an Gewinn erwirtschaftet werden. Daß nach dem Wegfall des WGG steigende Renditen in der Wohnungswirtschaft erwartet werden, läßt sich an kletternden Aktienkursen ablesen. Die Kurse des bisher gemeinnützigen Bau-Vereins zu Hamburg AG stiegen in den letzten 2 Jahren von 700 auf 3.600 DM!

Sonderregelung für Genossenschaften

Für Wohnungsunternehmen in der Rechtsform einer Genossenschaft oder eines Vereins gibt es eine Sonderregelung. Sie werden „Vermietungsgenossenschaft" oder -verein genannt und sie – und nur sie – sind automatisch **steuerbefreit, wenn ihre Einnahmen zu mindestens 90% aus der Vermietung an Mitglieder stammen.** Darüberhinaus können sie Gemeinschaftsanlagen betreiben, die „überwiegend" von Mitgliedern zu nutzen sind. Die Steuerbefreiung ist also nach dem neuen Recht nur noch an die Beschränkung auf die Selbstversorgung der Mitglieder mit Wohnraum gebunden. Mietpreisbindung und andere Beschränkungen entfallen. Es können also auch Luxuswohnanlagen mit entprechenden Gemeinschaftseinrichtungen und Preisen von der Steuerfreiheit profitieren, wenn sie sich auf das Mitgliedergeschäft beschränken. Einnahmen aus anderen, sogenannten nichtbegünstigten Tätigkeiten (z.B. Eigenheimbau, Vermietung von Gewerberaum, Baubetreuung) sind steuerpflichtig, sobald sie die Grenze von 10% der Gesamteinnahmen überschreiten, führen sie zur Steuerpflicht für die ganze Genossenschaft, auch für Erträge aus Vermietung an Mitglieder.

Steuerliche Diskriminierung bleibt

Die Steuerfreiheit für mitgliederversorgende Vermietungsgenossenschaften wurde geschaffen, weil der Nutzungswert von Eigenheimen auch keiner Besteuerung unterliegt. Insofern sollte die kollektive Nutzung von Wohnraum in Genossenschaften nicht schlechtergestellt werden als die private. Abschreibungsmöglichkeiten für eingebrachte Genossenschaftsanteile – etwa analog zur Abschreibung nach § 10e EStG (früher § 7b) bei der Eigenheimfinanzierung) – gibt es aber immer noch nicht. Das bringt viele NeugründerInnen weiterhin dazu, sich lieber privatrechlich zu organisieren, um mit Abschreibungen die Finanzierung zu erleichtern.

Kurioserweise werden die alten, klassischen Selbsthilfegenossenschaften nicht in den Genuß der Steuerfreiheit kommen. Sie waren bisher nicht steuerbefreit, weil sie die Bedingungen des WGG, ständig neu zu bauen, nicht erfüllten. Wenn sie jetzt in die Steuerfreiheit als Vermietungsgenossenschaft eintreten würden, müßten sie laut Steuerrecht eine steuerliche Schlußbilanz erstellen. Dabei käme es zur Aufdeckung der sogenannten stillen Reserven. D.h. alle Werte der Genossenschaft müßten zu heutigen Marktpreisen ermittelt werden. Wenn also ein 70 Jahre altes Haus noch mit 10.000 DM Buchwert geführt wird, wäre die Differenz zu seinem Marktwert von z.B. 510.000 DM zu versteuern. Dies würde ca. 250.000 DM für die Steuerkasse ausmachen. Auch die in den letzten Jahren erhaltenen Zuschüsse wären nachzuversteuern. Das kann sich natürlich keine kleine Genossenschaft leisten!

Um dieser meist ruinösen Steuernachzahlung zu entgehem, dürfen Wohnungsgenossenschaften sich „freiwillig" für die Steuerpflicht entscheiden, auch wenn ihre Einnahmen zu mindestens 90% aus begünstigten Tätigkeiten mit Mitgliedern kommen. In der Konsequenz bedeutet dies: Große, bisher steuerbefreite, gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften können steuerfreie Vermietungsgenossenschaften werden, indem sie ihre im Sinne des neuen Rechts nicht begünstigten Tätigkeiten in Tochtergesellschaften ausgliedern. Dagegen müssen kleine, dem ursprünglichen Genossenschaftsgedanken nahestehende Genossenschaften weiterhin Steuern bezahlen.

Verbesserte Bedingungen für Neugründungen

Wer jetzt damit beginnt, eine Wohnungsgenossenschaft zu gründen, wird allerdings von der Steuerfreiheit profitieren können. Für Neugründungen wirkt sich die Abschaffung der ständigen Baupflicht aus dem WGG, die kleinere Wohngruppen nicht eingehen konnten oder wollten, positiv aus. Wenn auch die steuerliche Diskriminierung durch mangelnde Abschreibungsmöglichkeiten für die Genossenschaftsanteile bleibt, so sollte dieser Vorteil doch ein Anreiz sein, sich bei der Gründung gemeinschaftlicher Wohnzusammenhänge für die Rechtsform einer Genossenschaft zu entscheiden. Denn trotz aller Nervereien mit Genossenschaftsgesetz und Prüfungsverband bleibt dies zur Zeit die einzige Möglichkeit, Wohnraum dauerhaft der Spekulation zu entziehen. ●

INTERVIEW ZUM WEGFALL DES WGG

„Für ein Linsengericht ein Vermögen verschleudert"

Ein Interview über die Folgen des Wegfalls des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) führte Christian Diesener mit Uwe Blöcker, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wohnungsgenossenschaft Langenfelde e.G.. Die Wohnungsgenossenschaft Langenfelde, in den zwanziger Jahren von Eisenbahnern gegründet, hat heute 4.181 Mitglieder und besitzt 3.161 Wohnungen im gesamten Hamburger Stadtgebiet. Sie war als im Sinne des WGG anerkannt.

Redaktion Genossenschaften ● **Herr Blöcker, was wird sich durch den Wegfall des WGG im Bereich der Bauinvestitionen ändern?**

Viele Genossenschaften wurden durch den Wegfall der Wohnungsgemeinnützigkeit überrascht. Sie hatten noch erhebliche Reserveflächen für den Eigenheimbau. Der Verkauf von Wohnungseigentum wird in Zukunft jedoch die Steuerpflicht auslösen. Wer sich also zur Vermietungsgenossenschaft entscheiden möchte, wird hier gehemmt.

Wer dazu neigt, sich für die Steuerpflicht zu entscheiden, wird gut daran tun sich zu überlegen, wie er seine Investitionspolitik im Bereich Modernisierung und Instandhaltung plant. Denn wer steuerpflichtig wird, muß sich darüber im klaren sein, daß Investitionen in diesem Bereich nicht mehr allein vom technischen Bedarf, sondern auch von steuerlichen Gesichtspunkten diktiert werden. Wer hier zu wenig tut, sieht sich am Jahresende eventuell vor erheblichen Steuerpflichten.

Das Geschäft der Baubetreuung wird künftig der Steuerpflicht unterliegen. Haben Sie sich schon entschieden, ob Sie dieses Geschäft weiterbetreiben?

Zur Zeit gibt es eine Geschäftsanweisung, keine Betreuungsaufträge hereinzunehmen. Das liegt an der Kuriosität des Systems. Vermutlich wird derjenige, der sich zur steuerbefreiten Genossenschaft entscheidet, Steuern zahlen müssen, während derjenige, der sich für die Steuerpflicht entscheidet, voraussichtlich keine zu zahlen hat. Wenn ich mich für die steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft entscheide und habe eine Betreuung an der Hand, muß ich erstens aufpassen, daß ich mit den Erträgen aus der Betreuung nicht über die 10%-Grenze rutsche, und wenn ich darunter bleibe, muß ich für diese Erträge ganz erhebliche Steuern bezahlen.

Ein anderes Thema. Wird sich bei den Mieten unter dem neuen Recht etwas ändern?

Ich sehe keine Veränderung, die erwähnenswert ist. Wenn wir steuerpflichtig werden, wird sich das in absehbarer Zeit allenfalls im Bereich der Gewerbesteuer auswirken, aber nicht so, daß sich das auf die Mieten niederschlagen würde.

Auch nicht im Fall der Steuerpflicht?

Nein, gerade da nicht, weil im Kernbereich der Steuerpflicht – bei der Körperschaftssteuer – meist so hohe Abschreibungen vorhanden sind, daß eine Steuerpflicht nicht durchschlägt.

Aber Unternehmen mit viel Altbaubestand, deren Gebäude schon weitgehend abgeschrieben sind, wären eher betroffen?

Die würde es eher betreffen. Aber daß diese Unternehmen solche Steuern auf die Mieten umlegen, ist unwahrscheinlich. Denn bei den ehemaligen gemeinnützigen Unternehmen herrscht weitgehend die Absicht vor, in ihre neuen Satzungen eine Formulierung aufzunehmen, daß die Genossenschaft im eigentlich alten genossenschaftlichen Sinne, der ja älter ist als das Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht, tätig bleiben wird, das heißt, nicht profitorientiert, sondern allenfalls nach wirtschaftlich für das Unternehmen notwendigen Gesichtspunkten handelt. Das heißt, daß die Steuern mietrelevant vernachlässigbar sind.

Ist denn eine gemeinnützige Selbstverpflichtung für Wohnungsunternehmen wirtschaftlich durchzuhalten?

Es kommt darauf an, wie weit sie geht. Wenn in der Satzung festgeschrieben wird, daß sich das Unternehmen weiter im Sinne des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes betätigen wird, ist das sehr gefährlich. Denn das wäre vom einzelnen Mitglied einklagbar. Daher wird die Formulierung sinngemäß lauten, daß die Genossenschaft nicht profitorientiert arbeitet, sondern nach der Maxime einer wirtschaftlichen Bewirtschaftung der Wohnanlage und des Unternehmens.

Diese Einschränkung ist deswegen erforderlich, damit der Gleichbehandlungsgrundsatz und die Solidarpflicht in einer Genossenschaft zum Tragen kommen. Sonst könnte es dazu kommen, daß Verluste aus Objekten, die z.B. aufgrund unterlassener Nachsubventionierung nicht mehr kostendeckend am Markt vermietbar sind, von der Genossenschaft getragen werden müssen, während Gewinne aus günstigen Mieten von einzelnen Mitgliedern privatisiert werden. Da müssen dann die sehr preiswerten Mieten, die im Altbaubereich z.T. unter 5,– DM/qm liegen, unter Umständen auch mal um –,50 DM angehoben werden, um Verluste aus einzelnen, nicht einbringbaren bzw. nicht zumutbaren Mieten abdecken zu können.

Heißt das nicht für den heute noch billigen Wohnraum, daß der immer knapper wird, weil hier die Verluste ausgeglichen werden müssen?

Er wird nicht knapper, aber er wird einen Mietanstieg erfahren und das ist von der Bundesregierung mit dem Verzicht auf die Wohnungsgemeinnützigkeit auch so gewollt. Er wird im Vergleich noch billig sein, aber das gesamte Mietniveau wird steigen.

Welches ist in Ihren Augen der größte Vorteil und welches der größte Nachteil des neuen Rechts?

Von größten Vorteil kann man eigentlich nicht sprechen. Als einen Vorteil sehe ich, daß die Bindung an die zweite Berechnungsverordnung bei Altbauten und ausgelaufenen, öffentlich geförderten Bauvorhaben fällt. Dadurch kann hier eine Kostenmiete platzgreifen. Denn die vom Gesetzgeber unter den Kostenansätzen gehaltenen Verwaltungs- und Instandsetzungskostenpauschalen haben zu ganz erheblichen Defiziten bei den Genossenschaften geführt. Hier kann jetzt das Kostenmietprinzip durchgesetzt werden.

Als Nachteil würde ich bezeichnen, daß der Staat – ohne Not – auf die Mit- und Einwirkungsmöglichkeit auf ein riesiges Sozialkapital verzichtet hat. Er hat sozusagen für ein Linsengericht ein Vermögen verschleudert. Denn die angepeilten 100 Mio. DM, die er dadurch gewinnen wollte, waren völlig falsch berechnet und werden ihm in diesem Jahrhundert nicht zufließen. Das halte ich für einen der entscheidensten Nachteile, daß hier die Partnerschaft zwischen einer großen Vermietergruppe und dem Staat überflüssigerweise aufgegeben wurde.

Zum anderen sehe ich es als Nachteil an, daß es der eigenen Entscheidung der ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen anheimfällt, ob sie sich wie freie Wirtschaftsunternehmen benehmen wollen oder nicht. Ich denke da ganz gezielt an große Wohnungsunternehmen, die industrieverbunden sind, auf die bereits seit langem die Anteilseigner schielen aufgrund ihrer großen Liquiditäten und stillen Bilanzreserven, die jetzt mobilisiert werden können und oftmals dem Ausgleich von Verlusten der Anteilseigner dienen sollen. Das beste Beispiel ist die Neue Heimat.

Nicht zu vernachlässigen ist auch die Gefahr, daß jetzt plötzlich mit dem Wohnungsbestand von Unternehmen Geschäfte gemacht werden, so daß das Existenzgut Wohnung zum Spekulationsobjekt wird.

Vielen Dank für dieses Gespräch! ●

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSBEREICH

Studie zu Genossenschaften in der DDR

Im Auftrag des Wissenschaftsfonds der DG Bank hat die Marburg Consult für Selbsthilfeförderung e.G. eine Studie über Genossenschaften in der DDR vorgelegt. Die Ausarbeitung wurde Mitte Februar 1990 abgeschlossen. Bearbeiter war der Diplomvolkswirt Thomas Pfeiffer. Spannende Ergebnisse, Bewertungen oder Schlußfolgerungen enthält sie nicht. Dies konnte aufgrund des konservativen Auftraggebers auch nicht erwartet werden. Als erster aktueller Überblick des Genossenschaftswesens der DDR ist die Studie dennoch interessant. (Ansonsten existiert als umfassender Überblick zu dem Thema nur das Buch „Genossenschaftliche Organisationsformen in der DDR" von H.J. Herzog, erschienen in der Reihe Schriften zur Kooperationsforschung in Tübingen 1982) Anfragen zu der Studie können gerichtet werden an die Marburger Consult für Selbsthilfeförderung e.G., Bahnhofstr. 1, 3550 Marburg.

Genossenschaftliche Struktur der DDR-LPG bleibt erhalten

In der DDR gibt es 465 „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften" (LPG). Mit ihrer Zukunft steht die von 918.000 Beschäftigten auf dem Spiel. LPG-Landwirte reizt die Möglichkeit wenig, sich mit dem Land der LPG's künftig selbständig machen zu können. Kaum ein Bauer will zukünftig wieder über sein Land privat verfügen. Das liegt nicht zuletzt an den sozialen Sicherheiten. Heinz Noak, Leiter der pflanzenproduzierenden LPG in Groß Luja gegenüber. der Journalistin Gabriele Schoder: „Einen sechswöchigen Urlaub und eine geregelte 40-Stunden-Woche kann sich wohl kaum ein Bauer in der Bundesrepublik leisten." Werden sich dies die LPG's zukünftig noch leisten können?

Konzentrationsprozeß der Genossenschaftsbanken geht weiter

Die Konzentrationswelle unter den württembergischen Volks- und Raiffeisenbanken rollt. Auch in diesem Jahr wird sich nach Einschätzungen des Württembergischen Genossenschaftsverbandes deren Zahl durch Fusionen zweistellig vermindern. Im Jahre 1989 ist im Landesteil Württemberg durch Fusionen die Zahl der Genossenschaftsbanken um 17 auf 535 geschrumpft.

Abfallverwertung der Neuwertgenossenschaft hat begonnen

Mit der Einrichtung eines Recycling-Zentrums nahm die „Neuwert Genossenschaft zur Wiedergewinnung von Rohstoffen" im Raisdorfer Gewerbegebiet-West (Kieler Umland) ihre Tätigkeit auf. Rohstoffe wie Papier und Pappe, Holz, Glas, Metalle, Textilien, Leder und Kunststoffe sowie gebrauchte Haushalts- und Einrichtungsgegenstände werden in dem Zentrum sortiert, aufbereitet und Verwerterbetrieben zugeführt. Teilweise sollen sie zukünftig auch selbst aufgearbeitet werden. Dafür steht eine Halle mit etwa 570 Quadratmetern zur Verfügung. Die Genossenschaft startet mit sieben Mitarbeitern, deren Beschäftigung im Rahmen des Programms Hilfe zur Arbeit vom Kreis und Sozialamt in Kiel gefördert wird.

Zukünftig Kostenabwälzung auf „Seniorengenossenschaften"?

Einmal mehr werden Genossenschaften wiederentdeckt zur Abwälzung von Kosten. Gibt es Gewinne zu machen, wird von dieser Form meistens abgesehen. Die Überalterung der Gesellschaft und die explodierenden Kosten der Alterssicherung machen nach Ansicht des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth „unkonventionelle Maßnahmen erforderlich". Als diese sieht er Seniorengenossenschaften an. Deren Aufgabe soll es sein, eigene Leistungen zu organisieren – beispielsweise bei der Essensversorgung oder der Wohnungspflege. Jedes Mitglied einer solchen nach genossenschaftlichen Selbstverwaltungsgrundsätzen organisierten Zusammenschluß müsse in jüngeren Jahren Pflegeleistungen erbringen. Dafür erwerbe es das Anrecht, bei eigener Pflegebedürftigkeit durch andere Mitglieder versorgt zu werden. Zunächst sind Modellversuche in einigen Regionen des Landes Baden-Württemberg geplant.

Veröffentlichung zur genossenschaftlichen Eigenkapitalschwäche

Ein kleines, informatives Büchlein zur Eigenkapitalsproblematik der Genossenschaften hat Wolfgang Blomeyer geschrieben. Während für die Aktiengesellschaften der Gesetzgeber fördernd aktiv war, existieren für die Genossenschaften keine vergleichbaren Pläne. Blomeyer diskutiert die zur Zeit im rechtlichen Rahmen vorhandenen Möglichkeiten. Dies sind unter anderem Geschäftsanteile und Geschäftsguthaben als Quellen, die Intensivierung der Nebenleistungspflichten zur Kapitalbeschaffung, Eigenkapitalersatz durch Mitgliederhaftung, autonome Kapitalversorgung durch Gewinnthesaurierung, Mitgliederdarlehen, Genußscheine sowie die spezielle Problematik der Eigenkaptalerhaltung beim Ausscheiden der Mitglieder. Gut wird das Dilemma der Genossenschaft herausgearbeitet, die aufgrund ihres Förderauftrages nicht beliebig durch Gewinnanreize ihre Mitglieder zur Kapitalanlage bewegen kann. Befremdend wirkt bei den Ausführungen, daß die Genossenschaften meist als eine den Mitgliedern äußerliche Form dargestellt wird – was sie in der Realität allerdings im überwiegenden Maße wohl auch ist. Manko des Büchleins ist zudem die Beschränkung auf die statutarischen Möglichkeiten. Hinweise auf potentielle gesetzliche Veränderungen, wie in anderen europäischen Ländern teilweise verwirklicht, fehlen. Sie hätten der aktuellen Diskussion vielleicht neue Impulse gegeben?

Wolfgang Blomeyer: Die institutionelle Problematik der genossenschaftlichen Kapitalversorgung, Tübingen 1989 (J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) DM 19,--).

Ökobank vor grundlegenden Veränderungen

Der Wechsel beider Vorstände bei der Ökobank steht fest. Formaler Anlaß ist ein Prüfungsbericht des Genossenschaftsverbandes, der der Ökobank schlechtes Wirtschaften bescheinigt. Tatsächlich wird der Übergang in die schwarzen Zahlen langsamer vollzogen, als von Seiten der Ökobank ursprünglich geplant.

In Bankkreisen ein unverzeihlicher Fehler. Hier ist eher Understatement angesagt. Um den Wechsel zu vollziehen, werden wohl beide Vorstände Abfindungen erhalten. Als neuer Vorstand wurde bisher nur Oliver Förster genannt. Auch der zweite ist „praktisch schon gefunden". Mehr ist zur Zeit offiziell nicht erfahrbar.

Erst in einer Pressekonferenz am 17. Mai will der Aufsichtsrat der Bank Namen nennen und weitere „wichtige Neuigkeiten" an die Öffentlichkeit bringen.

Filialgründungen auf die „lange Öko-Bank geschoben"?

Die geplante Regionalisierung der Ökobank läßt auf sich warten. Grund ist auch hier, daß wohl nicht wie beabsichtigt, Ende 1990 schwarze Zahlen geschrieben werden. Nicht nur für das Engagement aktiver Regionalgruppen, wie sie u.a. in Düsseldorf, Freiburg und München existieren, ist dies problematisch. Die drei großen Flops der Bank lagen alle außerhalb der Frankfurter Region. Dies unterstreicht, daß überregionale Tätigkeiten der Ökobank nur bei einer Repräsentanz vor Ort sicher abzuwickeln sind. Voraussichtlich wird ein wichtiges Treffen, auf dem Vorentscheidungen in der Frage regionaler Niederlassungen gefällt werden, im Juni stattfinden. Michael Berger von der Freiburger Ökobankinitiative zu der vermutlichen Verschiebung: „Sie ist fatal für die Ausdehnung der Ökobank und die Motivation der Leute vor Ort."

KONKRETE FORDERUNGEN ZU EINER BESSEREN WIRKLICHKEIT

Zukunftsentwürfe zur Frage Entwicklunghilfe und Frau(en)

Das Thema „Zukunftsentwürfe zur Frage Entwicklungshilfe und Frau bzw. Frauen" legt es nahe, von Utopien zu reden, eine Welt auszumalen, in der die Dinge gerecht und bekömmlich sind für Mensch und Natur – also auch für Frauen. Es gibt jedoch auch sehr konkrete Vorschläge und Forderungen für einen solchen Zukunftsentwurf.

Foto aus: blätter des iz3w, Nr.93

Claudia von Braunmühl, Redaktion Heidelberg ● Es gibt in der frauenbewußten entwicklungspolitichen Diskussion den Begriff einer frauengerechten Entwicklung, d.h. eine Entwicklung, in die nicht im nachhinein und im Wege eines Reparaturbetriebes oder, schlimmer noch, einer – und das noch schlecht – kompensierenden Behindertenpolitik die Frauenfrage eingeführt und Frauenförderpolitik betrieben wird bzw. Frauenprojekte installiert werden. Maria Mies hat mit ihrer Kritik des weltweiten Patriarchats den Begriff der „moralischen Ökonomie" eingeführt, die, regiert sie die Welt, Mensch und Natur mehr Entfaltungsraum böte.(1)

Ich möchte mich nicht auf dieser Ebene eines Weltenentwurfes bewegen. Wohler fühle ich mich auf dem Hintergrund von DAWN, eines weltweiten Zusammenschlusses feministischer Wissenschaftlerinnen und Entwicklungspraktikerinnen (wobei mit „Hintergrund" natürlich nicht meine persönlichen biographischen Prägungen gemeint sind). DAWN hat auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi einen Entwurf von Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe vorstellt, der auf Frauen aufbaut. Dies nicht aufgrund einer abstrakten ideologischen Position weiblicher Parteilichkeit, sondern auf der Basis harter, aber endlich einmal zur Kenntnis genommener Fakten.

Ansatzpunkte einer konkreten Utopie

DAWN, die Morgendämmerung versprechende Abkürzung steht für „Development Alternatives with Women for a New Era", begründet ihr Plädoyer für eine Frauenperspektive mit folgenden Argumenten:

„Wenn Entwicklung verbesserten Lebensstandard, Abschaffung von Armut, Zugang zu anständigen Beschäftigungsmöglichkeiten und Abbau von sozialen Ungleichheiten bedeuten soll, muß man einfach bei den Frauen anfangen ... In den meisten Gesellschaften stellen sie die Mehrheit der Armen, der Unterbeschäftigten und der ökonomisch und sozial Benachteiligten dar...

Zweitens ist die ... Arbeit von Frauen für das Überleben und die fortlaufende Reproduktion der Menschen in allen Gesellschaften unersetzlich ... In der Nahrungsmittelproduktion und - verarbeitung, in der Verantwortung für Brennstoff, Wasser, Gesundheit, Kinderversorgung, Hygiene und im ganzen Bereich der sogenannten Grundbedürfnisse ist die Frauenarbeit vorherrschend. Wenn wir die Auswirkungen von Entwicklungsstrategien auf die Bedürfnisse verstehen wollen, ist die Perspektive der Frauen als der wichtigsten Produzenten und Beschäftigten in diesen Bereichen der gegebene Ausgangspunkt ...

Drittens ist der Anteil der Frauenarbeit in Handel, Dienstleistung und traditionellen Industrien hoch. Und schließlich wurde festgestellt, daß die Arbeiterinnen häufig in den technisch fortentwickeltsten Industrien, wie der Elektronik, und in der Exportindustrie überwiegen. Die Auswirkungen der Technikentwicklung auf die Beschäftigung, die Einkommen und die Arbeitsbedingungen in diesen Sektoren betreffen nicht nur die dort beschäftigten Arbeiterinnen, sondern auch die Volkswirtschaften, die von der Beschäftigung, den Devisen oder den Einkommen in diesen Bereichen abhängig sind."(2)

Das gibt es also, eine Utopie und von ihr geleitete Analysen und sehr konkrete Vorschläge und Forderungen zu einer besseren Wirklichkeit. Da es ein Entwurf bzw. eine Strategie ist, die, exzellent fundiert, von denen kommt, von denen wir sagen, daß wir sie mit unseren Anstrengungen meinen, kann ich nur sagen, daß wir uns mit diesem Entwurf auseinandersetzen und alles Erdenkliche zu seiner Verwirklichung beitragen sollten.

Die sogenannte Frauenfrage

Ich möchte hier also von Entwürfen reden, die unserem Handeln nah und durchaus nicht utopisch, sondern machbar sind, wenngleich sie sich in den Status quo des Denkens und Handelns in der Bundesrepublik immer noch utopisch genug ausmachen. Das ganz besonders in einer Zeit, wo unter Frauen allenthalben die bange Frage aufkommt, ob wir uns nicht längst in einem frauenpolitischen Roll-back, manche nennen es sogar einen Back-lash, befinden.

Ausgangspunkt meines Entwurfes ist, daß wir aufhören müssen, die sogenannte Frauenfrage als solche zu bezeichnen und zu denken. Das Stellen der Frauenfrage provoziert unweigerlich den Auszug der Männer aus dem entsprechenden Problemkreis. „Frauenfrage, ja bitte, dann fragt euch mal schön." Das Thema Frauenförderung – wie überhaupt die mittlerweile ebenso obligatorische wie ermüdend und faktisch periphere Kombination von Thema XY und Frau – legt nahe, daß wir es hier mit den Belangen einer Sondergruppe zu tun hätten. Die taucht dann meist in einer langen Liste als letzter Tagesordnungspunkt vor „Verschiedenes", letzte Arbeitsgruppe, letztes – kurzes – Kapitel beliebiger Konferenzberichte usw. auf.

Vor kurzem erhielt ich die Einladung zu einer Europa 92-Konferenz, die genauso gegliedert war: Landwirtschaft, Umwelt, Handel, Kultur etc. und am Ende Frauen. Das ist nicht nur absurd, es ist auch in höchstem Maße ärgerlich. Wie kann es denn immer noch sein, daß nach allem, was wir über die zentrale Rolle der Frau in der Landwirtschaft Afrikas zum Beispiel wissen, nach zehn Jahren UN-Frauendekade, nach unzähligen Konferenzen, Kongressen etc. etc., daß da bei einem Gegenstand wie dem europäischen Binnenmarkt, der von unmittelbarer Rückwirkung auf das Leben von Millionen Frauen vor allem auch in der Produktion sein wird, daß da noch heute in hilfloser, ignoranter Gutwilligkeit an das Ende einer langen, scheinbar geschlechtsneutralen Themenliste „Frauen" reingepackt wird?!

1972 hat die amerikanische Feministin Ann Oakley das Wort „gender" (Geschlecht) aus dem Verwendungszusammenhang der Grammatik herausgeholt und in die gesellschaftsbezogene Debatte eingeführt.(3) Seitdem ist im Angelsächsischen von „gender analysis", „gender issues", „gender roles", „gender politics" und „gender policies" die Rede, und jedes Mal ist die Organisation der Gesellschaft als Ganzes angesprochen. Im Deutschen sagen wir „Geschlecht" und meinen grammatikalische, gesellschaftliche und sexuelle Tatbestände. Vielleicht ist diese gefährliche Nähe mit ein Grund, warum es in der BRD so schwer ist, das Geschlechterverhältnis als Teil der gesellschaftlichen Organisation gelassen und selbstverständlich mitzudenken. Es ist zumindest eine gigantische Verdrängungsleistung, nicht zuletzt in der entwicklungspolitischen Diskussion, die Verteilung von Tätigkeiten und Funktionen von Männern und Frauen nicht von vornherein und integral in alle planungs- und handlungsrelevanten Daten miteinzubeziehen.

Gesellschaftsveränderung statt „Wiedergutmachung"

Natürlich gibt es viele Gründe für diese Verdrängungsleistung. Der konfliktreiche Prozeß der Sichtbarmachung der vormals und noch weiterhin häufig „invisible women" hat davon einiges deutlich gemacht.(4) Den Herrschenden lag nie sonderlich an einer Aufdeckung der Anatomie von Herrschaft. Von Männern ist das genaue und öffentliche Hinsehen hier also kaum zu erwarten. Wir Frauen erleben uns täglich im Abwägen von Konfliktlast und Blessuren, weil wir es gar nicht aushalten, immer und allerorten auf solche Aufdeckungen zu bestehen.

So nötig wie aber das Einklagen von besonderer Aufmerksamkeit und besonderen Räumen für Frauen war und weiterhin ist, so sehr besteht doch auch die Gefahr, daß Frauen erneut aus der Gesellschaft ausgelagert werden, diesmal nicht in die Unsichtbarkeit, sondern eben in die Frauenecke. Damit will ich überhaupt nicht einer voreiligen „Integration" das Wort reden. Ich möchte zunächst doch nur dafür plädieren, sich nicht mit Zukunftsentwürfen zur Frage Entwicklungshilfe und Frau zufriedenzugeben, sondern solche zu denken und einzuklagen, die das Geschlechterverhältnis im Auge haben und die auf Umverteilung zielen, auf eine Begradigung dessen, was an Rollen, Funktionen, Ressourcen, Zugängen, Verantwortlichkeiten heute ungleich verteilt und strukturell zutiefst schief organisiert ist.

Die Befassung mit Frauenfragen und Frauenförderung darf nicht zur Wiedergutmachung verkommen. Wir wissen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen, daß Wiedergutmachung selten funktioniert und wenig zur Akzeptanz der solchermaßen Bedachten beiträgt. Frauenpolitik muß Teil einer Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse bleiben, die erneut und immer wieder Ausbeutung, Benachteiligung und Behinderung von Frauen produzieren.

„Hilfe" auf dem Weg in die Schuldenkrise

Dabei wäre gegenüber dem, was sich heute überwiegend als Frauenförderung ausgibt, Wiedergutmachung noch eine erfreulichere Variante. Auf eher konventionelle Programme mit Zielgruppe Frau, der Bevölkerungskontrolle, die für die neunziger Jahre gigantische Zuwachsraten aufweist, der Nahrungsmittelhilfe, „food for work", das sich zunehmend an Frauen richtet, Mutter-Kind-Programme, die angesichts massiver Kürzungen in den Staatshaushalten entwicklungshilfegestützt mehr schlecht als recht weiterlaufen, möchte ich hier nicht eingehen. Ich möchte von dem reden, was uns stolz und sehr viel sichtbarer, als es ihrem Anteil an der Entwicklungshilfe entspricht, in den achtziger Jahren als Frauenförderung vorgestellt wurde.

Die achziger Jahre: Das ist die Zeit, wo die hohe Verschuldung der Entwicklungsländer, an der die entwickelte Welt ja ihren – bekannten – Anteil hatte und hat, zur Krise wurde. Nicht, wie die Kredite verwandt wurden, was ihre Verwendung in den Gesellschaften angerichtet hatte, wurde übrigens als die Krise angesehen, sondern die Krise lag in der Unfähigkeit der Länder, ihre Schulden zurückzuzahlen, ja auch nur ihren Schuldendienst zu bewältigen. Unter der Federführung von IWF und Weltbank wurden Land für Land der Dritten Welt sogenannte Strukturanpassungsprogramme verpaßt, die nun die Krise zur innergesellschaftlich akuten machten.

Mittlerweile ist gänzlich unbestritten und in vielfältigen Studien belegt, von welch' schwer faßlicher Härte die sozialen Folgen dieser Strukturanpassungsprogrammatik sind. Es ist, so der Titel eines umfassenden UNICEF-Berichtes von 1987, von der Notwendigkeit einer „Anpassung mit menschlichem Gesicht" die Rede(5); und allein darin ist ja eine bemerkenswerte Aussage über die bisherige Praxis enthalten.

Selbsthilfe und Frauenförderung ohne Emanzipation

Es ist kein Zufall, daß gerade in dieser Zeit zwei Emanzipationsbewegungen entliehene Konzepte, das der Selbsthilfe im allgemeinen und der Frauenförderung im besonderen, Konjunktur gewonnen haben. Sie verbinden sich mit Strategien, nämlich Armutsbekämpfung und Überlebenssicherung, die nun ganz und gar nichts mit Emanzipation zu tun haben. Aber mit an Schamlosigkeit grenzender Alertheit wird versucht, die Aura des Progressiven aus dem Ursprungskontext der Konzepte in den gänzlich anderen Verwertungszusammenhang mitrüberzunehmen. Armutsbekämpfung und Überlebenssicherung, zwei zentrale Begriffe der öffentlich geführten entwicklungspolitischen Diskussion, haben nichts, aber auch gar nichts mit Entwicklung zu tun. Dieses neue Kleid des Kaisers kann gar nicht oft genug genannt werden. Bei Lichte besehen sind Armutsbekämpfung und Überlebenssicherung ja nichts anderes als epochale Kapitulationserklärungen. Drei Entwicklungsdekaden, Millionen und Milliarden Entwicklungshilfe – und am Ende: Armutsbekämpfung, Überlebenssicherung!

...Selbsthilfe als Überlebenssicherung

Es ist mittlerweile weithin bekannt. welche verheerenden Folgen eine sexistisch bornierte Technikpolitik auf die Ökologie, die Nahrungssicherung und den Status der Frauen insbesondere in ländlichen Gebieten hatte. In der zitierten UNICEF-Studie, wie mittlerweile in vielen anderen, ist in immer neuen Schreckenszahlen belegt, wie die Härten der Strukturanpassung insbesondere die Frauen treffen. Ihre meist unteren Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst fallen als erste dem Rotstift zum Opfer ebenso wie die Arbeitsplätze in der von Importliberalisierung und Abwertung bedrängten Kleinindustrie. Die Lebenshaltungskosten sind allenthalben dramatisch gestiegen, die soziale Infrastruktur, Schulen, Universitäten, Gesundheitswesen, administrative Dienstleistungen, öffentlicher Transport etc. wurden dem Verfall anheim gegeben, dafür aber mit oft unerschwinglichen Preisen belegt.

Es sind vor allem die Frauen, denen die Last der Überlebenssicherung überantwortet wird. Ganz konkret, von morgens bis abends. Sie mühen sich, irgendwie doch die Kinder satt zu kriegen, sie pflegen die um vieles anfälliger gewordenen Kranken und Kränklichen in der Familie, sie versuchen, durch einen Flickenteppich verschiedener Aktivitäten im sogenannten informellen Sektor den geringer gewordenen männlichen Anteil am Familieneinkommen wettzumachen bzw. generell die gestiegenen Lebenshaltungskosten aufzufangen. Sie sind mehr als andere am euphorisch Selbsthilfe genannten Auffangen des Ausfalls vormals staatlich bereitgestellter Leistungen der materiellen und sozialen Infrastruktur beteiligt. Das heißt dann Selbsthilfe des Dorfes, der Gemeinde, des Stadtteils, aber, wenn wir genau hinsehen, dann schleppen die Frauen die Steine und das Wasser für den Schulbau und schreiben potentielle Spender an, um das gekürzte Drittel des Krankenhausbudgets per Spenden aufzubringen; sie tun es unentgeltlich, versteht sich.

Die zentrale Rolle der Frau an der Basis der Überlebenssicherung ist mittlerweile zu einer weitverbreiteten Kenntnis geworden, und so sind auch die entwicklungspolitischen Ansätze der achtziger Jahre wie zuvor um die Frauen bemüht. Das ist begrüßenswert. Aber wir sollten von der Entdeckung der Frauen in der Entwicklungspolitik und in den Entwicklungsländern nicht die eben angedeuteten Zusammenhänge vergessen. So wenig, wie diese Entwickungspolitik etwas mit Entwicklung zu tun hat, so wenig hat Überlebenssicherung mit Emanzipation zu tun. Daß Frauen das Überleben sichern und nicht ihr Glück, ihr Wohlbehagen, ihre Entfaltung – ihr eigenes und das der ihnen lieben Menschen –, ist eine gänzlich aufgezwungene Angelegenheit. Überlebenssicherung ist eine Last, eine schwere Bürde und Zumutung, die sich bleischwer über alle Hoffnungen, Träume und Wünsche an das Leben legt.

Praktische und strategische Hilfe

Gegenstrategien sind also bitter nötig, und zwar sowohl solche, die ganz einfach zu Hilfe eilen, als auch solche, die in die zerstörerischen Mechanismen eingreifen. Die angelsächsische Diskussion unterscheidet hier zwischen praktischen und strategischen Bedarfslagen, und ich denke, daß dies konzeptionelle Zuordnungen sind, die wir in unsere Entwürfe aufnehmen sollten.

Was wir derzeit erleben, ist ein merkwürdiges Herumtanzen der Entwicklungshilfe mit den Frauen. Man umgibt sich rhetorisch mit einem selbstbegeisterten Aroma von Emanzipation, rechtfertigt sich in Bewilligungs- und Projektdokumenten mit einem bescheidenen, aber handfest genannten Beitrag zur Überlebenssicherung. Allzu oft werden die Projekte so lausig ausgestatten und so unprofessionell betrieben, daß nicht einmal das erreicht wird. An diesen unerträglichen Frivolitäten, denke ich, muß unser Entwurf ansetzen.

Praktische Bedürfnisse zu befriedigen, natürlich, und zwar auf allen drei Ebenen, auf denen Frauen wirksam sind: in der familialen Reproduktion und der Versorgung von Angehörigen, in Produktion und Einkommensbeschaffung und im Management sozialer Zusammenhänge, sei es auf Dorf- oder Gemeindeebene, sei es auf der übergreifenden Ebene regionaler oder nationaler Politik. Auf allen diesen Ebenen ist praktische Unterstützung vonnöten. Zugleich muß die Unterstützung in einer Art und Weise gegeben werden, die struktuelle Änderung mitbewirkt, und müssen insbesondere die Organisationen gefördert werden, die systematisch das in einer Situation und in

Anzeige

Die Zeitschrift FRAUENSOLIDARITÄT beinhaltet Analysen, Kurznachrichten, Berichte, Kommentare, Interviews und Rezensionen zu den Bereichen: Frauen und Entwicklung, Frauen in der Dritten Welt und in Österreich, Frauen und Entwicklungshilfe.

● Wir zeigen anhand von konkreten Beispielen die Situation der Frauen in der Dritten Welt.

● Wir unterstützen Projekte in Zusammenarbeit mit Frauen und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern.

1 GRATISHEFT zum kennenlernen !

me.

FRAUENSOLIDARITÄT erscheint 4 x im Jahr und kostet im Abo öS 160.- (Ausland: öS 200.-). Einzelheft öS 40.-.

Bestellungen an: FRAUENSOLIDARITÄT, Weyrgasse 5, A - 1030 Wien
Tel. 0222/713 35 94/Kl. 80

KONKRETE FORDERUNGEN ZU EINER BESSEREN WIRKLICHKEIT

einer Maßnahme liegende Veränderungspotential auszuschöpfen suchen.

Das Interesse der Frauen zum Beispiel an verbesserter Wasserversorgung kann so aufgegriffen werden, daß die strategischen Belange erhöhter Organisationsfähigkeit, gestärkten Selbstbewußtseins und eines angeseheneren Status in der Gemeinde zugleich mit integrales Projektziel sind. So kann ein Stück positive Verschiebung des Geschlechterverhältnisses bewerkstelligt werden. Es darf ja nicht nur um die Effektivierung aufgezwungener Überlebensstrategien gehen. Wandel – und das kann nur Umverteilung heißen, denn wir haben keine weißen Flecken zwischen den Geschlechtern – ist angesagt.

Verhaftung in traditionell weiblichen Tätigkeiten

Fraueninteressen ernstnehmen heißt nicht nur, sie strategisch angehen, sondern darüber hinaus, sie mit der ansonsten im Entwicklungsgeschäft auch reklamierten Qualifiziertheit, neudeutsch Professionalität, anzufassen. Dies ist heute bei weitem nicht der Fall. Allein die Tatsache, daß im Bereich der Produktion angesiedelte Frauenprojekte unter dem Sammelbegriff „IGA" – das heißt „Income Generating Acitivities" – zusammengefaßt werden, sagt einiges; bei Männern ist selbstverständlich nicht von Tätigkeiten, sondern von Berufen, zumindest Jobs, die Rede.

Im Kontext von Armutsbekämpfung und Überlebenssicherung haben einkommensbeschaffende Maßnahmen in den achtziger Jahren besondere Konjunktur gewonnen. Studien aus dem Bereich der deutschen, der kanadischen, der amerikanischen und der multilateralen Entwickungshilfepraxis zeigen, daß einkommensschaffende Projekte für Frauen sich allerorten durch immer gleiche Züge auszeichnen. Sie knüpfen an traditionell weiblichen Fähigkeiten an, die sie, meist ohne Einblick in die Zeit, Haushalt und bestehende Belastung der Frauen und ohne Absicherung der Märkte, in's Ökonomische hinein verlängern. Das Begleitpersonal arbeitet oft unentgeltlich oder – mit unserer absurden Begrifflichkeit – ehrenamtlich und freiwillig, ist häufig un-, bestenfalls anqualifiziert. Hinreichendes Einkommen, d.h. genügend, um den Lebensunterhalt der Frauen selber und der in ihrer Obhut Befindlichen zu bestreiten, wird in den seltensten Fällen erwirtschaftet. Statt solche Projekte entweder dichtzumachen oder auf drastisch andere Füße zu stellen, läßt man sie allzu häufig weiterkrepeln und zieht sekundäre Projektziele heran: Wenigstens verfügen die Frauen über ein Zusatzeinkommen, wenigsten gab es diese oder jene sonst unterbliebene soziale Aktivität. Würde man solche unernsthafte Tändelei Männerprojekten zumuten?

Den Frauen die Wohlfahrt

Mayra Buvinic hat nach Erklärungen für dieses beharrlich wiederkehrende Phänomen gesucht und ist ihrerseits auf den Punkt, Verteilung bzw. Umverteilung von Ressourcen zwischen den Geschlechtern, gestoßen.(6) Im Kern, sagt sie, läuft es immer wieder darauf hinaus: den Männern die Produktion, den Frauen die Wohlfahrt und das Almosen. Ansonsten Hände weg von dem bestehenden Verteilungsmodus zwischen den Geschlechtern, in den Haushalten, in Projekten und sonstigen Arbeits- und Lebenszusammenhängen in Gesellschaft und Staat! Und das, obwohl die meisten dieser Projekte mit der überlebenssichernden Rolle der Frauen begründet werden!

Die beiden Punkte, in strategischer Form an praktischen Belangen anzusetzen und im Höchstmaß kompetent und professionell zu verfahren, treffen sich in einer seit langem von den Frauen aus dem Süden gestellten Forderung. Weibliche Kompetenz aus den Ländern sollte sehr viel mehr und von Anfang bis Ende des Projektzyklus oder sonstiger Maßnahmen herangezogen werden. Und Frauenorganisationen, insbesondere Frauennetzwerke, müssen selber durch Grundmittel, wie Auftragszuweisung, in die Konzipierung und den Vollzug von Entwicklungshilfe einbezogen werden.

Im großen und ganzen findet die bisherige Befassung der Entwicklungshilfe mit Frauen in Form von Frauenprojekten oder Frauenkomponenten im ansonsten sich geschlechtsunspezifisch gebenden Projekten statt. Das wird dann die frauenspezifische Entwicklungshilfe genannt. Dann gibt es noch die frauenrelevante, und das ist sozusagen alles, von dem nicht auszuschließen ist, daß eine Frau auch etwas davon hat. Im nachhinein stellt sich dann oft heraus, daß dies nichts als Sorgen und Nachteile waren, aber das ist eben im nachhinein.

In staatlicher wie kirchlicher Entwicklungshilfe tun sich die Organisationen überaus schwer, das Frauenrelevante an der Frauenrelevanz genau zu bestimmen. In den Führungsstrukturen der Projekte kann es schon mal nicht begründet liegen; die sind in der Regel klassisch männlich besetzt. Wirkungsanalysen sind meist so global und grob, die entsprechenden Instrumente so schlecht entwickelt und das Geschlechterverhältnis so wenig bedacht, daß die Frage nach der Relevanz für Frauen meist hilflos überantwortet bleiben muß.

Gleichwohl hören wir in der letzten Zeit aus den unterschiedlichsten Ecken verstärkt den Ruf nach Integration des „Frauenaspekts" in die Normalförderung. Dagegen ist natürlich im Prinzip gar nichts zu sagen, ganz im Gegenteil. Aber es muß eben auch Integration sein und kein Begräbnis zweiter Klasse. (Wobei ich einmal gutwillig unterstelle, daß Integration hier ein Teil an Verbesserungen heißt und nicht mehr Abkriegen der Schattenseiten. Denn auf dieser Ebene, darauf haben KritikerInnen immer wieder hingewiesen, waren und sind Frauen schon immer hochgradig integriert.)

Frauenförderung, Quotierung und Umverteilung

Um also Integration zu sichern, sind zwei Dinge, meine ich, ganz unerläßlich. Zum einen muß die schon angemahnte Analyse und Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebens- und Verantwortungszusammenhänge von Frauen und Männern systematisch und integral Bestandteil **jeder** entwicklungspolitischen Maßnahme sein. Was dann konkret zu tun ist, mag unterschiedlich sein: Kurswechsel des Gesamtprojekts, um zum Beispiel Zeitstruktur eines Frauenalltages, traditionelle Abwesenheit in öffentlichen Entscheidungsgremien etc. entgegenzusteuern, stützende Frauenfördermaßnahmen, um überhaupt annähernd gleiche Einstiegsbedingungen herzustellen, Neuverhandlungen über beteiligte Organisationen und anderes. Vielleicht auch – diese Lösungsmöglichkeit drängt sich der Nachdenklichen öfter mal auf – schlichtes Unterlassen des entwicklungspolitischen Eingriffs.

In Dehli demonstrieren Frauen gegen Vergewaltigung

Foto aus: blätter des iz3w, Nr.91

Zum anderen entpricht es eigentlich zwingend der Logik von Integration, eine den demographischen Gegebenheiten entsprechende Quotierung **aller** entwicklungspolitischen Ressourcen, die eine solche Quotierung rechnerisch zulassen, unmittelbar einzuleiten. Es ist sicherlich nur schwer möglich, Kredite oder groß dimensionierte, in komplexe Projekte fließende Mittel geschlechterpolitisch zu kontingentieren. Quotierung ist aber durchaus möglich bei Personalstellen, Stipendien, Konferenzbeteiligungen, in wissenschaftlichen Beiräten, gutachterlicher Kompetenz etc. etc.. Es ist auch möglich und dringend nötig, die des-integrativen Elemente in den Verfahrensweisen entwicklungspolitischer Planung und Durchführung eingehender zu erforschen und ihnen entgegenzuwirken. Dies alles würde sich notwendigerweise positiv auf eine geschlechtsspezifische Feineinstellung verausgabter Entwicklungshilfe auswirken. Es liegt auf der Hand, daß nichts davon ohne explizite Frauenförderpläne im Sinne dessen, was in den USA „affirmative action" genannt wird, möglich ist – und ohne Umverteilung, um dies in unserer Republik in den achtziger Jahren ein wenig skandalös gewordene Wort noch einmal – und nicht zum letzten Mal – heranzuziehen.

Organisationsprozesse als Black-box

Ein Zukunftsentwurf zur Frage von Entwicklungshilfe und Frauen, der mir in der bundesdeutschen politischen Landschaft nun wirklich fast wie eine Utopie erscheint, die ich aber zäh hege, betrifft die Offenheit zu Lernprozessen. Vor nicht allzu langer Zeit las ich ein Buch, in dem die Installierung der Frauenförderung in der administrativen Apparatur der amerikanischen Entwicklungshilfe analysiert wurde, und zwar unter dem expliziten Aspekt von „Gender Redistributive Policy".(7) Die Autorin, Kathleen Staudt, hat ein Jahr lang selbst in der Women in Development-(WID)Abteilung von USAID gearbeitet; sie hat Zugang zu allen Akten und allen MitarbeiterInnen gehabt. Sie hat eine, wie ich meine, brillante Studie über die Prozesse von Ablaufen, Abfiltern, Widerstand gegenüber dieser den Status quo der Verteilung geschlechtsspezifischer Ressourcen ansprechenden und Umverteilung anvisierenden Politik vorgelegt – klar, detailreich, kritisch. Sie hat keine Tür zugeschlagen, hat nicht abgerechnet mit der Entwicklungspolitik, sie arbeitet weiter für USAID und andere Organisationen, hat nicht angestauten Zorn in Entlarvung umgesetzt. Sie hat mit offenbar hellen Augen, wachem Verstand und der Sache verpflichtet einer mächtigen Organisation einen unter Zuhilfenahme praktischer und theoretischer Kenntnisse scharf geputzten Spiegel vorgehalten – und konnte dies tun, ohne Sanktionen. Das scheint mir, ist in der BRD so gut wie undenkbar; unsere Institutionen, auch und vor allem die entwicklungspolitischen, verhalten sich wie hoheitliche Geheimnisträger. Man ist drinnen oder affiliiert und schweigt – oder draußen und relativ kenntnislos. So kann kein Lernen entstehen.

Wir haben sie ja nun zum großen Teil, unsere Frauen betreffende Richtlinien, Kriterienkataloge, Checklisten etc.. Daß am Ende doch immer wieder so wenig Erfolgreiches für die Frauen, für eine gerechtere Organisation des Geschlechterverhältnisses herauskommt, ist zu nicht geringem Teil den Prozessen innerhalb der Institutionen geschuldet. Die aber werden wie in einer sorgfältig versiegelten und bewachten Blackbox gehalten. Das ist die institutionalisierte Garantie für Nicht-Lernfähigkeit auf einem gesellschaftlichen Gebiet, das wie wenig andere auf Lernen angewiesen ist.

Reparaturbetrieb Entwicklungshilfe

Ein weiterer Zukunftsentwurf, ein Traum vielleicht auch dieser, der die deutsche Entwicklungshilfe insgesamt betrifft und eng verbunden ist mit dem Mangel an Liberalität, der unsere Gesellschaft kennzeichnet: All jene, die engagiert und guten Willens – und die gibt es ja durchaus, in Projekten, in gutachterlicher Tätigkeit, in den Entwicklungsverwaltungen – an den Grenzen dessen auflaufen, was der entwicklungspolitische Jargon elegant „Rahmenbedingungen" nennt, all jene müßten dies sagen und sagen können. Ich kenne kein Projekt, das nicht unmittelbar mit den Folgen aufoktroyierten Schuldenmanagements, vermachteter Handels- und Investitionspolitik, ökologischer Zerstörung zu tun kriegt. Wie könnte es ander sein, denn das sind ja die Kräfte, die das Leben der Menschen ruinieren und den – wenn es hochkommt – nicht mitruinierenden, sondern Reparaturbetrieb Entwicklungshilfe erst auf den Plan rufen.

Deshalb: Informierter, konkreter als jede/jeder KritikerIn könnten sie Belege herantragen und Veränderungen reklamieren. Statt dessen gibt es – wir alle kennen sie wahrscheinlich – diese Entlastung suchenden (oft alkoholisierten) Also-sein-wir-doch-mal-ehrlich-Zwei-Uhr-Nachts-Gespräche, und ein Projekt, eine Maßnahme wie die andere, die wider besseren Wissens und schlechter Erfahrung vorgibt, den Rahmenbedingungen zu entgehen oder sich gar mit ihnen anzulegen. Oder, wie wir das neuerlich nennen, sie zumindest „abzufedern".

Was für ein Konzept: Eine Politik, die massiver als je in den letzten Jahrzehnten rekolonialisiert, d.h. Menschen ausbeutet, ihre Lebensgrundlagen zerstört und zugleich die Entwicklungspolitik beauftragt, diese durchaus bekannten Folgen, bitte schön, ein wenig abzufedern. Die ganze heutige Befassung der Entwicklungshilfe mit den Frauen, so wenig und so nicht mal halb- sondern bruchteilherzig sie stattfindet, gehört ja explizit in diesen Kontext des Abfederns.

„Anpassung mit Veränderung"

In dieser fatal strukturierten Welt ist, da sind sich alle einig, Anpassung nötig. Aber wir brauchen keine Anpassung, vor deren Folgen die Menschen geschützt werden müssen, sondern eine Anpassung für die Menschen; eine „Anpassung mit Veränderung", wie es die UN-Wirtschaftskomission für Afrika (ECA) vor Jahresfrist formulierte.(8) Und diese Veränderung muß eine sein, die immer und zu jeder Zeit als zentralen Bezugspunkt – denn wer sonst sind die Menschen? – das Verhältnis der Geschlechter und also auch die sozio-ökonomischen Konsequenzen jeglicher entwicklungsrelevanter Aktivität für Frauen mit im Auge hat. Wir brauchen Menschen, Männer und Frauen, die nicht aufhören, dies aus der Erfahrung ihrer Praxis heraus zu belegen und einzuklagen. Und wir brauchen Organisationen und Institutionen, die das nicht nur zulassen, sondern anhören, aufgreifen und in verändernde Praxis umsetzen. ●

1. Maria Mies: Patriarchat und Kapital, Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Berlin 1988.
2. Das DAWN-Papier: Morgenrot für die Feminisierung der Entwicklung. In: Peripherie Nr. 25/26 (1987), S. 143-163.
3. Ann Oakley: Sex, Gender and Society, London Templesmith, reprint 1976.
4. Gloria Scott: Recognising the Invisible Woman in Development: The World Bank's Experience, Word Bank 1989.
5. Giovanni Andrea Cornia, Richard Jolly and Frances Steward (eds): Adjustment with a Human Face. Prothecting the Vulnerable and Promoting Growth, Oxford 1987.
6. Mayra Buvinic: Projects for Women in the Third World: Explaning their Misbehavior. In: World Development, vol. 14 (1989), no. 5, pp. 653-64.
7. Kathleen Staudt: Women, Foreign Assistance and Advocacy Administration, Praeger, New York etc. 1985.
8. Rainer Falk: Afrikas Alternative zur orthodoxen Strukturanpassung. In: Weltwirtschaft und Entwicklung, 4.9.1989.

Aus: Informationen für die Frau
Zeitung des deutschen Frauenrats 2/90.

Foto aus: blätter des iz3w, Nr.100

Anzeige

atom Nr. 30

Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt 1:
Wie weiter mit deutsch-deutsch

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, unter der Bedingung der vollständigen Kapitulation der DDR und des bedingungslosen Anschlusses an die BRD stellt sich auch der Anti-AKW-Bewegug die Frage: Wie weiter mit deutsch-deutsch

Schwerpunkt 2:
Wendland-Widerstand

Der PKA-Widerstand befindet sich im Aufwind. Die letzten Wochen waren von einer ganzen Reihe verschiedenster Aktivitäten geprägt.
Diskussion-Interview-Chronik

Schwerpunkt 3:
Internationales

Ost-Europa, Spanien, USA, ...

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 25 DM Ab 5 Ex. 3DM (+ Porto)
Bestelladresse:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

FREIE SCHULE OFFENBURG

Freiwilligkeit ist nicht anerkennungswürdig!

Ein Interview mit Jutta Kraus über das Arbeitsverbot der Freien Schule Offenburg

Euer Antrag auf Anerkennung als Ersatzschule wurde dieser Tage vom Kultusministerium Ba-Wü abgelehnt. Das kommt praktisch einem Arbeitsverbot gleich. Wie sieht Eure aktuelle Situation aus?
Den Antrag auf Anerkennung als Ersatzschule haben wir vor ca. 3 bis 4 Jahren eingereicht. Er hat aber 2 Jahre geruht; es kam keinerlei Verlautbarung außer einem 14-Punkte-Katalog, den wir zu beantworten hatten, was wir auch gemacht haben. Danach fand auf unser Drängen hin ein Gespräch mit Herrn Blitzer vom Kultusministerium statt. Dieser Herr hat uns gleich gesagt: „Keine Chance!", uns aber entlassen mit der Maßgabe, daß wir unsere Konzeption nochmals überarbeitet einreichen können, weil sie bereits 1982 verfaßt worden war, als wir mit der Arbeit anfingen.
Was habt Ihr jetzt konkret auf den Tisch bekommen?
Wir haben die Ablehnung unserer Konzeption erhalten.
Ihr seid als Ersatzschule nicht anerkannt worden?
Nein. Im Artikel 7 des GG steht zwar, daß man eine Ersatzschule ins Leben rufen kann, wenn man ein „besonderes pädagogisches Interesse" nachweist. Diese Aussage ist aber sehr schwammig und in die Willkür der Kultusbürokratie gelegt.
Mit welcher Begründung ist Euer Antrag abgelehnt worden?
Mit der Begründung, daß eine Ganztagsschule nicht nur für die kleinen Kinder sei und daß sich kleine Kinder nicht entscheiden können, ob sie am Unterricht teilnehmen wollen oder nicht, was in unserer pädagogischen Konzeption enthalten ist.
Kannst Du bitte Eure pädagogische Konzeption etwas näher erläutern?
Wir haben den Antrag eingereicht für die 1. bis zur 4.Klasse sowie für die 5. und 6. Klasse als Orientierungsstufe, wie es in BaWü üblich ist. 1981 gab es eine Eltern-Lehrer-Initiative, die eine Freie Schule einrichten wollte. Weil es aber in Offenburg nach unserer Meinung keine Kindertagesstätte (Kita) mit besonderem pädagogischen Konzept gibt, haben wir zunächst einmal einen Kinderladen eröffnet. 1982 haben wir damit angefangen, d.h. ich kenne die Kinder alle schon von klein auf und 1987 haben wir mit der Schule begonnen. Die Konzeption war angeglichen an die acht Punkte, die vom Bundesverband der Freien Alternativschulen erarbeitet wurden: Es gibt keine strengen Klasseneinteilungen sondern altersübergreifende Gruppen. Wir finden es wichtig, daß die Großen und Kleinen voneinander lernen können. Darüberhinaus ist es ja erfahrungsgemäß so, daß heute Ein- bzw. Zweikindfamilien existieren, wobei wir es wichtig finden, daß die Kinder in einen größeren Zusammenhang kommen. Das können wir hier gewährleisten. Wir wollen auf jeden Fall eine kleine Schule bleiben, weil uns die Überschaubarkeit sehr wichtig ist. Desweiteren lehnen wir die Fächerteilung ab.

Der Tagesablauf sieht so aus, daß wir morgens zusammen frühstücken und dann mit den Kindern besprechen, was wir den Tag über machen. Darüberhinaus gibt es feste Angebote, wie z.B. Schwimmen-Gehen oder In-die-Bibliothek-Gehen (regelmäßig) oder der Besuch von Ausstellungen. Manchmal machen wir auch Ausflüge, wobei die Kinder ein Mitspracherecht haben. Darüberhinaus hat die Freie Schule Kreuzberg in diesem Frühjahr ein hervorragendes neues Buch herausgebracht, worin die Mitarbeiter ihre 10-jährige Erfahrungen verarbeitet haben. Darin wird ein neuer Begriff geprägt: „Autregungskultur", d.h. wir gehen davon aus, daß die Kinder etwa im Bereich Schreiben bereits ihre Zeichen machen, indem sie von klein an Zeichnungen machen. Dann machen wir uns kundig, was Kinderzeichnungen bedeuten. Ich sage den Kindern immer: „Eigentlich könnt ihr schon schreiben. Ihr habt Eure eigene Schrift!" Ich erzähle ihnen auch viel über die Entstehung der Schrift – wir haben darüber auch sehr viel Material da – wie die Schrift überhaupt in der Menschheit entstanden ist von der Bilderschrift bis zu der Schrift, die wir heute vereinbart haben.
Wieviel Kinder gehen denn in Eure Schule?
Es ist eine sehr kleine Gruppe. Ich möchte aber aus bestimmten Gründen keine Zahlen nennen. In der Kinertagesstätte sind es 20. Ein Kind soll momentan von der Polizei abgeholt und in die regelschule gebracht werden. Wir haben auch Anmeldungen für das neue Schuljahr im Herbst. Die Kita und die Schule sind im selben Haus, jedoch in getrennten Räumen. Aber der Übergang ist fließend. Bei manchen Projekten sind die Kleineren mit den Schulkindern zusammen.
Als weiteren pädagogischen Ansatz habt Ihr die Freiwilligkeit?
Das heißt aber nicht, daß ich die Kinder rennen lasse, wenn sie nicht mitmachen wollen, sondern daß ich danach schaue, woran es liegt, wenn sie bei bestimmten Angeboten nicht mitmachen und sie auch versuche zu bewegen, mitzumachen.
Und diese Konzeption ist nicht anerkennenswürdig?
Nein!
Wie habt Ihr Euch denn bisher finanziert?
Über Elternbeiträge. Die liegen in der Kita bei 260,- DM im Monat, wobei drei Mahlzeiten inclusive sind. Diesen Betrag haben wir auch für die Schule angesetzt. Ich selbst arbeite nebenher noch in der VHS, um mich über Wasser zu halten. Desweiteren arbeiten die Eltern mit. Jetzt macht gerade eine Mutter ein Ton- und Plastizierangebot, welches schon seit einem viertel Jahr stattfindet und sich größter Beliebtheit erfreut. Darüberhinaus haben wir Praktikantinnen, die aus ganz Deutschland kommen. Unser Schulhaus haben wir gemietet.
Habt Ihr einen Verein als Träger?
Wir haben einen Verein für die Kita und einen für die Schule.
Strebt Ihr nach der Anerkennung auch die Bezuschussung an?
Natürlich, aber nicht auf Biegen und Brechen! Es ist klar, da wir mit der Verwaltung reden müssen. Das Problem ist nur, daß man uns bisher kaum die Chance gegeben hat, abgesehen von der Stunde in Stuttgart, was aber kein Gespräch war. Der Typ kam rein und sagte: „Was wollt Ihr eigentlich? Wir haben die besten Schulen weit und breit!" Somit hat er schon überhaupt nicht mehr zugehört. Es wird ständig behauptet – so auch im Ablehnungsbescheid – daß unsere Schulen großartig seien und gesagt: „Wir brauchen Euch nicht!"
Diese Feststellung macht das Kultusministerium und nicht die Eltern, die ihre Kinder dorthin schicken? Das ist doch ein Witz!
Eben, eben! Wir können einen Ganztagesausflug machen, ohne vorher auf bürokratischen Wegen um Genehmigung nachzufragen. Z.B. haben wir „Ronja Räubertochter" gelesen und waren dann anschließend spontan auf einer Burg, um das dort quasi als Theaterstück nachzuspielen.
Welchen Weg wollt Ihr aufgrund der neuen Situation einschlagen?
Ich habe vor einem halben Jahr zum x-ten mal mit dem Rektor der PH in Freiburg gesprochen, bei dem ich einmal studiert habe, und er hat mir jetzt einen Lehrauftrag für Freie Schulen an der PH angeboten. Dabei wird auch ein langes Wochenende bei uns an der Schule stattfinden. Zu diesem Seminar kommen auch einige Leute aus Kreuzberg, um ihr neues Buch vorzustellen, was wirklich ein Einschnitt in der Pädagogik ist. Es ist hervorragend! Am Samstagmorgen findet dann eine Podiumsdiskussion mit landes- und Kommunalpolitikern statt.
Und wie sieht es mit dem Klageweg aus?
Nach dem Ablehnungsbescheid sind wir nun in Revision gegangen und wir werden auch einen Prozess beim Verwaltungsgericht in Freiburg und bei Oberverwaltungsgericht in Mannheim anstreben. Momentan wollen wir geduldet werden, bis das Bundesverfassungsgericht entschieden hat. Dazu hat die Freie Schule Kreuzberg eine Klage eingereicht. Es geht darum, welches Gremium überhaupt beteiligt sein soll, in Zukunft über das „besondere pädagogische Interesse" zu entscheiden. Bis jetzt macht das ja die Kultusbürokratie, die uns quasi als direkte Konkurrenz ansieht.
Was erhofft Ihr von diesem Urteil?
Vor zwei Jahren haben wir hier in Offenburg den internationalen Kongreß der freien Schulen durchgeführt. Es waren freie Schulen aus sechs europäischen Ländern vertreten, neben uns u.a. zwei Professoren aus Polen. Deutschland ist das einzige Land, in dem es eine Schulpflicht und nicht eine Unterrichtspflicht gibt wie überall sonst. In anderen Ländern können sich Eltern zusammenschließen, um eine Schule zu gründen, ohne Bußgeldbescheide, was bei uns die hauptsächliche Hürde ist. Wir streben an, daß das Bundesverfassungsgericht einen Angleich an Europa vornimmt. Es sind ja weltweit Bewegungen im Gang, die dem diametral gegenüberstehen, was nun hier passiert. Es werden jetzt viele Gesetze in Richtung Europa 92/93 angeglichen, und da geht es eben auch um diesen Artikel 7 GG und das Recht der Eltern auf freie Schulwahl, die ja im GG festgelegt ist. Das wollen wir vom Bundesverfassungsgericht festgeschrieben haben. Auch in der Annäherung mit der DDR geht es ja darum, ob es in verschiedenen Punkten eine Verfassungsänderung gibt. Auch in dieser Richtung muß etwas geschehen.
Erhofft Ihr Euch in irgendeiner Form eine Solidaritätsbekundung?
Das wäre natürlich ganz großartig!
Und wie könnte die konkret aussehen?
Zum einen haben wir ganz pragmatisch einen Topf für Bußgelder eingerichtet. Wir befürchten, daß da noch mehr auf uns zukommt. Wir können dies auf keinen Fall alleine tragen. Das andere ist, daß Eltern und Lehrer, die eine freie Schulwahl befürworten, dies in Stuttgart beim Kumi bekunden sollen. man könnte Unterschriften für diese Forderung sammeln. Eine Information darüber an uns ist aber immer wichtig.
Habt Ihr irgendeine Art von Kontakt zu den Waldorfschulen?
Wir sind gerade dabei, den Kontakt herzustellen. Hier in Offenburg ist ja eine Waldorfschule. Ich habe mit einzelnen Lehrern gesprochen, und die etwas liberaleren stehen auf jeden Fall hinter unserer Forderung. Die Abklärung mit dem Bund der Waldorschulen in BaWü soll noch erfolgen.
Habt Ihr von dem Kreativitätsfest gehört, das am 29. September in Stuttgart stattfinden soll und von der „Initiative Freies Bildungswesen" veranstaltet wird?
Wir sind darüber durch die Freie Schule Stuttgart informiert worden. Wir wollen auf jeden fall die Möglichkeit der Selbstdarstellung nutzen.
Mir geht es darum, bei den Menschen ein Bewußtsein für die Notwendigkeit von Freien Schulen und ihre Gleichberechtigung gegenüber staatlichen Trägern zu schaffen. Anzustreben wäre eine Bewegung für solche Forderungen, die irgendwann sogar die Mehrheit in der Bevölkerung darstellt, um auch eine gesetzliche Absicherung dafür zu erhalten. Ist das auch in Eurem Sinn?
Absolut! Die Freien Schulen sehen ja auch alle anders aus. Das zeichnet uns aus. Ich finde es ganz toll, daß Du die Initiative zu diesem Gespräch ergriffen hast.
Herzlichen Dank für Deine Bereitschaft zum Gespräch!

Das Gespräch führte Rainer E. Rappmann, Wangen/Allgäu

Anschrift:
Freie Schule Offenburg
Schneckenhaus
Friedrichstr. 63
7600 Offenburg
☎ (0781) 3 38 32
Solidaritätskonto:
Bezirkssparkasse Offenburg
(BLZ 664 500 50) Nr. 578 346

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

REZENSION

Apropos Lernen

Mit dem Buch „Apropos Lernen – Alternative Entwürfe und Perspektiven zur Staatsschulpädagogik" wurde ein von der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise bereits für Herbst 1988 angekündigtes, 304 seitiges Werk als Nachfolger des 1979 erschienenen Buches „Lernen geht auch anders" vorgelegt.

Die beiden Herausgeber Klemm und Treml setzen bei den LeserInnen eine allgemeine Kritik am Staatsschulwesen als gegeben voraus und haben den Band als Einführung in unterschiedlichste alternative Pädagogikkonzepte sowie gleichzeitig als Diskussionsgrundlage über diese Thematik angelegt.

Sie versuchen diesem Anspruch gerecht zu werden, indem sie in Zusammenarbeit mit einer Reihe engagierter Autoren international verschiedenste Ansätze der „anderen" Schule vorstellen.

Nach einem überraschenden Prolog, der Goethe quasi zum Mentor der Alternativpädagogik erhebt, wird das Buch in drei Schwerpunkte unterteilt:

Als nationale Entwicklungen werden Alternativschulen in BRD, Schweiz, Italien, England, USA und Israel vorgestellt.

Es folgen Skizzen der „Klassiker" Steiner, Montessori, Freinet, Neill, Blonskij und Freire, die – so sehr sie sich auch voneinander unterscheiden – die ganze Bandbreite der Kritik am gegenwärtigen Schulsystem noch immer, z.T. Jahrzehnte nach dem Tod ihrer Begründer, aufzeigen.
Es schließen sich im dritten Teil des Buches internationale Konzepte wie libertäre Praxis, Kinderrepublik, Schulkooperativen, Gemeinschaftsschulen und Antipädagogik an.
Gleich bei der ersten Durchsicht macht sich positiv bemerkbar, daß die MitarbeitEr (15 Männer, 2 Frauen) sich nicht mühsam zu einem homogenen Konzept zusammengestritten haben, sondern die Problematik vom jeweils eigenen Standpunkt aus betrachtet haben. Das war beim Vorgänger anders, bei dem vor allem aus älteren Quellen zitiert wurde. Allerdings liegt hier wohl auch der Grund dafür, daß mir die Beiträge tendenziell etwas unkritisch erscheinen.

Ein weiteres Problem ist der vorhersehbare Drahtseilakt zwischen dem Bestreben nach Vielschichtigkeit, Übersichtlichkeit und Handlichkeit, sowie dem damit verbundenen Zwang zu kurzen Einzelbeiträgen einerseits und der kaum vermeidbaren Gefahr, die Komplexität der Bildungsproblematik zu vernachlässigen, wichtige Einzelaspekte unbeachtet zu lassen und oberflächlich zu werden, andererseits.

Immerhin, dieses Buch ist vielschichtig, übersichtlich, handlich, verständlich und ist Einsteigern in die Thematik damit als ideale Lektüre zum Einlesen zu empfehlen. Und dieses Buch ist auch zum Teil oberflächlich und unkritisch. Hier ist nur zu hoffen – aber nicht vorauszusetzen – daß dieser Umstand als Chance zu regen Diskussionen über Vorstellungen, Erwartungen, Wirkungen, Perspektiven und Grenzen von Alternativpädagogik wie auch von Pädagogik generell genutzt wird.

Ein Beispiel soll das verdeutlichen: Im Anti-Pädagogik-Beitrag wird deutlich, daß 16 Seiten nicht ausreichen, um in Denkschemata einzuführen, die von der erzogenen LeserInnenschaft erst einmal eher im Fantasialand angesiedelt werden. Antipädagogik meint eben keine **andere** Erziehung, sondern **keine** Erziehung. Doch die umfassende Gesellschaftskritik eines von Braunmühl zum Beispiel läßt sich nicht mit ein paar Schlagworten („Erziehungskrieg") verständlich machen. Wenn der Autor von „Impulsen der Antipädagogik" schreibt, muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, eher an eine integrative Verwertbarkeit in pädagogischen Konzepten zu denken, anstatt Antipädagogik klar von jeglichen pädagogischen Ideen abzugrenzen. Solchermaßen verstandene Antipädagogik weicht den gesellschaftlichen Sprengstoff auf, der in ihr steckt, und führt bestenfalls zu libertärer Pädagogik. Hier wird der Beitrag undeutlich, bei mehr Ausführlichkeit wären die Intentionen des Autors wie der Antipädagogik-VertreterInnen sicher besser klar geworden. Auch daß es unter den Antipädagogik-Propagandisten selbst höchst unterschiedliche Ansätze z.B. zwischen den mehr neoliberal orientierten VertreterInnen und der Nürnberger Indianerkommune gibt, wird mit einem nichtssagenden Abschnitt abgetan.

Gewünscht hätte ich mir den Aufsatz eines/r SchülerIn, die „antipädagogisch" gelebt und dies sicher lebendiger und faszinierender beschrieben hätte, als das einem Akademischen Rat am Lehrstuhl für Pädagogik möglich ist.

Ein Buch mithin, das als Überblick etlichen interessierten Menschen zunächst ein paar Meter Literatur ersparen mag. Für den genaueren Einblick in den einen oder anderen Bereich läßt es sich allerdings kaum ohne entsprechende Fachbibliothek – Hinweise sind jeweils gegeben – auskommen. ●

Gerald Grüneklee

Ulrich Klemm und Alfred K. Treml (Hg.): Apropos Lernen – Alternative Entwürfe und Perspektiven zur Staatsschulpädagogik, AG SPAK 1989

Wer sich näher mit dem Thema „Anti-Pädagogik" befassen möchte, der/dem stehen die Anti-Pädagogik Reader 1 + 2 zur Verfügung. Beide sind im Selbstverlag erschienen, kosten 6,– DM und behandeln folgende Themen:
„Entwicklung einer Anti-Pädagogik" von G. Kern
„Jede Erziehung ist staatserhaltend" von E. v. Braunmühl
„Geschichte der Kindheit" von T. Straeker
„Erziehung der Sündenfall?" von Kern
„Anarchie und Pädagogik" von Kern
„Für einen Paradigmenwechsel" von Hinte/Höhr
Nr. 2:
„Dunkle Zukunft" von Rudi
„Können wir die Schuld abschaffen?" von Prof. Gottfried Mergener
„Die Schulpflicht als Rechtsaltertum" von Ra. Hans Moller
erhältlich bei:
Gerhard Kern, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid
Desweiteren gibt es unter obiger Adresse einen Arbeitskreis, der kontinuierlich zum Thema arbeitet. Wir suchen u.a. noch Leute, die zu folgenden Schwerpunkten in Bezug zur Anti-Pädagogik schreiben möchten:
„Der bürgerliche Bildungsbegriff"
„Feministische Schulkritik"
„Recht und Staat"
„(Schul)Verweigerung als Widerstand"
Wir freuen uns über jede/n MitstreiterIn.

DAS VERFLIXTE GELD – 7. FOLGE

Schulden und Zinsen

Das Schuldenproblem nimmt mit der Zinshöhe zu. Wer oder was aber bestimmt die Zinshöhe? Warum muß man überhaupt Zinsen zahlen?

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Wenn eine Hausfrau einer anderen ein Pfund Zucker leiht oder ein Bauern einem anderen einen Zentner Saatkartoffeln, werden beide sich damit zufrieden geben, wenn sie das Verliehene in gleicher Güte und Größe zurückerhalten. Wenn aber Zucker und Saatkartoffeln knapp und nicht jederzeit erhältlich sind, wird man sie nicht so gerne verleihen, es sei denn, gegen ein gewisses Entgelt, eine Art Freigabeprämie. Diese Prämie entspricht in etwa dem Knappheitsaufschlag, den man auch beim Verkaufen einer Ware erhält, wenn die Nachfrage über dem Angebot liegt. Auf einem freien Markt lockt dieser zusätzliche Knappheitspreis Wettbewerber auf den Plan, wodurch das Angebot vergrößert und der Aufpreis herunterkonkurriert wird.

Der Zins ist also genaugenommen kein Leihpreis für Geld, sondern ein Aufpreis, den man über die Rückgabe des Ausgeliehenen hinaus erhalten kann, solange die Nachfrage über dem Angebot liegt. Da außerdem Geld, im Gegensatz zu Kartoffeln oder Zucker, nicht verdirbt und damit nicht unter Angebotsdruck steht, ist das Geld allen dafür einzutauschenden Gütern und Leistungen überlegen. Aus diesem Grund hält man sein Geld lieber in der Hand als jedes dafür einzutauschende Gut, und damit ist seine Knappheit vorprogrammiert. Als Folge davon kann für Geld auch dann ein Knappheitspreis gefordert werden, wenn es im Grunde genug davon gibt. Geld verknappt sich also gewissermaßen „von selbst", weil man es – seiner Vorteile wegen – unter einem bestimmten Leihpreis, dem Zins, nicht hergibt.

Während man beim Verkauf von Gütern – z.B. von Tomaten – nur unter bestimmten Umständen einen Knappheitsaufschlag kassieren kann, ist das beim Geld immer der Fall. Und während der Tomatenhändler zum Angebot gezwungen ist, will er nicht alles verlieren, steht der Geldverleiher unter keinem Angebotszwang. Im Gegenteil: Seine „Ware" gewinnt sogar durch Zurückhalten, da er damit die Knappheit vergrößert und den Leihpreis in die Höhe treibt. Das heißt, bei allen Gütern, die fast alle der Alterung und dem Verderben unterliegen oder zumindest Lagerkosten verursachen, ist der Käufer König und seine Nachfrage bestimmt den Markt. Beim Geld aber ist der Verleiher König, und der Leiher muß den verlangten Preis akzeptieren. Außerdem kann der Käufer, wenn ihm ein Preis überhöht erscheint, auf eine andere Ware ausweichen, z.B. von Tomaten auf Gurken oder Paprika. Wer Geld braucht, hat keine Alternative. Geld ist ein Monopolgut, und Monopolgüter – auch wenn sie breit gestreut sind – ermöglichen immer eine Überlegenheit am Markt.

Aufgrund dieser Tatbestände kann der Zins, im Gegensatz zu Knappheitspreisen am Gütermarkt, nie gegen null heruntergehen. Er kann allenfalls über jenem Level schwanken, der sich als Mindestforderung eingespielt hat. Für langfristige Geldverleihungen liegt dieser Level in der Bundesrepublik beispielsweise bei sechs Prozent. Sinkt dieser „Kapitalmarktzins" – der Zins für festverzinsliche Wertpapiere – auf diese Höhe ab, läßt die Bereitschaft zu längerfristigen Ausleihungen nach. Als Folge dieser Reaktion verknappt sich das Angebot und verhindert ein weiteres marktgerechtes Absinken. Da aber die Wirtschaft (und immer mehr auch die Staaten!) auf langfristige Kredite angewiesen sind, bleibt die Nachfrage relativ konstant und führt schließlich zu einem Wiederanstieg der Zinsen, vor allem, wenn zusätzlich die Preise in die Höhe gehen.

Solange aber die Zinsen in einer Volkswirtschaft ständig positiv sind und damit alle Schuldner mehr zurückgeben müssen als sie geliehen haben, bleibt der Zwang zum Wirtschaftswachstum ebenso bestehen wie der zu einer ständigen Neuverschuldung. Denn wenn die volkswirtschaftliche Leistung nicht in dem Umgang gesteigert werden kann wie die Zinslasten wachsen, kann man dem Bankrott nur durch dauernde Höherverschuldung aus dem Wege gehen. Wir erleben das seit Jahren nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch bei der Überschuldungsentwicklung in vielen westlichen und östlichen Ländern, vor allem im Bereich der Staatsverschuldungen.

Wie rasch wachsen die Staatsverschuldungen?

In den USA ist die öffentliche Verschuldung in den letzten 10 Jahren von 1.000 Mrd. Dollar auf 3.000 Mrd. angestiegen. Der durchschnittliche Anstieg lag also bei 200 Mrd. im Jahr, pro Tag (geht man von 250 Banktagen aus) bei 800 Mio. Dollar. Alleine von der staatlichen Finanzverwaltung in den USA wurden also täglich für 800 Mio. Dollar Neukredite geordert, und zwar zusätzlich zu der noch größeren Nachfrage durch Unternehmen und Privathaushalte. Und da in den USA diesem Kreditbedarf keine ausreichenden Ersparnisse gegenüberstehen, mußte man die benötigten Mittel zunehmend im Ausland aufnehmen, vor allem in Japan und in der Bundesrepublik. Die USA lebt also nicht nur auf Pump über ihre Verhältnisse, sie muß, als Folge davon, jedes Jahr höhere Zinszahlungen an die Gläubigerländer leisten, was mit entsprechenden Reichtumsabflüssen aus den USA verbunden ist. Verhindern könnte die USA diesen Abfluß nur, wenn sie im Umfang der wachsenden Auslandsverschuldung ihre Exportüberschüsse steigern könnte. In Wirklichkeit aber werden die Folgen der Überschuldung noch durch ein Außenhandelsdefizit verstärkt.

In der Bundesrepublik sind die öffentlichen Verschuldungen von 1978 bis 1988 zwar nicht (wie in den USA) auf das Dreifache, wohl aber auf das 2 1/2 fache angestiegen. Beim Bund alleine stiegen in den zehn Jahren die Schulden von 178 auf 475 Mrd. DM, während die Einnahmen nur von 171 auf 243 Mrd. zunahmen. Ende 1988 war also die Verschuldung des Bundes bereits doppelt so hoch wie die Einnahmen, und die Zinszahlungen aller öffentlichen Kassen waren mit rund 63 Mrd. DM deutlich höher als die Ausgaben für Rüstung und Verteidigung.

Vergleicht man die einzelnen Sektoren, dann nahm die Verschuldung des Staates von 1978 bis 1988 um 144 Prozent zu.

Zinsen hin, Schulden her,
den lieben ÖWIs wünsch ich doch immer
volle Taschen, dicke Bäuche und breite Köpfe

In den selben zehn Jahren stieg das Bruttosozialprodukt, also die Leistung unserer Volkswirtschaft, nur um 51 Prozent, die Nettolohn- und -gehaltssumme sogar nur um 44 Prozent. Das heißt, die Verschuldungen nahmen bei uns zwei- bis dreimal rascher zu als Leistung und Arbeitseinkommen!

Die gesamten Verschuldungen unserer Volkswirtschaft, also die von Staat, Unternehmen und Privathaushalten zusammengenommen, sind in den zehn Jahren von 1.915 Mrd. DM auf 3.785 Mrd. angehoben wirden, im Jahresdurchschnitt also um 187 Mrd. DM. Rechnet man diese Größe einmal auf die 250 Banktage im Jahr um, dann mußten täglich etwa 748 Mio. DM zusätzliche Schulden aufgenommen werden. Daran war allein der Staat mit 222 Mio. beteiligt.

Die Banken in der Bundesrepublik müssen jedoch nicht nur täglich 748 Mio. DM neue zusätzliche Kredite gewähren oder vermitteln, auch der Altbestand der Schulden, der laufend getilgt wird, muß durch neu gewährte Kredite ersetzt werden. Geht man davon aus, daß die Gesamtkredite der Banken Ende 1989 bei 2.600 Mrd. DM lagen und die durchschnittliche Laufzeit bei drei Jahren, mußten an jedem Banktag etwa 10.400 Mio. umgeschuldet, d.h. gelöscht und neu vergeben werden. Zusammen mit der Ausweitung der Verschuldung in Höhe von 748 Mio. DM stehen also täglich Schuldenbuchungen von insgesamt rund 11.150 Mio. DM an, mehr als das Vierfache der täglich erarbeiteten Nettolöhne und -gehälter.

Wen wundert es bei alledem, daß die Türme der Banken in Frankfurt immer höher schießen und selbst im letzten Dorf die Volksbank meist das imponierendste Gebäude ist! Und daß mit dem Überwachstum der Bankgeschäfte auch der Einfluß der Geldinstitute zunimmt, auf der wirtschaftlichen Ebene ebenso wie auf der politischen, ist kaum verwunderlich. Doch darf bei alledem nicht vergessen werden, daß die Banken nur im Gleichschritt mit den Geldvermögen wachsen können, die ihnen zur Weitervermittlung überlassen werden. Die Entwicklung und Verteilung dieser Geldvermögen soll in der nächsten Folge näher durchleuchtet werden. ●

REZENSION

Nord-Süd-Konflikt: Zum Beispiel...

Hagemann, Helmut; Pollmann, Uwe: **Zum Beispiel Amazonas**. Göttingen: Lamuv-Verlag, 1989. 96 S., (Lamuv Taschenbuch: Süd-Nord; 71)
Streich, Jürgen: **Zum Beispiel Atomwaffen**. Göttingen: Lamuv-Verlag, 1989. 96 S., (Lamuv Taschenbuch: Süd-Nord; 67)
Devivere, Beate v.; König, Karin: **Zum Beispiel Frauenprojekte**. Göttingen: Lamuv-Verlag., 1989, 96 S., (Lamuv Taschenbuch: Süd-Nord; 68)
Launer, Ekkehard: **Zum Beispiel Holz**. Göttingen: Lamuv-Verlag, 1989. 96 S., (Lamuv-Taschenbuch: Süd-Nord; 72) jeweils DM 7,80 /sFr 6,60 / ÖS 60,80

Nach eigenem Anspruch will die Reihe die ‚komplizierten Verhältnisse zwischen 'Dritter Welt' und Industrienationen anhand konkreter Beispiele aufgreifen, verständliche Hintergrundinformation liefern, Zusammenhänge deutlich' machen und Anregungen geben, wie jeder sich ‚weiter informieren und engagieren kann". Die Autoren setzten sich in bisher 31 Bänden mit Problemen einzelner Gruppen, mit bestimmten Regionen bzw. mit spezifischen Problemkreisen auseinander.

Dieses Konzept findet auch in den hier genannten Bänden seinen Niederschlag. Mit einem eindrücklichen Beispiel oder mit einem praxisorientierten Überblick wird der Leser jeweils in das Thema eingeführt. Die folgenden Kapitel bieten einen Abriß der historischen Zusammenhänge und Ursachen des jeweiligen Problemkreises. Anhand von Zahlenmaterial breiten die Autoren Erscheinungsformen und Auswirkungen der Mißstände aus:

Die Zerstörung der Regenwälder: Das durch Rodung gewonnene Land bleibt weder den kleinen Bauern erhalten, welchen es ursprünglich zugedacht war, noch ist der erhoffte Ertrag zu realisieren.

Gefahr der Atomwaffen: Auch wenn diese nicht eingesetzt, sondern nur erprobt werden, sind sie Ursache von Zerstörung und Langzeitschäden.

Die Frauen in der 3. Welt: Sie leisten den Großteil der praktischen Arbeit, tragen die Verantwortung für die Familie, hatten aber bis vor kurzer Zeit nicht einmal auf dem Papier irgendwelche Rechte. Auf diese Situation reagierten sie mit der Gründung von Selbsthilfegruppen, die heute in verschiedenen Gebieten effektiv arbeiten.

Ausbeutung der Edelhölzer: Sie könnten in ihrer Heimat wichtigere Funktionen erfüllen als bei uns eine schöne Fassade abzugeben.

Zur Illustration werden Interviews mit Betroffenen und Fachleuten wiedergegeben und aktuelle Zeitungsartikel abgedruckt. Die letzten Kapitel sind der Suche nach Lösungsmöglichkeiten gewidmet. Als Denk-, Lese- und Aktionsanregung sind weiterführende Literatur und Kontaktadressen aufgelistet.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

REZENSION

Zur Aufwertung der Alternativen Arbeit

Üblicherweise wird die Alternative Ökonomie von der Industriesoziologie ignoriert. Was haben auch Selbsthilfeprojekte, Eigenarbeit oder Selbstverwaltete Betriebe mit der Industriearbeit gemein? Wieland Jäger, Arbeitssoziologe in Hagen, ist anderer Auffassung: Bei seinem Bemühen, den besonderen Charakter der gesellschaftlichen Veränderungen herauszuarbeiten, spielt „Alternative Arbeit" eine Schlüsselrolle. „Industrielle Arbeit im Umbruch" heißt seine Publikation zur Analyse aktueller Entwicklungen.

Unmittelbarer Nutzen für die Arbeit im Projekt oder SVB wird der Lektüre erst einmal nicht entspringen, aber das ist kein Grund, dies Buch beiseite zu legen: Es bietet einen klar gegliederten Überblick über die gegenwärtigen umfassenden Veränderungen der Industriearbeit infolge neuer Techniken und verschafft kritische Einsicht in die aktuelle industriesoziologische Literatur. Wer sich diesbezüglich informieren möchte, ist mit dieser pointierten, verständlichen und unaufdringlich didaktisch aufbereiteten Schrift gut bedient. Eingeleitet wird das Buch mit einer knappen Darstellung der durch die Informations- und Kommunikationstechniken aufgeworfenen Probleme. Deren Analyse führt dann zur Betrachtung der gesellschaftlichen Bedingungen der Einführung und Anwendung dieser Techniken und zur Darstellung der Ergebnisse industriesoziologischer Bemühungen. In einer vorläufigen Bilanz skizziert Jäger dann die zu erwartenden Trends des Umbruchs der Industriearbeit. Die Leitfrage der Publikation „Wohin geht die Industriearbeit" kann verständlicherweise nicht abschließend beantwortet werden. Ihre Wiederholung am Ende des letzten Kapitels kann nur Aufforderungscharakter haben, den Prozeß politisch zu beeinflussen und praktisch zu beantworten. Die Schrift bietet genügend Material und Informationen, um dazu beizutragen.

Gestaltbarkeit der Technik-Entwicklung

Wenn Jäger die Dimension des zu erwartenden Veränderungsprozesses deutlich zu machen sucht, vermeidet er es, dem Mythos von der menschenleeren Fabrik zu verfallen. Zwar ist von den neuen Techniken eine Prägung der gesamten Lebensumwelt zu erwarten, aber die menschliche Arbeit bleibt weiterhin unverzichtbar. Verändern wird sich die industrielle Produktion insgesamt und der Charakter der industriellen Arbeit. Neue Formen der Arbeitsorganisation werden nötig und möglich, die Arbeitspolitik mit gänzlich veränderten Bedingungen konfrontiert und das gesellschaftliche Verhältnis der Arbeit umgewälzt. Mit der Mikrotechnologie steht ein enormes Rationalisierungspotential zur Verfügung, welches nicht nur die mehrfache Spaltung des Arbeitsmarktes zur Folge haben wird und unverändert hohe Arbeitslosigkeit trotz Konjunktur, sondern vor allem aufgrund des Systemcharakters der neuen Techniken und ihrer Beschaffenheit als Informationstechnologien, den Zugriff auf die geistige Arbeit und die Ganzheit der Arbeitsabläufe ermöglichen. Ohne Zweifel werden auch die betrieblichen Machtverhältnisse neu definiert. Jäger lehnt dennoch die Alternative „Fluch" oder „Segen" der Technik ab. Für ihn ist die Technikentwicklung gegeben und unaufhaltsam, er sieht die konkrete Anwendung jedoch als gestaltbar an. Der Begriff der „Gestaltbarkeit" klingt angesichts der von ihm selbst dargestellten Entwicklungstendenz etwas zu optimistisch, zumal auffälligerweise die Frage der Umsetzbarkeit einer Gestaltungspolitik nicht thematisiert ist. Zuzustimmen ist ihm jedoch darin, daß der Technikeinsatz steuerungsbedürftig und sicher auch politisch beeinflußbar ist. Angesichts der Dringlichkeit einer politischen Bestimmung der Ziele für eine Technikentwicklung vermißt Jäger zur Recht Konzepte für eine arbeitnehmerorientierte Technikpolitik und kritisiert geradezu versöhnlich die enormen Defizite der Sozialforschung hinsichtlich einer methodischen Verbindung von Analyse und Umsetzung von technischen Entwicklungen im Sinne einer humaneren Technikentwicklung.

Jägers kritische Rezension der gesellschaftstheoretischen Versuche, die Entwicklungsrichtung des gesellschaftlichen Prozesses zu bezeichnen, zeigt, daß dieser nicht zu einer „Informations-", „Kommunikations-", „Flexibilisierungs-" oder gar „Versöhnungsgesellschaft" führen wird. Unsere Gesellschaft wird auch in Zukunft „Industriegesellschaft" bleiben, jedoch wird sich ein neuer Typus von Industriearbeit herausbilden. Auch die Arbeit soll Jäger zufolge nicht ausgehen, die Industriearbeit wird etwas zurückgedrängt zugunsten anderer „lebenserhaltender Tätigkeiten". Der Autor geht soweit, von einem Trend zur „Aufwertung der Arbeit" zu sprechen, die sich in dieser Umbruchsitutation andeute.

Humanerer Arbeitsbegriff

Endlich ist Gelegenheit von der alternativen Arbeit zu sprechen. Denn diese „Aufwertung der Arbeit" ist derzeit auf die Industrie bezogen überaus umstritten. Jäger kritisiert zwar allzu euphorische Einschätzungen und korrigiert sie deutlich nach unten, betont aber, daß vieles auf eine Aufwertung hindeute. Ganz sicher ist er sich aber darin, daß die Arbeit in alternativen Betrieben und Projekten, auch wenn sie keine Erwerbsarbeit sei, die Elemente eines neuen humanen Begriffs von Arbeit aufweise: Eigenbestimmung, Selbstverwirklichung, Identifikation mit der Arbeit als Leitideen führen zur konkreten Gestaltung einer Alternative zur herkömmlichen Arbeit. „Für die Entwicklung neuer Strukturen, Institutionen und sozialen Kompetenzen geben die Alternativbetriebe Anstöße und Impulse für ein „anderes", Menschen, Umwelt und Natur schonendes Wirtschaften, praktische und lebensfähige Beispiele." (S. 96) Das Spannungsverhältnis zwischen Transformationstendenzen der Betriebe und ihrem utopischen Charakter bilde die Grundlage für die Zukunft der Alternativbetriebe.

Die alternative Arbeit nimmt so eine Entwicklung vorweg, die in der Industriearbeit der Zukunft einerseits zwar technisch angelegt wäre, der aber politisch erst noch zum Durchbruch verholfen werden müsse. Jäger fordert daher nicht nur, die Beeinflußbarkeit der technischen Entwicklung zu erkennen, sondern vor allem eine Politisierung der Rationalisierung in Richtung auf die Durchsetzung einer humanen Arbeit.

Vielleicht steuert die positive Bewertung alternativer Arbeit ein wenig dem verbreiteten Pessimismus und Skeptizismus der Alternatiszene entgegen. Gerade der Kontrast zur industriellen Arbeit kann eine hilfreiche Korrektur allzu überzogener Hoffnungen und Vorstellungen von der Praxis alternativen Arbeitens darstellen.(Soweit der Nutzen für „alternative" LeserInnen?) Ob Wieland Jäger die industrielle Entwicklung nicht zu optimistisch sieht und die Gewalt der kapitalistischen Technikentwicklung unterschätzt, ist für mich eine offene Frage. ●

Thomas Hardwig, Göttingen

Wieland Jäger, Industrielle Arbeit im Umbruch, Zur Analyse aktueller Entwicklungen, Deutscher Studien Verlag Weinheim 1989.

PROJEKTGRÜNDUNG

Kooperative '90

Der Verein „Kooperative '90" arbeitet an dem Konzept eines größeren Lebensprojektes und sucht noch Menschen, die Interesse haben, ein solches Projekt mitaufzubauen.

Redaktion Heidelberg ● Unsere Welt ist gekennzeichnet durch eine immer größer werdende Bevölkerungsdichte. In unserer Gesellschaft sind manche dadurch auftretende Probleme gemeistert: Hunger und materielles Elend sind Ausnahmeerscheinungen – auf Kosten einer rasant ansteigender Umweltbelastung und auf Kosten einer immer ungleicher werdenden Verteilung lebensnotwendigen Ressourcen. Und der Mensch lebt nicht von Brot allein: Selbst eine Beschränkung des Blicks auf die scheinbar reichen Industriegesellschaften kann nicht beglücken. Einsamkeit, Kindesmißhandlung, Alkoholismus sind die Begleiter unseres „Erfolges". Geburt und Tod sind uns fremde Vorgänge geworden.

Wir sind solchen Umständen aber keineswegs ausgeliefert. Es ist möglich und notwendig, in der gegebenen Situation das eigene Leben zu gestalten, lustvoll und in einem größeren Sinne vernünftig. Wir haben uns als Rahmen das Leben in einer Gruppe ausgesucht, dies aus vielerlei objektiven und persönlichen Gründen. Es ist dies in unserer Gesellschaft eine seltene Lebensform geworden. Daher rührt für den Betrachter wie auch für uns selber der Charakter eines „Projekts".

Wir haben unsere alten Vorlieben und Macken, unsere ganze Geschichte mit in dieses Projekt gebracht. Doch mit der Zeit werden wir fast alle Lebensbereiche im Hinblick auf ihre Gültigkeit hinterfragen müssen. Im Bereich von Arbeitsformen, Kommunikation, Liebe und Sexualität und den Umgang mit Kindern haben wir zum Teil krankmachende Strukturen verinnerlicht. Um an Leib und Seele zu gesunden, müssen wir umlernen und neue Denk-und Handlungsweisen erproben.

Wir planen im Jahr 1992 den Ankauf eines größeren Anwesens, das Raum für ca. 50-60 Personen bieten soll. Der Standort ist noch offen, wir werden uns aber bei unserer Suche auf NRW konzentrieren.

Auf dem neuen Gelände sollen verschiedene Lebensformen – in Gruppen, Familien, Paaren, alleine – einen gemeinschaftlichen Rahmen erhalten. Dies soll durch einen Konsens über grundlegende Lebensfragen sowie eigene Firmen, zentrale Küche, gemeinschaftliche Kinderbetreuung, kulturelle und politische Aktivitäten geschehen.

Uns ist dabei wichtig, den individuellen Freiraum jedes Einzelnen zu wahren und zu fördern, ohne jedoch das Ausbluten der gemeinschaftlichen Substanz vorzuprogrammieren. Eine Gemeinschaft, gleich welcher Art, wird nur funktionieren, wenn jeder etwas hineingibt. Gemeinschaftliche Disziplin und individuelle Vielfalt – dazwischen heißt es, eine ausgewogene Balance zu finden.

Ebenso wichtig ist es uns, keine Insel zu schaffen. Der Kontakt nach „außen" soll über Arbeit, persönliche Bindungen, politisches und kulturelles Geschehen gewährleistet werden. Wir suchen nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit ähnlich orientierten Gruppen, wie „die Grünen", Greenpeace, BUND etc.. Die Art von Gemeinschaftsleben, wie wir sie uns vorstellen, wird das moderne Pedant zur Großfamilie früherer Zeiten sein. Wohnmöglichkeiten für Ältere sollen ebenso geschaffen werden wie eine qualifizierte Ganztagskinderbetreuung, wobei die zentrale Rolle der Eltern bei der Kindererziehung unserer Erfahrung nach nicht ersetzt werden kann und soll.

Innerhalb des Projekts werden eine Reihe von Arbeits- und Ausbildungsplätzen eingerichtet. Wir streben qualifizierte und sinnvolle Arbeitsbereiche an, im ökologischen wie persönlichem Sinn. Welche Art diese sein werden, hängt vor allem von den Menschen ab, die in das Projekt einsteigen.

Es wird eine Gemeinschaftskasse geben, in die jeder Bewohner nach einen festgelegten Schlüssel einzahlt. Dadurch wird ein Ausgleich zwischen extrem verschieden hohen Einkünften geschaffen. Der Gemeinschaftsbeitrag wird so bemessen, daß ein Ausbau des Gesamtprojektes ermöglicht wird, jedoch soll ein angemessener Betrag an privatem Geld verbleiben.

Wir planen verschiedene Arten der Mitgliedschaft, mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten. Eine Machtanhäufung bei einzelnen soll ebenso ausgeschlossen werden wie eine ungeordnete Anarchie. Hier gilt es, eine alltagstaugliche, überschaubare Organisationsform zu finden.

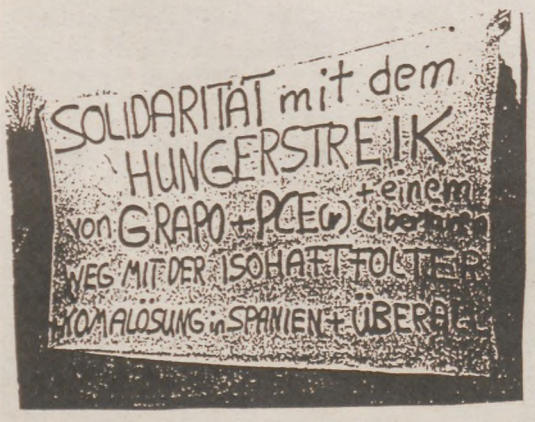
Wir werden, was den Umgang mit Lebensmitteln, Energie- und Wasserversorgung, Verkehr und ähnlichen Brennpunktthemen angeht, uns um die ökologisch sinnvollste Lösung bemühen.

In den verbleibenden zwei Vorbereitungsjahren werden wir unser Konzept vertiefen, eine Finanzierungsstrategie erarbeiten und last but not least Menschen suchen, die Lust haben, in einem solchen Projekt zu leben und mit uns zusammen bereit sind, Aufbauarbeit zu leisten.
Für Interessierte bieten wir am
2./3. Juni 1990 ein Wochenende zum Thema „Projekt" an.
Anmeldung und Information bei:
(Unkostenbeitrag ca. 30 DM)
„Kooperative '90"
Sinziger Hof
5167 Vettweiß 4

SPANIEN

Über 100 Tage Hungerstreik der politischen Gefangenen

Vor mehr als 100 Tagen haben 50 revolutionäre Gefangene, KämpferInnen von PCE(r) und GRAPO, einen Hungerstreik begonnen, um sich gegen die Aggressionen zu verteidigen, denen sie von Seiten der PSOE-Regierung ausgesetzt waren.



Das sind schon mehr als drei Monate Kampf für die Würde der Gefangenen und dafür, daß ihre elementarsten Rechte respektiert werden, um während der Zeit ihrer Haft minimale nützliche Aktivitäten wie Studium und Arbeit durchführen können. Dafür, daß sie normale Beziehungen mit ihren Familienangehörigen und FreundInnen aufrechterhalten können. Nichts aus einer anderen Welt.

Trotzdem verweigert die PSOE in diesem Moment, zu dem die meisten der Streikenden sich in verschiedenen Krankenhäusern in einem kritischen Zustand befinden, weiterhin jedes Eingehen auf diese gerechten und einfachen Forderungen.

Die PSOE, daran gewöhnt, ihre Interessen mit Gewalt durchzusetzen, dachte, daß sie die politischen Gefangenen in den Gefängnissen leicht unterwerfen könnte. Dabei vertrauten sie auf die Wehrlosigkeit, in der sich die RevolutionärInnen befinden, und glaubten, daß sie auf diese Weise den revolutionären Kräften und den sozialen und demokratischen Gruppen, die wir auch auf der Straße gegen die Überheblichkeit, die Arroganz und die Angeberei der Felipe-Senores eintreten, einen harten Schlag gegen ihre Überzeugung versetzen könnten.

Sie wollten die Volksbewegung schwächen, indem sie gegen ihre besten KämpferInnen, gegen die Selbstlosesten, gegen die besten Kinder unseres Volkes vorgehen. Aber einmal mehr ging der Schuß nach hinten los. Die politischen Gefangenen sind auf die Erpressung, aufzugeben, nicht eingegangen. Sie haben auf die Aggression mit Widerstand geantwortet, auf die einzige Art und Weise, die sie haben: durch einen unbefristeten Hungerstreik. Sie riskieren ihr Leben, damit wir alle erfahren können, was in diesen Höhlen der Folter und der Vernichtung vor sich geht, damit wir noch deutlicher die wahre Natur unserer Regierung sehen können.

Es ist klar, daß die PSOE die gefangenen GenossInnen ihre Kühnheit teuer bezahlen lassen will, die Kühnheit, sogar aus dem Gefängnis und ohne Hilfe gegen die stille Unterwerfung, die die PSOE-Regierung von ihnen wollte, zu kämpfen trotz der Drohung mit Vernichtung. Die PSOE will sie mit mehreren toten Streikenden die politische Niederlage zahlen lassen, die sie ihr beigefügt hat. Und nur die, die draußen sind, können das verhindern, denn sie machen schon alles, was sie können: sie setzen den Widerstand fort. Das ist schon viel, wenn wir an die Folter der Zwangsernährung denken, die nur das Ziel hat, sie noch mehr leiden zu lassen und ihr Leiden verlängern, damit sie den Streik aufgeben.

Sie sind im Gefängnis, weil sie für die selben Dinge kämpfen, für die wir auch kämpfen. Sorgar einige der Freiheiten und Rechte, die wir heute genießen, sind auf gewisse Weise das Ergebnis ihres Kampfes und ihres Einsatzes.

Wir alle haben eine moralische Verpflichtung für sie. Wir können sie nicht im Stich lassen, sie brauchen jetzt unsere Unterstützung und unsere Solidarität. Ihr Leben hängt von unserem Einsatz ab, davon, ob wir an allen Initiativen teilnehmen, die zur Unterstützung der Hungerstreikenden gemacht werden, und ob wir selber Initiativen entwickeln, an unserem Arbeitsplatz, in unseren Wohnvierteln etc.. Der Kampf für die Würde in den Gefängnissen ist auch ein Kampf für die Würde an unserem Arbeitsplatz, im Wohnviertel oder in der Universität. Es ist der selbe Kampf, und nur solidarisch und durch gemeinsamen Kampf können wir die Felipisten und ihre Mitläufer besiegen.

Hoch die Solidarität mit den politischen Gefangenen!
Die Gefangenen im Streik dürfen nicht sterben!

Vereinigung der Angehörigen und FreundInnen der politischen Gefangenen AFAPP.

OFFENER BRIEF ZUM HUNGERSTREIK

Wir, die Mütter, Familienangehörigen und FreundInnen der politischen Gefangenen von PCE(r) und GRAPO im Hungerstreik, möchten der Öffentlichkeit unsere Entscheidung mitteilen, die Besetzung (eher Einschließung) zu beenden, die wir seit dem 22. Dezember beim Roten Kreuz zur Unterstützung des Kampfes unserer Kinder gegen die politische Rohheit, die ihnen diese Regierung in den Gefängnissen auferlegt hat, durchgeführt haben.

Wir haben diese Entscheidung getroffen, weil wir denken, daß die Ziele, die wir mit dieser Besetzung verfolgten, im wesentlichen verwirklicht sind: Wir haben drei Monate lang für diesen Kampf öffentlich protestiert, und wir konnten vor allem dort die Solidaritätsbekundungen entgegennehmen, die uns sowohl aus unserem Land als auch aus dem Ausland von verschiedenen Organisationen und sozialen Gruppen jeden Tag zugegangen sind. Die Verbindungen, die wir mit all diesen Menschen aufgebaut haben, können nicht leicht aufgelöst werden.

Daß wir diese Besetzung aufgeben, bedeutet nicht, daß wir damit aufhören, mit all unserer Kraft den Kampf unserer Kinder zu unterstützen, denn der Hungerstreik geht weiter und sie leiden weiter unter der Folter der Zwangsernährung, die sie in permanenter Agonie hält, und die Regierung hält nicht nur ihre sture und seelenlose Position aufrecht, sondern verstärkt sogar die Repression, die Zwangsmaßnahmen und bringt ihre Verlegungspläne zum Abschluß.

Angesichts dieser Situation denken wir, daß es heute nötiger denn je ist, unsere Stimme in den Straßen zu erheben, wobei wir den Kampf und die Forderungen der politischen Gefangenen mit den Kämpfen der ArbeiterInnen, der StudentInnen und anderer Volkssektoren verbinden müssen. Nur so können wir die Solidarität ausdehnen und die nötige Unterstützung erhalten, um die Regierung zu zwingen, ihre kriminelle Politik zu beenden und auf die Forderungen der Gefangenen im Streik einzugehen. Das Leben unserer Kinder und das Ende ihrer Folter hängen nun von diesem kollektiven Einsatz ab, und auf ihn werden wir unsere Aktivitäten konzentrieren bis zum Letzten.

Vereinigung der Angehörigen und FreundInnen der politischen Gefangenen AFAPP, Madrid, 27. März 1990.

JOBS

Werk statt Schule e.V., selbstverwalteter Betrieb in Hannover, sucht für sofort eine/n Kollegin/en für die Ver- und EntsorgerInnen-Ausbildung Fachrichtung Abfall (Benachteiligtenprogramm). Aufgabenbereiche: Vermittlung der theor. und handwerkl. Ausbildungsinhalte (z.B. Metall, Installation).
Info: Werk statt Schule
Kniestr. 9-10
3000 Hannover 1
☎ (0511) 700 05 40

Frankfurter Zimmereikollektiv sucht
2 Gesellinnen oder Gesellen,
die Lust haben, bei uns mitzuarbeiten.
Ökotopia-Bau GmbH
Friedberger Landstr. 298
☎ (069) 597 07 71

Schreinerei, geleitet in gemeinsamer Verantwortung der Tätigen, sucht Tischlerin o. Tischler mit mehrjähriger Berufserfahrung.
Selbständiges Arbeitenkönnen ist Voraussetzung.
Schreinerei Ebenholz
☎ (0241) 16 49 48

BÜCHERSPENDEN

Bücher sinnvoll nutzen!
Einmal gelesen und für immer im Regal verstaubt? Oder lesen und dann weitergeben! Zum Aufbau einer alternativen öffentlichen Leihbücherei suchen wir noch **Bücherspenden**! Spendenbescheinigungen auf Wunsch möglich (gemeinnütziger e.V.). Bei Interesse bitte Info anfordern:
Ökologisches Beratungszentrum
7612 Haßlach
☎ (07832) 43 97

JOBSUCHE

Tischlerin / Dipl. Decotroph / Badenerin, mit Kind (5 J.) sucht neue Arbeitsperspektive dringend im Raum Karlsruhe-Basel.
Susanne, ☎ (0251) 32 44 21 abends (Rückruf)

KULTUR

Wir sind eine kleine Kulturinitative, die „ungewöhnliche, innovative" Ausstellungen zum Thema Wohnen erarbeitet und in öffentlichen Räumen präsentiert. Also, wer kann uns **geeignete Ausstellungsmöglichkeiten** vermitteln (ca. 100 qm, Umkreis Ruhrgebiet), oder unsere neue Ausstellung „Wohnen mit Wasser" mit Ideen, Beiträgen... bereichern? Frauenbeiträge besonders (nicht nur!) erwünscht!!!
Bitte melden bei:
Tarantel e.V.
Krayerstr. 11
4300 Essen 14
☎ (0201) 50 47 86

REISEN

Jugendreisen '90. Sanft aber Gewaltig!???
Mit einem Themenheft unter dem Thema „Reisen statt Rasen" hat der bdp theoretische und praktische Beiträge zu einem aktuell sehr „heißen" Thema veröffentlicht.
Dieses Heft kann zum Einzelpreis von 5,- DM in Briefmarken bestellt werden bei:
BDP
Heinrichstr. 21
2800 Bremen 1

PROJEKTE

Wir bauen das **Projekt „Kooperative '90"** auf / ab 1992 Lebens- u. Arbeitsraum für ca. 60 Menschen auf eigenem Gelände, eigenen Betrieben / gemeinsch. Kinderbetreuung, kulturelle u. polit. Arbeit / Infos zum Projekt auf gemeins. Wochenende am 2./3.6.90 (o. vorab Infotexte gegen DM 8,-) Anmeldung bei:
Kooperative '90/Sinziger Hof
5167 Vettweiß 4
☎ (02424) 18 66

Die Sau geht ab:
Der Werkhof Lübeck kommt!
1.350 qm gehören jetzt uns.
Wir (als Zusammenschluß von selbstverwalteten Betrieben, Läden und sozialen Projekten mit Veranstaltungshalle in der Lübecker Innenstadt) haben noch Flächen frei und haben Lust auf noch mehr interessante Leute. Infos unter ☎ (0451) 7 64 93 (Volker) oder im Werkhof
Kanalstr. 70
2400 Lübeck
☎ (0451) 7 57 18

KONTAKTE

Alternativer Akademiker (37) sucht Akademikerin zwecks Bildung einer Lebensgemeinschaft in seinem Landhaus in Nordspanien.
Zuschriften an:
Günter Glockner
Stiegsfeld 9
5600 Wuppertal 21

WOHNEN

Gibt es denn wirklich keine Kommune, Haus- oder Wohngemeinschaft auf'm Land irgendwo in Niedersachsen (am besten Raum GÖ o. H), die für uns (w, 29, m, 24, m 4 Wo.) 2-4 Zi frei hat?
Chiffre: Lebensqualität

SONSTIGES

- Rechtsgutachten
- Rechtssprechungs-, Literaturnachweise pp.
- Ökologische, soziale und verantwortbare wirtschaft. Faktenmaterialien, die mit dem Bedarf an Rechtsinformationen im Zusammenhang stehen

stellt – unter Beachtung des Rechtsberatungsgesetzes – chronisch preisgünstig zur Verfügung:
JUWIS, DIE Vermittlungsstelle für juristisches Wissen
Gerberstr. 15
4630 Bochum 1
☎ (0234) 6 06 44

Wer kann helfen?
Bei uns ändert sich in rasantem Tempo zur Zeit sehr vieles. Nicht nur zum Guten! Wir wollen dies dokumentieren.
Dafür und für den Aufbau einer unabhängigen Medienwerkstatt im Dresdner Jugendzentrum SCHEUNE brauchen wir dringend Videotechnik. Wer kann uns diese längerfristig leihen, schenken oder günstig zum Kauf anbieten?
Meldet Euch bitte bei
Michael Süßbrich
SCHEUNE
Alaunstr. 36/40
8060 Dresden

LESERBRIEFE

...Seit Jan. 90 finde ich die CONTRASTE wieder besser, praxisbezogener (Projekte usw.) Vorher fand ich sie ziemlich theoretisch und kopfiger. Jetzt ist wieder alles o.k. und gibt mir wieder selber Schwung und Mut. Das wünsche ich Euch auch...
Willi, Modell Wasserburg e.V.

...Ein Lob für eure Arbeit! Weil ich sie so schätze, fällt es mir immer unangenehm auf, wenn sich das Erscheinen verzögert.
Norbert Heuer, Kaufungen.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Deutschlands jüngster Arbeitgeberverband

Nach der Ökobank jetzt ein ökowerk! Es nennt sich "Interessengemeinschaft selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe" und ist damit der erste und bisher einzige Arbeitgeberverband für sog. Alternativbetriebe in der Bundesrepublik. Entstanden ist er aus dem Bedürfnis heraus, einen überregionalen Verband zu schaffen, der Ansprechpartner ist in Fragen der betrieblichen Organisation sowie der sozialen Absicherung seiner Mitglieder. Eine besondere Leistung des ökowerkes ist der Aufbau eines eigenen Versorgungswerkes, das es den Mitgliedsbetrieben finanziell erleichtern soll, eine betriebliche Altersversorgung einzurichten. Bekanntermaßen hapert es daran noch oft in den kleinen Alternativbetrieben. Das ökowerk arbeitet eng mit der Ökobank Ffm zusammen und versteht sich als weiteres Glied in der Kette eines "anderen" Geldkreislaufes.
Kontakt: **ökowerk e.v.**
Vennhauser Alllee 245 - 4000 Düsseldorfg 12

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Perestroika, Europa
TRANVIA
Revue der Iberischen Halbinsel
Heft 16 (Frühjahr 90): Südwest-/Mittelost-Europa, Europäische (Friedens-)Perspektiven, 'Transición' in Spanien und Ungarn, Perestroika und die KPen Spaniens u. Portugals, PCE u. Hitler-Stalin-Pakt, Portug. Literatur in der DDR. Macau. Filme. Alternativprojekte. Innenpolitik u.v.a.
84 Seiten (A 4); für 7,- + 1,- Porto
Tranvía, Postf. 303626, 1 Bln 30

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*

TEXTLINE
Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496

* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

WählerInneninitiative

Grün macht gRau Druck

Nach 24 Jahren SPD-Herrschaft regieren in NRW die Stagnation und der Filz. Eine politische Wende ist nötig. Trotz aller Versprechungen geht die Landesregierung von sich aus die dringendsten Zukunftsfragen nicht an.

Dagegen ist es der Widerstand der BürgerInnenbewegungen von unten, der die schlimmsten Wahnsinnsprojekte verhindert, sind es die Initiativen und Projekte, die realistische Alternativkonzepte für eine bessere Zukunft entwerfen (müssen).

Der Ökofonds der GRÜNEN NRW ist seit Jahren ein wichtiger Teil der Fördermöglichkeiten selbstverwalteter Betriebe und Projekte des Wirtschafts-, Kultur-, Bildungs- und Sozialbereiches sowie der Initiativen aus Öko-, Frauen- und Friedensbewegung.
Jede Stimme für DIE GRÜNEN füllt die Kassen der Ökofonds.

Wir – Menschen, die in Projekten, Initiativen und Betrieben in NRW arbeiten – rufen dazu auf, DIE GRÜNEN in den Landtag zu wählen!

Wir brauchen DIE GRÜNEN als KooperationspartnerInnen bei der Durchsetzung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, kultureller und politischer Alternativen und auch, um der SPD Druck zu machen für einen ökologischen, emanzipativen und solidarischen Umbau in NRW.

ErstunterzeichnerInnen:
Olaf Achilles (Forschungsstelle Militär, Ökologie & Planung), Dr. Karl Adamek (Kulturkooperative Ruhr), Rainer Bode (c.u.b.a.), Bernd Brixius (asb Münster), c.u.b.a. Münster, c.u.b.a.-Kneipe Münster, Ellen Deppermann (Netzwerk Ostwestfalen), Peter Eichenseher (KlägerInnengruppe AKW Würgassen), Kristian Golla (Friedensplenum Bonn), Renate Grewer (BUND Neuss), Josef Heinrichs (Klenkes Druck Aachen), Erich Horst (Tagungshaus Lumpenfabrik Monschau), Maria Icking (NETZ f. Selbstverwaltung und Selbstorganisation NRW), Michael Karus (AK Energie Köln), Andreas Kawohl (AK Bonner Deserteursdenkmal), Gotthard Kirch (Bunte Liga Aachen), Karin Koscielniak (Cypresse Aachen), Helmut Ludwig (Unicar Aachen), MieterInnenschutzverein Münster, Bernd Leuters (archplan Münster), Willi Martin (Graue Panther Düsseldorf), Hans Nawrocki (BISS Münster), Bernd Müllender (Freier Journalist, Aachen), Netzwerk Selbsthilfe Münsterland, Ökontakt Münster, Michael Rau (Aachen), Monika Osenberg (Arbeitsgem. Bäuerliche Landwirtschaft), Hubert Ostendorf (Internationale Coordination gegen BAYER-Gefahren), Karin Piene (Rechtsanwältin Münster), Rainer Prell (KFZ-Feuerstein Münster), Radlager Münster, ROSTA-Buchladen Münster, SAFE, Sozialhilfe Ansagedienst f. EndverbraucherInnen, D'dorf/Münster: 02 51-1 97 03, Udo Schlüter (vamos Münster), Jochen Seineke (archplan, Münster), Christa Steinhoff (Netzwerk Ostwestfalen), SoBi Münster, Sozialhilfegruppe Lippstadt, Claudio Vendramin (Recyclingbörse Herford), Reinhard Vogel (NETZ NRW), Werkstatt f. Bildung u. Kultur Münster, Helke Wicken (BUND), Jupp Wiechers (Fairsicherungsladen), Ulf Wittke (Lumpenfabrik Monschau).

Vollständiger Aufruf bei und Unterstützungsunterschriften (mit Angabe der Ini, in der Ihr mitarbeitet) an: R. Vogel, Postf. 8243, 4400 Münster, 0251-67760.

ALTERNATIVE
MONATSZEITUNG
MOZ
FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Abweichende Meinungen in Politik, Wirtschaft und Kultur die radikale Alternative

Zum Kennenlernen:
GUTSCHEIN
für ein Gratisexemplar der MONATSZEITUNG im Mai.
Ausschneiden und einsenden an: MONATSZEITUNG, Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Telefon 0222/408 35 71
Datum
Unterschrift

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64;
Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquiusweg 31, ☎ (0031) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 16 24 67

Vertrieb:
☎ (06221) 1 34 02

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

PROJEKTEMESSE

2. überregionales Vorbereitungstreffen zur Europäischen Projektemesse vom 11. bis 13. Mai 1990 in der Fabrik, Osloer Str. 12, 1000 Berlin 65
Anmeldung & Information:
Planungsgruppe Berlin
c/o Friedels Fairsicherungsbüro
Schulenburgring 130
1000 Berlin 42
☎ (030) 785 00 00 / 785 00 11

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

OST-WEST-BEGEGNUNG

Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften (Kommunen, Ökodörfer und ähnliche) vom 14. bis 17. Juni 1990 in Kleinmachnow (DDR) in der Nähe von Berlin.
Anmeldung & Information:
TeilnehmerInnen aus der DDR:
Naturfreundejugend
z. Hd. Rita Eberl
PF 120
DDR-8027 Dresden

TeilnehmerInnen aus der BRD und Westberlin:
Informationsdienst Ökodorf
c/o Elisabeth Voß
Friedbergstr. 1
1000 Berlin 19

ÖSTERREICH

Lokale Entwicklung und wirtschaftliche Umstrukturierung
Der Beitrag lokaler Beschäftigungsinitiativen in Österreich und den Länder der Europäischen Gemeinschaft – Perspektive Osteuropa –
Tagung vom 15. bis 16. Juni im Bildungszentrum der Arbeiterkammer, Theresianumgasse 16-18, Wien. Tagungssprachen: Deutsch/Englisch/Französisch
Anmeldung & Information:
ÖSB
Neubaugasse 64-66/3/7
A-1070 Wien
☎ (00431222) 937620-0
FAX (00431222) 967954

ISO

Kollektives Managment «Was tun»
Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen, optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termin: 2.-4.6.90
Information & Anmeldung:
ISO (Institut für Selbstorganisation)
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1
☎ (069) 738 18 33

Visualisierungstechniken
Das kennt jeder: In vielen Sitzungen, Besprechungen und Versammlungen werden seitenweise vollgeschriebene Papiere verteilt, umfangreiche Protokolle angefertigt, die dann ungelesen abgelegt werden oder gleich im Papierkorb landen. Wie heißt es dann: „Keinen interessiert das! Zu wenig Engagement!"
Dabei sind viele interessiert, aber der Zugang über gedruckte Buchstaben fällt ihnen schwer.
In diesem Seminar könnt ihr Eure Fähigkeiten erweitern, um mit neuen Visualisierungstechniken:
- Sitzungen intensiver vorzubereiten,
- Protokolle in den Sitzungen auf Wandzeitung zu bringen,
- Vorhaben besser zu präsentieren und
- Entwicklungen und Planungen gezielter voranzubringen

Termin: 7.-8. Juni '90
Information & Anmeldung:
ISO
c/o M. Paulini
Bachstr. 22
6100 Darmstadt
☎ (06151) 37 73 33
oder ISO-Büro

Political Economy of Selfmanagement
IIS Traditionsseminar in Dubrovnik, Jugoslawien.
The course will take its starting point in the Yugoslav selfmanagement system and there will be a visit to a factory. Special themes this year's course will be trade unions and selfmanagement: How do trade unions deal with selfmanagement? The role of unions in different types of self management, and Selfmanagement and ecological issues: How do selfmanagement enterprises deal with ecological issues in relation to products, environment etc.? What is the relation to ecological movements?
Teinehmerbeitrag: 15,00 $ zzgl. Reisekosten
Vom 28.5. bis 8.6.1990 im Inter University Center, Dubrovnik
Anmeldung & Information:
ISO
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1
☎ (069) 738 18 33

Seminar des Fairsicherungsladen Frankfurt:
Versicherungen in der SV-Wirtschaft
Alle wollen/müssen sich gegen verschiedene Risiken versichern. Aber gerade darüber besteht eine große Verunsicherung. Welche Versicherungen (nicht Versicherungsgesellschaften!) sind notwendig und empfehlenswert? Wie ermitteln Selbständige und Kollektive ihren Versicherungsbedarf?
Tagesseminar am 19.5.1990
in Frankfurt/Main, Mainzer Landstr. 147
Teilnehmerbeitrag: 20,- DM
Information: ISO-Büro

ÖKOWERK

ökowerk-Seminare für Betriebe, Vereine, Freiberufler... Neue Termine im Juni!
Das öko-Versorgungswerk – ein Modell der betrieblichen Altersversorgung
Samstag, 9.6.90, 14 Uhr im Netzwerk Hamburg
Samstag, 23.6.90, 14 Uhr im Selbsthilfezentrum München
Anmeldungen beim:
ökowerk e.V.
Interessensgemeinschaft Selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe
Vennhauser Allee 245
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 27 23 95

TAK AÖ

Gewerbehöfe
Veranstaltungsort: Dortmund vom 23.5. bis 27.5.1990 im Unionsgewerbehof.
Information und Anmeldung:
Udo Schramm
Franziskusstr. 46
4630 Bochum 1

Sommerseminar Alternative Ökonomie
Veranstaltungsort: Tagungshaus Bahnhof Göhrde vom 27.7. bis 5.8.1990.
Information und Aufnahme in den Verteiler:
Andrea Gerth
Löwenstr. 8
6800 Mannheim 51

NIEDERKAUFUNGEN

Leben in der Kommune
An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune u.a. mit
- gemeinsame Ökonomie d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen.

Es wird Gelegenheit sein, zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Termin: 18. bis 20.5.90
Teilnehmerbeitrag: 90,-- DM
Anmeldung & Information:
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Niederkaufungen
☎ (05605) 30 15

SAARBRÜCKEN

Kultur- und Werkhof Saarbrücken
Wie kommen kooperative Ansätze und kommunale Politik zusammen?
Interessensunterschiede und Erfahrungen zwischen Selbstverwaltungsakteuren und kommunaler Verwaltung beim Aufbau des «Kultur- und Werkhofs Nauwieser 19» in Saarbrücken.
Termin: 25.-27. Juni 1990
Information & Anmeldung:
Elisabeth Selbert Kolleg
z. Hd. Herrn Hannes Hahn
Eifelstr. 35
6600 Saarbrücken 2
☎ (0681) 7 10 88 - 9

TAGUNGSHÄUSER

Lernwerkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere «Lernwerkstatt» hat 29 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zimmer), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Selbst- oder Vollverpflegung (vegetarische Vollwertkost). Außerdem: Unser neuer Saal ist fertig (80 qm!!!) Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrücken, Ffm. Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökolog. Politik (Rudolf Bahro).
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1 - 5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 oder 1031

SONSTIGES

Zukunft Europas – auf wessen Kosten? EG '92 und «Dritte Welt».
14. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
vom 14.6. bis 17.6.90 in Nürnberg.
Anmeldung & Information: BUKO, Nernstweg 32-34 - 2000 Hamburg 50

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

BERLIN

CONTRASTE, Redaktion Berlin sucht Leute, die Lust und Spaß am Zeitungsmachen haben. Wir treffen uns Freitags um 20 Uhr im «Abendrot», Paul-Lincke-Ufer/Ecke Mariannenstrasse (1/36).

GÖTTINGEN

Einladung zum LeserInnentreffen
Wer Interesse an der Zeitung CONTRASTE und/oder daran hat, miteinander über Selbstverwaltung ins Gespräch zu kommen, möchte doch bitte am 18. Mai – das ist ein Freitag – um 16 Uhr in die Gaststätte Salamanca in der Gartenstr. 21b (Göttingen) kommen. Eine Folge dieses Treffens könnte sein, daß wir uns über die Zeitung auseinandersetzen und in irgendeiner Weise an ihr beteiligen (z.B. Redaktion Göttingen). Es kann aber auch bei einer angeregten Unterhaltung bleiben, wenn keine weitergehenden Interessen vorhanden sind.
Kontakt: Thomas Hardwig (0551) 5 10 35)

FRANKFURT

12. Mai, 11 Uhr, Frankfurt/Main, Opernplatz, **Demonstration gegen deutschen Nationalismus, Koloniasierung Osteuropas und die Annexion der DDR**

SPEYER

3. Ökomesse Vorderpfalz
Mehr als 100 Aussteller werden am 12. und 13. Mai in der Stadthalle Speyer sich selbst, ihre Betriebe und Initiativen, ihre Produkte und Tätigkeiten vorstellen. Aus den Bereichen Naturkost, Naturwaren und Ökologie werden den Verbrauchern vielerlei konkrete Möglichkeiten eröffnet, wie sie in ihrem Alltag – im kleinen wie im großen – einen Beitrag zum Umweltschutz und zur Gesundung unseres arg strapazierten Planeten Erde leisten können. Die Messe ist geöffnet an beiden Tagen von 10 bis 18 Uhr; für Kinderbetreuung ist gesorgt – und das Angebot an Speisen und Getränken ist's voll-wert!

KASSEL

Gesundheitstag '90 Kassel
mit **Selbsthilfegruppentag**
und **Ökogesa '90 Kassel**
vom 22. bis 24. Juni 1990 in der Ing. Schule GHK, Wilhelmshöher Allee 73, Kassel

TelekommunikAKTION

3. Bundesweites Aktionsseminar der Initiativen gegen ISDN und Computervernetzung
Nach den ersten Aktionsseminaren im April und Oktober 1989 entwickelt sich zur Zeit eine überregionale Zusammenarbeit von computer- und telekommunikationskritischen Initiativen. In diesem Zusammenhang lädt die Heidelberger Inititative «TelekommunikAKTION» zum 3. Aktionsseminar vom 29.6. bis 1.7.90 in Heidelberg ein.
Nachdem beim letzten Treffen vorwiegend die Einschätzung der verschiedenen Risiken der elektronischen Vernetzung im Mittelpunkt stand, sollen dieses Mal vor allem Erfahrungen mit laufenden und Anregungen für neue Widerstandskampagnen diskutiert werden.
Themen sind u.a.:
ISDN, «Projekt Sozialhilfeautomation (PROSA)», ISDN-fähige Telefonnebenstellenanlagen in den Stadtverwaltungen, regionale Rechenzentren, Erstellung eines kritischen «Datenstadtteilplans» in einem Stadtteil, Sozialversicherungsausweis, etc.. Insbesondere im Hinblick auf die letztgenannte Thematik sind besonders auch sozialpolitisch Engagierte herzlich eingeladen!
Programm erhältlich bei:
TelekommunikAKTION
c/o CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

Wenn Regenwälder zu Dollars werden – Ökologie und «Dritte Welt»
Bildungsurlaubsseminar vom 17. bis 22. Juni 1990
Anmeldung & Information
Bildungszentrum Jagdschloß Göhrde e.V.
3139 Göhrde 2
☎ (05855) 4 13 o. 4 65

19. MAI

Bundesweiter Aktionstag gegen die Castortransporte nach Gorleben.
Kontakt: Vorbereitungsgruppe 19. Mai
c/o Anti-AKW-Büro
Schillerstr. 28
6900 Heidelberg
☎ (06221) 1 28 61

WIRTSCHAFT

19./20. Mai '90, 10 Uhr Simonskall: **Wochenendseminar Haus Talschenke, Simonskall/Eifel**
Thema: Wachstum, Wohlstand, Wirtschaftskrise
Veranst.: Referat Gesellschaft und Bildung, Kirchenkr. Aachen
Auskunft: ☎ (05032) 6 34 42

22.-24. Juni '90,Wochenendseminar kath. Akademie Trier mit Gästen aus der DDR. Thema: **Wohin der Rubel rollt – Reformen im Ostblock**
Auskunft: ☎ (0651) 8 60 55

ANARCHISMUS

ANARCHIE statt Staat
Vom 23.5. nachmittags bis zum 27.5.1990 ebenfalls nachmittags treffen sich die Anarchistinnen und Anarchisten des **Forum für Libertäre Informationen** in der Bildungsstätte **Alte Schule Anspach**, Schulstr. 3 in 6392 Neu-Anspach 1.
Themen, die wahrscheinlich behandelt werden, sind:
Anti-Semitismus, Nationalismus, Selbstverwaltung, Anti-Pädagogik, Anti-Klerikalismus.
Wenn uns die Lust überkommt, machen wir auch ne deftige Fete. Als selbstverständliche Selbstverwalter kochen wir selbst und gut. Tja, und wie immer sind Kinder auch dabei.
Kosten: 15,- DM für die Übernachtung (mitzubringen sind Schlafsack, Laken, Geschirrhandtücher) ca. 10,- DM für die Selbstverpflegung pro Tag. Leute, die keine Kohle haben, sollen trotzdem kommen.
Anmeldung: FLI, Rundbriefstelle
Dörrwiese 4
5552 Morbach-Merscheid
☎ (06533) 35 34

SCHWARZE TAGE BERLIN 1990

Restprogramm:
Freitag 4.5.: FAU/IAA «Arbeitszeitverkürzung», A-Laden, Rathenower Str. 22, 19.30 Uhr
Graswurzelrevolution Berlin: **«Geschichte der FÖGA»**, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 20 Uhr
Samstag 5.5.: «Die Wobblis», Film, Klub «Wissenschaft», Magnushaus, Brükkenstr./gegenüber Pergamonmuseum, Ostberlin, 17 Uhr
IAA-Sekretariat: **«Die Internationale ArbeiterInnen Assoziation heute»**, Klub «Wissenschaft», 19.30 Uhr
Uwe Timm: **«Libertäre Ökonomie kontra Kapitalismus»**, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 20 Uhr
Sonntag 6.5.: Gernot Lennert, **«Die Diggers – antiautoritäre frühkommunistische Bewegung im 17. Jahrhundert»**, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 20 Uhr
Montag 7.5.: IAT, **«Totalverweigerung in Berlin»**, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 20 Uhr
Ralf G. Landmesser (Schwarzrotbuch-Verlag), **«Der Aufstand in Kronstadt»**, Schönhauser Allee 20/21, Ostberlin
Dienstag 8.5.: Andreas Graf (Historiker), **«Kampf dem Faschismus – die anarchistischen schwarzen Scharen»**, Vortrag und Film **«Rudolf Rocker»**, Klub «Wissenschaft», Ostberlin, s. 5.5., 19.30 Uhr
Gernot Grube, **«Zwang in der BRD am Beispiel Wehrpflicht»**, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 20 Uhr
Dienstag 22.5.: Wolfram Beyer, **«Ernst Friedrich und die War Resisters International»**, Anti-Kriegs-Museum, Genter Str. 9, 20 Uhr

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.